



AIB

2V 7426 E

2,- DM

September

Nr. 9 / 1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Unbeugsames Chile



Bolivien • Nikaragua
Palästina-Libanon
Vietnam

Inhalt:

AIB-Aktuell: Die Macher der zweiten Ölkrise	3
Nikaragua	
Ulrich Rupp: Ein Sieg über Jahrhunderte	4 – 5
Programm der neuen Regierung	6
Chile	
Iván Ljubetić: „Grenzperiode“ des Widerstands	7 – 11
Schwierigkeiten in der Sozialistischen Partei Chiles	9
Konstanze Wetzel: Chile-Boom der Bundesrepublik	12 – 13
Bolivien	
Anni Friese: Übergang zur Demokratie	14 – 15
Demokratische Volksunion Boliviens: Politische Erklärung	15 – 16
Vietnam	
Günter Giesenfeld: Warum der Flüchtlingsstrom?	17 – 21
Vereinbarung SRV – UNHCR: 7-Punkte-Programm zur Ausreise von Personen	20
Palästina – Libanon	
Jürgen Büscher: Israels „freier Libanon“	22 – 24
Gespräch mit einem ZK-Mitglied der KP Libanon	24
Yasser Arafat: Auch die USA boykottieren!	25 – 26
Karim Kalaf: Nein zur „Verwaltungsautonomie“	26
Baseler Palästina-Konferenz: Appell und Abschlusserklärung	27
Kongo	
Jürgen Ostrowsky: Radikalisierung unter Oberst Nguesso	28 – 29
Nichtpaktgebundene	
Michael Mohnke: Vor dem VI. Gipfel	30 – 31
Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen: Erklärung von Maputo	32 – 33
BRD-Neokolonialismus	
Rainer Falk: Offergelds Variante	33 – 36
Rezensionen: Aktuelles zum Iran	38
Kurzinformationen: Westsahara, Äquatorial-Guinea, Karibik, Zimbabwe, ANC-Schule in Morogoro	39 – 40



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postcheckkonto 31 2093—607, Postcheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 90000, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co, Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 19. 8. 1979

Es arbeiten mit: B. Bauske, B. Brinkmann, J. Büscher, H. Denk, M. Hellmann, H. Mayer, J. Ostrowsky, W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, B. Weng, K. Wetzel

Anzeigen: Antimperialistisches Solidaritätskomitee, TÜRKIE HEUTE, skaal, Neue Stimme, ISSA, UNIDOC, Das Argument, Verlag Marxistische Blätter

ASK-Material zu Chile



Nichts von der Junta! Nichts für die Junta!

Materialien zum Boykott:

- Broschüre „Die Wirtschaftsbeziehungen der BRD zur faschistischen Junta in Chile“ 12 Seiten, 1,— DM
- Faltblatt mit Graphiken und Daten zum Boykott; dreifarbig; 100 Stück/5,— DM
- Plakat „Unsern Ahnen“, Fotomontage F. J. Strauß, A. Hitler, A. Pinochet, mit Strauß-Zitat; DIN A 2, 0,50 DM

„Kunst im Widerstand“, Mappe mit 10 farbigen Graphiken des chilenischen Künstlers Victor Contreras Tapia, 14,50 DM

Postkartenserie „Solidarität hilft siegen“, mit 12 Postkarten von Künstlern aus Chile, Südafrika, Palästina, Vietnam; mehrfarbig, Mappe 8,— DM (ab 10 Exemplaren Rabatt)

Bestelladresse: Antimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1



AIB-Aktuell: Die Macher der zweiten Ölkrise

Die sog. zweite Ölkrise des Jahres 1979 läuft inzwischen auf vollen Touren. Sie war Gegenstand u. a. des Gipfels der 7 Westmächte von Tokio und der Energiedebatte des Bonner Bundestages Ende Juni/Anfang Juli d. J. Auch die Schuldfragescheint nunmehr eindeutig geklärt: Wie Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Bundestagsdebatte betonte, verdanken wir keinem anderen als den OPEC-Ländern einen „internationalen Verteilungskampf“ ums Öl. Der frischgebackene CDU/CSU-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß sah in den Ölländern bzw. Scheichs die Verantwortlichen einer heraufziehenden „dritten großen Krise unseres Jahrhunderts“. Im Washingtoner Pentagon diskutierte man derweil die militärische Krisenbewältigung: Angriffsziel einer US-Eingreiftruppe von 110 000 ist das ölreiche Umfeld des Persischen Golfes. In Bonn machte sich namentlich der entwicklungspolitische Sprecher der CDU Todenhöfer stark für die Washingtoner Ölkrigsplanung.

Etwas zurückhaltender nahm sich da das Kommuniqué des Tokioer Wirtschaftsgipfels aus. Der von US-Präsident J. Carter favorisierte Konfrontationskurs — er hatte konkrete Aktionen gegen die OPEC gefordert — fand keine ungeteilte Gegenliebe. Einig wußte man sich hauptsächlich in der Feststellung der angeblichen Hauptschuld der Ölländer an der kapitalistischen Öl- und Energiekrise sowie in der Schonung der Ölmultis vor jeder Art von Schelte oder Kampfansage. Stattdessen suchte man im Tokioer Schlußkommuniqué die Verantwortung für Ölkrise, Inflation und rückläufiges Wirtschaftstum alleine der OPEC aufzuladen.

Die gemeinsamen Verpflichtungen zu wirksamen nationalen Einsparungsmaßnahmen oder zum Einfrieren der Ölimporte bis zum Jahr 1985 sind dennoch kaum ernstzunehmen. Als Mitglieder der Internationalen Energieagentur (gegr. 1974, sie umfaßt 20 kapitalistische Industriestaaten) hatten sich die Westmächte zuvor schon für 1979 zu einer Einsparung von 5 % des Ölverbrauchs bekannt, ihn aber prompt im ersten Quartal um 3,3 % gesteigert. Ihr interner „Verteilungskampf ums Öl“ ist bereits in vollem Gange. Die tonangebenden „5 Großen“ scheiden sich dabei in zwei Lager: Auf der einen Seite verbindet die USA und Großbritannien eine Sonderstellung als Stammländer der weltmarktbeherrschenden Ölmultis, bei einem relativ niedrigen Anteil (1978) der Ölimporte am Ölverbrauch (42 bzw. 50 %) und am Gesamtenergieverbrauch (22 bzw. 21 %). Auf der anderen Seite stehen in einer erheblich schwächeren Ausgangslage die BRD, Frankreich und Japan, die kaum konkurrenzfähige Ölgesellschaften noch — anders die USA und Großbritannien (Nordsee-Öl!) — ansehnliche eigene Ölressourcen aufweisen. Bei allen Strukturveränderungen ihrer Energiewirtschaften werden sie zumindest für die nächsten beiden Jahrzehnte auf die Sicherung eines kontinuierlichen, ausreichenden Ölzuflusses aus den OPEC-Staaten — auf sie entfallen heute rund 85 % des Weltölexportes, davon über 2/3 auf den arabischen Raum und den Iran — angewiesen bleiben. Die jüngsten Praktiken der angloamerikanischen Ölmultis und der Carter-Administration haben hingegen anschaulich gezeigt, daß sie nicht Garantiemächte, sondern absolute Unsicherheitsfaktoren für die künftige Ölversorgung Westeuropas und Japans sind. Mehr noch gilt es diesen Ölkrigsabenteurern den Zugriff auf die bundesdeutsche Öl- und Energiewirtschaft zu entziehen. Dies ist heute möglich über die Herstellung direkter Lieferbeziehungen in Form langfristiger bilateraler Verträge mit den OPEC-Ländern, und zwar auf der Grundlage von deren Rohöl-Richtpreisen anstelle der Spot-Preise der Multis. Dies wiederum ist realisierbar mithilfe staatlicher Ölpreiskontrolle und -regulierung bis hin zur Verstaatlichung der Ölkonzerne.

Die Bundesregierung indessen läßt die Ölmultis weiter ungeschoren. Konzernlobbyist Graf Otto von Lambsdorff wies während der Energiedebatte des Bundestages derartige „dirigisti-



Aus: Frankfurter Rundschau

sche Eingriffe“ des Staates strikt ab und warb um Vertrauen in einen sparsamen Energieverbrauch über „freie“, also höchste Ölpreise. Ein gefundenes Fressen für die 7 Majors (Exxon, Texaco, British Petroleum, Standard Oil of California, Mobil Oil, Gulf Oil und Royal Dutch/Shell), die in der BRD rund 70 %, weltweit 80 % des Ölvertriebs beherrschen. Sie nahmen 1979 die Preiserhöhungen der OPEC-Länder für Rohöl auf einen Richtwert von 18—23,5 Dollar pro Barrel (158,8 Liter) zum Anlaß für überdimensionale Preistreiberien auf den „freien“ Rohölmärkten, für Treibstoffe und Heizöl; letzteres erhöhten sie im Zeitraum Juni 1978 bis Juni 1979 von 0,3 auf 0,6 DM pro Liter, also um 100 %. Die OPEC-Preise für Rohöl aber waren analog nicht einmal um 40 % gestiegen.

Wie die zweite Ölkrise demonstrierte, sind die Multis dabei, die ihnen mit der Enteignung der Ölquellen und Ölförderungsanlagen durch die OPEC-Staaten verlustig gegangenen Extraprofite durch Sonderprofite im Verteilungssystem einzutreiben. Im ersten Halbjahr 1979 schnellten ihre Reingewinne denn auch um 29—106 % empor. Ein anderes Beispiel hierfür hatte zuvor ihre Verdoppelung der Preisspanne zwischen Rohöl und Raffinerieprodukten im Zeitraum 1974—78 geliefert. Während die OPEC-Länder in dieser Periode — dank der proimperialistischen Bremserrolle der Saudis — nur um rund 17,5 % anhoben, ließen die Ölmajors die Endverbraucherpreise für raffinierte Produkte um 55,6 % anschwellen. Zwischenzeitlich führten der Dollarverfall und die fortgesetzte Inflation (Erhöhung der Industriegüterpreise!) in den entwickelten kapitalistischen Staaten zu einer Minderung des Realwertes der OPEC-Öleinkünfte von 40—60 %. Infolgedessen vermögen die von den Ölländern für 1979 vorgenommenen Anhebungen des Rohöl-Richtpreises ihre Verluste an Konzerne und Regierungen der westlichen Industrieländer nicht einmal voll auszugleichen.

Wie OPEC-Repräsentanten im Juni d. J. erklärten, wurde von den Ölländern trotz der vorübergehenden Produktionsausfälle im Iran im ersten Halbjahr 1979 mehr Öl gefördert als im Vergleichszeitraum 1978. Erst infolge des Hortens riesiger Ölvorräte, von Schiebergeschäften seitens der Multis und der US-Regierung kam es zu ernsteren Versorgungsengpässen in den USA und Westeuropa — eine künstliche, eine gemachte Ölverknappung also. Und die Macher sitzen nicht am Persischen Golf, sondern in New York, Washington und London.

Ulrich Rupp **Ein Sieg über Jahrhunderte**



Am 20. 7. 1979 zogen 3000 Kämpfer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) unter dem Jubel Zehntausender in Managua ein. Kurz zuvor hatten sie den Bunker, die letzte Befehlszentrale Somozas mit seinen unterirdischen Gefängnissen, die Somoza kurz vor seiner Flucht noch verminen ließ, gestürmt. Gleichzeitig mit den Sandinisten traf auch die Provisorische Regierungsjunta ein.

Mit der Übernahme der Macht hat das nikaraguanische Volk einen historischen Sieg errungen. Er war nicht nur, wie es Humberto Ortega von der FSLN bei einem Kubabesuch formulierte, ein Sieg über 45 Jahre Somozismus, „es war ein Sieg über 150 Jahre ausländischer Domination in diesem Land, es ist ein Sieg über viele Jahrhunderte der Eroberung und Ausbeutung“.¹

Das Programm der neuen Regierung (Wortlaut nachstehend) und das Provisorische Grundgesetz geben Aufschluß über die grundlegenden Erstmaßnahmen der Revolution: Kampf gegen die Überreste der Diktatur; Festigung der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes; Wiederaufbau der Wirtschaft, die aus staatlichen und privaten Unternehmen bestehen soll; Schaffung eines demokratischen Systems; Enteignung des Besitzes der Somozas und Bildung einer nationalen Armee bestehend aus der FSLN und patriotischen Offizieren der aufgelösten Nationalgarde.

Daß bei der Verwirklichung dieser Aufgaben alle nichtsomozistischen Kräfte in eine gemeinsame Verantwortung genommen wurden, beweist recht eindrucksvoll die Zusammensetzung des neuen Regierungsapparates. Als Legislative fungiert der 33köpfige Staatsrat, dem die FSLN, die Nationale Patriotische Front (FPN), die Breite Oppositionelle Front (FAO) sowie Vertreter des Rates der Privatunternehmen angehören.² Dem Staatsrat wurde die Aufgabe übertragen, die neue demokratische Verfassung des Landes und ein Wahlgesetz auszuarbeiten. Die Gesetzesvorlagen werden von ihm mit 2/3-Mehrheit verabschiedet.

Die Exekutive besteht aus dem 18köpfigen Ministerrat und der 5köpfigen Regierungsjunta. Dem Ministerrat gehören die Sandinista-Vertreter Tomas Borge und Jaime Wheelock als Innen- und Agrarreformminister, der Priester Ernesto Cardenal von der Gruppe der 12 als Kulturminister an. Finanzminister Joaquin Cuadra Chamorro war 20 Jahre lang Anwalt der Banco de America, der finanzstärksten Gruppe des Landes, der Minister für Industrie und Handel, Noel Rivas Gasteazoro ist ein

Vertreter der Handelsbourgeoisie. Zum Erziehungsminister wurde der ehemalige Rektor der autonomen Universität, Dr. Carlos Tunnerman, und zum Arbeitsminister der Vorsitzende der das Kleinbürgertum vertretenden Unabhängigen Liberalen Partei, der Advokat Virgilio Godoy, bestellt. Der 1978 wegen eines Putschversuchs aus der Nationalgarde ausgestoßene Oberst Bernardino Larios wurde Verteidigungsminister.

Die Regierungsjunta besteht aus dem Universitätsprofessor Moises Hassan von der Vereinigten Volksbewegung (MPU), Daniel Ortega von der nationalen Leitung der Sandinistas, dem Schriftsteller Sergio Ramirez von der Gruppe der 12, dem Unternehmer und FAO-Führer Alfonso Robelo und Violeta Barrios de Chamorro, Witwe des Direktors der oppositionellen Tageszeitung La Prensa, der im Januar 1978 im Auftrag Somozas ermordet wurde.

Sicherung der Revolution

Entsprechend dem Provisorischen Grundgesetz hat die Regierung umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Revolution eingeleitet. Zum Erhalt der nationalen Unabhängigkeit und zur Abwehr konterrevolutionärer Akte befindet sich die Armee im Aufbau. Dies ist umso dringender als es immer noch Widerstandsnester somozatreuer Teile der Nationalgarde auszuheben gilt. An der Grenze von Honduras sammeln sich unter der Führung des Sohnes von Somoza rund 2000 Nationalgardisten — eine ständige Bedrohung der jungen nikaraguanischen Revolution.

Die Furcht vor weiteren Machtübernahmen durch Guerillastreitkräfte in den an Nicaragua angrenzenden Staaten hat in der Carter-Administration zu geheimen Debatten über US-Militärhilfe an El Salvador und Guatemala und zu ihrer verstärkten Aufrüstung Anlaß gegeben. Und trotz aller Dementis seitens der US-Regierung bereitet sich in Miami eine 7000 Mann starke Streitmacht zur Rückkehr nach Nicaragua vor.³ Zum Aufbau einer eigenen nationalen Wirtschaft wurden sämtliche im Auslandsbesitz befindliche Banken, die Fischindustrie, die Holzindustrie, der Bergbau sowie das Spar- und Kreditwesen verstaatlicht. Ebenfalls nationalisiert wurde der Besitz des Somozas. Auf dem Boden des Clans wird augenblicklich eine umfassende Agrarreform durchgeführt.

Nach Aussage des Agrarreformministers Jaime Wheelock sollten 64000 Landarbeiter und Kleinbauern als erste berücksichtigt werden. 50000 ha Land in der Provinz Leon wurden 5000 Kleinbauernfamilien übergeben. In Jinotepe wurden die ersten 15 Genossenschaften gegründet. Volkskomitees zur Verteilung der Lebensmittel bildeten sich, die Landwirtschaftsbetriebe liefern kostenlose Milch.

Im Bildungsbereich hat sich die Regierung ebenfalls große Ziele gesetzt. 63 % aller Nikaraguaner über 10 Jahre sind Analphabeten. Zur Durchführung einer Alphabetisierungskampagne, die im März 1980 beginnen soll, werden 200000 Oberschüler und Studenten vorbereitet, die in allen Landesteilen die Bevölkerung unterrichten sollen. Zu diesem Zweck sollen ab dem 17. 9. 1979 alle Schulen des Landes ihren normalen Lehrbetrieb wieder aufnehmen.⁴

Diese Vorhaben und ersten Erfolge einer demokratischen Umgestaltung dürfen jedoch nicht über die Hypothek der Somoza-Diktatur hinwegtäuschen. Nicaragua ist von dem Krieg Somozas schwer gezeichnet. Ismael Reyes, Präsident des nikaraguanischen Roten Kreuzes und der Handelskammer, beziffert die Toten des Krieges auf 50000. 250000 Menschen, 10 % der Bevölkerung, sind vertrieben. Heroisch kämpfende Städte wie Leon und Masaya liegen in Schutt und Asche, lediglich 2 Fabriken produzieren noch.

Fachleute schätzen die Kriegsschäden auf 0,8 bis 1 Mrd Dollar; und das in einem Land, das nach der Plünderung der Staatskasse durch Somoza nur noch über flüssige Mittel in Höhe von 3,5 Mio Dollar verfügt. In Nicaragua ist es zu spät für die Aussaat auf den Baumwollfeldern, von denen nach dem Kaffeexport die höchsten Einnahmen kommen. Außerdem trieben Großgrundbesitzer ganze Viehherden über die Grenze in die Nachbarländer. 60000 Rinder waren es allein in Somotillo, die illegal nach Honduras verschoben wurden.⁵

Nicaragua-Solidarität

Zur Koordinierung der Nicaragua-Solidarität in der Bundesrepublik trafen sich am 1. August d. J. in Bonn Vertreter der Sandinistas, des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), des Wuppertaler Informationsbüros Nicaragua, des Service Civil International (SCI) und anderer Organisationen.

Sie werteten die Weltkonferenz der Solidarität mit Nicaragua aus, die vom 13.—17. Juli 1979 in Caracas stattfand. An der vom Weltfriedensrat, der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) und der Nationalen Patriotischen Front Nicaraguas initiierten Konferenz nahmen 180 Vertreter aus 85 Ländern teil, darunter zahlreiche Delegationen aus Lateinamerika und Westeuropa. Franz Sommerfeld, Chefredakteur der roten blätter, konnte im Auftrag des ASK der Delegation Nicaraguas eine Spende in der Höhe von 5000,— DM überreichen.

Im Zeichen des bevorstehenden Sieges der Volkskräfte benannte die Weltkonferenz als Schwerpunkte der internationalen Solidarität mit Nicaragua: a) die internationale Mobilisierung gegen jede imperialistische Interventionspolitik, speziell der USA, und b) die Organisation weltweiter Hilfe für den Wiederaufbau Nicaraguas und für die Verteidigung der demokratischen Revolution. Die Konferenzteilnehmer versicherten ferner in der Abschlusserklärung von Caracas ihre volle und bedingungslose Unterstützung für die Regierung des nationalen Wiederaufbaus, die legitime Vertretung des nikaraguanischen Volkes.

William Agudelo, Repräsentant der FSLN in der BRD, betonte auf dem Bonner Treffen die weitere Gültigkeit dieser Aufgaben für die Solidaritätsbewegung unseres Landes. Er rief dazu auf, das Volk und die Regierung Nicaraguas aktiv bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben zu unterstützen. Die Teilnehmer einigten sich in Bonn darauf, ein konkretes Solidaritätsprojekt und die Entsendung von Freiwilligen mit nikaraguanischen Regierungsvertretern abzustimmen.

Das ASK bittet um Spenden auf das
Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Kennwort Nicaragua,
Spendenkonto 527055—602 PSchA Frankfurt a. M.

Angeht dieses Ausmaßes der Zerstörungen ist die Volksregierung aus eigener Kraft nicht imstande in kurzer Zeit Epidemien, Elend, Wohnungsnot und andere Folgewirkungen zu bewältigen.

Eduardo Ramon Kuehl, Chefkoordinator für Hilfsprogramme, bezifferte auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Schweden Mitte Juli d. J. die nötigen Hilfsgelder auf 3 Mrd Dollar. Am dringendsten sei ein umfassendes Impfprogramm. In Nicaragua werden in den nächsten Monaten nach Aussage des Roten Kreuzes von Nicaragua mehr als 1000 ausländische Ärzte benötigt.⁶

Besonders eine Reihe lateinamerikanischer Staaten haben ihre Verantwortung erkannt und unverzüglich großzügige Hilfe gewährt. So erklärte Fidel Castro, Kuba sei bereit, unbedingte Unterstützung zu leisten: „Die Sandinisten sind Revolutionäre. Sie sind Realisten, und es sind Realisten, die die besten Revolutionen machen, die besten und die tiefgreifendsten Revolutionen . . . Wenn sie (die Menschen in Nicaragua; d. Verf.) 500 Ärzte brauchen, werden wir ihnen 500 schicken.“⁷

Selbst die Bundesregierung erklärte sich nach längerem Zögern Mitte August d. J. zu finanziellen Hilfeleistungen in Höhe von 20 Mio DM für das neue Nicaragua bereit.

Anmerkungen:

- 1) Granma, Havanna, 5. 8. 1979
- 2) Zum Charakter und zur Programmatik der Oppositionsgruppen siehe: AIB 7—8/1979, S. 4—11
- 3) International Herald Tribune (IHT), Paris, 4./5. 8. 1979 und 1. 8. 1979
- 4) Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (ADN), 4./5. 8. 1979 und 7. 8. 1979
- 5) IHT, 30. 7. 1979; Der Spiegel, 23. 7. 1979; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27. 7. 1979
- 6) IHT, 21./22. und 30. 7. 1979; FAZ, 25. 7. 1979
- 7) Granma, 5. 8. 1979

Dokumentarfilm: NICARAGUA SEPTEMBER '78

Eine hautnahe Reportage vom Volksaufstand und seiner Niederschlagung durch die Nationalgarde des Somoza-Regimes in Nicaragua im letzten September (ausgezeichnet mit der Goldenen Taube auf dem Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmfestival in Leipzig 1978).

Das Filmteam kam zwei Tage vor dem Aufstand in das Land. Es filmte die Opfer des Krieges, die Verwundeten in den improvisierten Krankenhäusern, die Bürger in ihrer Armut, Oppositionsführer im Versteck. Sie sprachen mit Guerilleros auf den Barrikaden. Präsident Somoza nimmt Stellung, ebenso einer seiner Generale, der gerade die Stadt Masaya "gesäubert" hat.

Der Film ist
im Verleih bei:

UNIDOC
Film für
den Fortschritt

Danteztr. 29 Postfach 45
8000 München 19
Tel.: 089/15 60 61

Programm der neuen Regierung

Die Junta der Regierung für den Nationalen Wiederaufbau möchte die folgenden grundlegenden Richtlinien ihres politischen Programms bekanntgeben:

1. Schaffung von Demokratie, Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt: Es werden die erforderlichen Gesetze verkündet, um ein System auf der Grundlage echter Demokratie, Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts zu schaffen, das vollständig das Recht aller Nikaraguaner garantiert, an der Politik und an allgemeinen Wahlen sowie der Organisation und der Tätigkeit politischer Parteien ohne jegliche ideologische Diskriminierung teilzunehmen. Ausgenommen sind allerdings solche Parteien, die eine Rückkehr des Somozismus anstreben.

2. Organisation des Staates:

a) Regierung: Die exekutive und administrative Verantwortung wird bei der Junta der Regierung für den Nationalen Wiederaufbau liegen. Die Junta wird solange wie nötig ihre Pflicht erfüllen, um den Weg für eine wahrhaft demokratische Entwicklung auf der Grundlage einer breiten Beteiligung des Volkes und der praktischen Verwirklichung der Konzeptionen und Ziele, in Punkt 1 dieses Programms genannt sind, zu ebnen.

b) Die Legislative: Es wird ein Staatsrat gebildet, der gemeinsam mit der Junta die gesetzgeberischen Aufgaben wahrnehmen wird. Dieser Rat wird die breite Vertretung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte garantieren, die dazu beigetragen haben, die Diktatur Somozas zu stürzen. Der Staatsrat wird sich aus 30 Mitgliedern zusammensetzen, die die nachfolgend genannten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen vertreten und von ihnen ernannt werden:

— Die Sandinistische Nationale Befreiungsfront FSLN.

— Die Nationale Patriotische Front, die Vereinigte Volksbewegung, die Unabhängige Liberale Partei, die Gruppe der 12, die Christlich-Soziale Volkspartei, die Union Nikaraguanischer Arbeiter CTN, die Arbeiterfront, der Verband der Rundfunksprecher.

— Die Breite Oppositionsfront FAO, die Demokratische Konservative Partei, die Christlich-Soziale Partei Nikaraguas, die Demokratische Bewegung Nikaraguas, die Liberale Bewegung der Anhänger einer verfassungsmäßigen Regierungsform, die Sozialistische Partei Nikaraguas, der Allgemeine Unabhängige Gewerkschaftsbund, der Verband für Gewerkschaftseinheit CUS.

— Der Oberste Rat für private Betriebe COSEP, das Nikaraguanische Entwicklungsinstitut INDE, die Kammer der Industrie Nikaraguas CADIN, die Handelskammer Nikaraguas, der Verband der Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Viehzüchter UPANIC, die Nikaraguanische Kammer für Bauwesen.

c) Die Judikative: Der Oberste Gerichtshof wird das höchste Organ der Judikative sein. Über die Zahl der Mitglieder, ihre internen Organisationen und die spezifischen Funktionen wird zum gegebenen Zeitpunkt entschieden. Die ausschließliche Gerichtsbarkeit sowie die Tätigkeit der Judikative mit der erforderlichen Kompetenz und Unabhängigkeit seitens ihrer Mitglieder, die Schaffung eines Systems, in dem richtig Recht gesprochen wird und ihre Garantie, daß die Bürgerrechte voll ausgeübt werden, sollen gewährleistet sein. Es werden ergänzende Bestimmungen erlassen, die erforderlich sind, um eine geeignete Erfüllung der Verantwortung und Aufgaben der Judikative zu garantieren.

3. Garantie der vollen Achtung der Menschenrechte: Die volle Achtung der Menschenrechte, wie sie in der universellen Erklärung der Vereinten Nationen und der amerikanischen Erklärung des OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.) über die Rechte und Pflichten des Menschen aufgestellt worden sind, werden garantiert.

4. Grundfreiheiten: Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage im Lande werden besondere Garantien für die nachfolgend genannten Grundfreiheiten gewährt:

— Informations- und Meinungsfreiheit: Alle Gesetze, die die Informations- und Meinungsfreiheit unterdrücken, werden abgeschafft.

— Freiheit des religiösen Glaubens: Die volle Ausübung der Religionsfreiheit wird gewährleistet.

— Freiheit zur Schaffung von genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und Volksorganisationen: Ein Gesetz wird verkündet und Maßnahmen werden getroffen, die die Freiheit zur Schaffung von genossen-

schaftlichen, gewerkschaftlichen und Volksorganisationen in den Städten wie auf dem Lande garantieren und fördern.

5. Abschaffung repressiver Gesetze: Alle repressiven Gesetze werden abgeschafft, und zwar insbesondere jene, die gegen die Würde und die Integrität des Menschen verstoßen. Auf diese Weise wird den Morden, dem Verschwinden von Personen, der Folter, den illegalen Verhaftungen und den Überfällen auf Wohnungen ein Ende bereitet.

6. Abschaffung repressiver Institutionen: Alle repressiven Institutionen wie das Nationale Sicherheitsbüro OSN und der Militärische Geheimdienst, die dazu dienen, das Volk und seine Organisationen politisch zu unterdrücken, werden aufgelöst.

7. Beseitigung der Unzulänglichkeiten der Diktatur: Die Korruption, die für die Diktatur Somozas kennzeichnend war, wird beseitigt. Zu den unter die Korruption fallenden Maßnahmen gehören die betrügerische Aneignung von Gütern, Schmuggel, rechtswidrige Steuerbefreiung und -verteilungen, betrügerische Angebote und Bodengeschäfte, Verschwendung staatlicher Gelder, rechtswidriges Verleihen von Geld, Schmiergelderzahlungen für Darlehen und andere Unregelmäßigkeiten. Die Ehrlichkeit der Verwaltung und die Rechtschaffenheit aller Beamten werden zu den Hauptregeln im Bereich der öffentlichen Verwaltung gehören.

8. Justiz: Alle Offiziere und Zivilisten, die in Verbrechen gegen das Volk oder in die Verschwendung von staatlichen Geldern sowie andere illegale Geschäfte verwickelt sind, werden den Gerichten übergeben.

9. Aufhebung illegaler Prozesse und Urteile: Alle Prozesse der illegalen Kriegesgerichte werden annulliert und ihre Urteile aufgehoben. Alle politischen Gefangenen werden freigelassen und die Tore des Vaterlandes werden allen geöffnet, die im Exil leben.

10. Autonomie der Gemeinden: Es wird ein Gesetz verabschiedet werden, das den Gemeinden volle Autonomie garantiert und sie in die Tat umsetzt, wobei die entsprechenden Einrichtungen frei vom Volk gewählt würden. Die Stadtverwaltung von Managua wird wieder hergestellt.

11. Auflösung des Machtapparates von Somoza: Alle Strukturen des Machtapparates von Somoza werden aufgelöst und durch neue demokratische Strukturen im Einklang mit den zu diesem Zweck erlassenen Gesetzen und mit diesem Programm ersetzt.

12. Organisation einer neuen nationalen Armee: Es wird eine neue nationale Armee aufgestellt werden. Ihre fundamentale Aufgabe wird in der Verteidigung des demokratischen Prozesses und der Souveränität und Unabhängigkeit der Nation sowie in der Einheit seines Territoriums bestehen. Diese Armee wird die FSLN-Kämpfer sowie diejenigen Soldaten und Offiziere umfassen, die eine ehrliche und patriotische Führung angesichts der in der Diktatur herrschenden Politik der Korruption, Repression und Unterwerfung bewiesen haben. Diese Armee wird außerdem diejenigen umfassen, die am Kampf zum Sturz des Somoza-Regimes teilgenommen haben, sowie die Teile des Volkes, die für die Befreiung des Volkes gekämpft haben und jetzt in die neue Armee eintreten wollen, und auch diejenigen körperlich fähigen Bürger, die zur Zeit ihren obligatorischen Wehrdienst ableisten. In dieser neuen nationalen Armee wird kein Platz sein für korrupte Offiziere, die für am Volk begangene Verbrechen verantwortlich sind.

13. Nationale Polizei: Der nationalen Polizei wird eine Sonderrolle zukommen, bei der sowohl die Art ihrer bürgerlichen Pflichten als auch die Pflichten im Zusammenhang mit dem Schutz der Bürger berücksichtigt werden.

14. Unabhängige Außenpolitik: Es wird eine unabhängige, nichtpaktgebundene Außenpolitik verfolgt werden, die Beziehungen zu allen Ländern erlaubt, die die Selbstbestimmung sowie gerechte und gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen respektieren. Während wir an diesen Prinzipien festhalten, werden diplomatische und Handelsbeziehungen zu all den Ländern unterhalten, die den internen revolutionären Prozeß Nikaraguas respektieren. Es werden auch neue Märkte sowie die Solidarität mit den demokratischen Ländern Lateinamerikas und der übrigen Welt angestrebt.

15. Rückkehr der im Ausland lebenden Nikaraguaner: Es wird eine Politik zur Rückführung aller im Ausland lebenden Nikaraguaner gefördert werden, so daß diese ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Dienst des Landes stellen und aktiv an seinem Wiederaufbau und seiner Entwicklung teilnehmen können.

(Quelle: Nicaragua-Nachrichten, Wuppertal, Nr. 7/Juli 1979, S. 1—5)

Iván Ljubetić

„Grenzperiode“ des Widerstands



Im Mai d. J. wurde in Santiago ein Dokument der Kommunistischen Partei Chiles veröffentlicht, in dem erklärt wird: „Man kann sagen, daß wir uns in einer Grenzperiode befinden zwischen der langen Etappe, in der das Volk seine Rechte mühevoll gegen die terroristische Offensive der Tyrannei verteidigte und einer neuen Phase, in der es die Initiative ergreift.“

Innerhalb der Periode des defensiven Kampfes des chilenischen Volkes können wir drei Etappen unterscheiden. Eine erste Etappe, deren Merkmale der totale Krieg gegen das Volk, der entfesselte Terror und die schwierige Reorganisation der Volksparteien und der Gewerkschaftsorganisationen sind, reicht vom 11. 9. 1973 bis zum 30. 4. 1975. Die zweite, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Diktatur ihre soziale und politische Basis verliert und die bewußtesten Teile des Volkes Widerstandsaktionen organisieren, beginnt am 1. 5. 1975 und endet am 30. 4. 1977.¹ Am 1. 5. 1977 kann man den Beginn einer dritten Etappe ansetzen, deren Merkmale die wachsende Einheit der antifaschistischen Kräfte und immer machtvollere Massenaktionen sind.

Am Anfang dieser Etappe kam es zu einem entscheidenden Ereignis. Es war der Hungerstreik von 26 Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen, der in Santiago vom 14.—23. Juni 1977 durchgeführt wurde.²

Diese spektakuläre Aktion weckte nicht nur die Solidarität breiter Kreise im In- und Ausland, sondern markierte auch den Beginn des organisierten Kampfes von Hunderten von Angehörigen von Verschwundenen, der auch für andere Kreise beispielhaft wirkte und als vereinigendes Element diente.

Im Jahr 1977 gewannen die einheitlichen Aktionen, die bis dahin nur von einem kleinen Sektor christdemokratischer Arbeiter gemeinsam mit Mitgliedern und Anhängern der Unidad Popular (UP) getragen worden waren, zunehmend an Kraft und Breite. Der Kampf um das tägliche Brot und um die gewerkschaftlichen Rechte führte immer mehr Arbeiter zusammen.

Diese Tatsache zwang auch den rechten Flügel der Christdemokratischen Partei (PDC) seine Haltung zu ändern. Vom sektiererischen „Dritten Weg“, für den sich Frei Ende 1975 ausgesprochen hatte („nichts mit den Marxisten“) ging man nun dazu über, im Dokument der PDC „Ein Vaterland für alle“ vom 10. 10. 1977 die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen der PDC und der UP nicht mehr auszuschließen. Es war schon vorher zu gemeinsamen Aktionen gekommen, beispielsweise beim Bummelstreik der Hafendarbeiter, größere Bedeutung erreichten sie aber erst beim Streik der Minenarbeiter von El Teniente am 2. November 1977.³

Diese Kämpfe der Arbeiter und die Aktionen der Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen brachten die Diktatur in eine schwierige Lage. Hinzu kam noch die erneute Verurteilung der Verbrechen der Junta durch die XXXII. UN-Vollversammlung. Dieser Beschluß erregte besonders innerhalb der Streitkräfte großes Unbehagen, da Pinochet versprochen hatte, es werde 1977 dank der „kosmetischen“ Maßnahmen der Diktatur zu keiner Verurteilung mehr kommen.

Um sich aus der Situation zu retten montierte Pinochet entschlossen und skrupellos eine Kampagne gegen die UNO. Er rief sogar zu einem Referendum auf, bei dem sich am 4. Januar 1978 die Bevölkerung zwischen Chile und der UNO entscheiden sollte. Er „gewann“ diese Farce und es gelang ihm, damit einige Sektoren zu täuschen.⁴

Bei dieser wie auch bei anderen Gelegenheiten bewies der Diktator seine Fähigkeit zu manövrieren. Es gelang ihm, einer Klippe auszuweichen, aber mittel- und langfristig gesehen entstanden ihm dadurch noch größere Schwierigkeiten. Die Referendumsfarce spitzte die Widersprüche zwischen ihm und General Leigh zu, was am 24. Juli 1978 damit endete, daß dieser seiner Ämter als Mitglied der Junta und Oberbefehlshaber der Luftwaffe enthoben wurde.⁵ Die Generäle seiner Waffengattung solidarisierten sich mit ihm und traten gleichfalls zurück, außer einem, General Fernando Mattei, der sein Nachfolger wurde.

Diese Ereignisse dürfen nicht nur als Streitereien zwischen faschistischen Machthabern verstanden werden, sondern als Ergebnis des Einflusses, den die Widerstandsaktionen und die internationale Solidarität auf die Situation innerhalb der Streitkräfte haben.

Wo sind die Verschwundenen?

1978 war durch wachsende Massenaktionen gekennzeichnet. Am 1. Mai gab es eine große Kundgebung in Santiago. Die 9000 Arbeiter der Kupfermine Chuquicamata entwickelten eine neue Kampfform: Von Ende Juli bis Anfang September 1978 weigerten sie sich, die Speiseräume des Unternehmens aufzusuchen, während sie gleichzeitig Lohnerhöhungen forderten.⁶ Zu ähnlichen Aktionen kam es im Stahlwerk Huachipato, in der Kupfermine El Salvador, im Banco del Trabajo u. a.

Um die Offensive der Arbeiter aufzuhalten, griff Pinochet zu neuen Repressionsmaßnahmen. Er verbot am 19. Oktober 1978 sieben Gewerkschaftsförderungen, die 529 Basisgewerkschaften mit insgesamt ca. 400 000 Mitgliedern umfassen. Wenige Tage später, am 27. Oktober, wurde die Auflösung aller Gewerkschaftsvorstände im privaten Sektor bekanntgegeben und gleichzeitig zu Neuwahlen innerhalb von drei Tagen aufgerufen. Die Diktatur traf alle Maßnahmen, um die Wahl von ihr genehmen Gewerkschaftsführern zu erreichen, aber sie scheiterte.⁷ Von den neu gewählten Gewerkschaftern gehören 85 % der Opposition an und mindestens 45 % von ihnen sind Mitglieder oder Anhänger der Kommunistischen Partei (PC). Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in den 529 Gewerkschaften der 7 verbotenen Verbände, in denen die UP oder die PC schon jahrelang eindeutig in der Mehrheit sind, nicht gewählt werden durfte.

Mit anderen Worten, die Wahlen vom 31. Oktober 1978 bewiesen, daß die PC ihre Position innerhalb der Gewerkschaften nicht nur halten, sondern ihre Kraft nach dem Putsch sogar

ausbauen konnte. Diese Tatsache bereitet nicht nur den Faschisten Sorge, sondern auch jenen, die im In- und Ausland die Fäden ziehen, damit in Chile nach dem Sturz der Junta eine Regierung ohne Beteiligung der Arbeiterklasse, ohne Kommunisten an die Macht kommt.

Am 31. Juli 1978 wurde die Kommission der 24 gegründet, die sich zur Aufgabe stellte, ein alternatives Verfassungsprojekt zu dem faschistischen auszuarbeiten. Anfangs waren die rechten Kreise der PDC und der Sozialdemokraten dagegen, daß auch Kommunisten an dieser Arbeit beteiligt würden. Aber sie mußten bald diese Haltung aufgeben, und die Kommission wurde zu einer Organisation, in der alle demokratischen Kräfte vertreten sind — ein weiterer Beweis für die Fortschritte im Einheitsprozeß der Opposition gegen die Diktatur.

1978 markierte auch den Beginn der Massenaktionen der Studenten. Sie begannen im September mit Solidaritätskundgebungen für das Volk von Nicaragua, wurden fortgesetzt mit Demonstrationen, bei denen die Demokratisierung der Universitäten gefordert wurde und erreichten ihren Höhepunkt mit einem Streik in der Theologischen Fakultät der Katholischen Universität in Santiago.⁸

Auch im kulturellen Bereich erreichten 1978 die Veranstaltungen Massencharakter. Im Dezember wurde die Nationale Vereinigung für Kultur gegründet, die zahlreiche fortschrittliche Institutionen vereinigt.

Dies sind alles Teilaspekte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Jahr 1978, in dessen Verlauf, wie bereits im Vorjahr, die Angehörigen der Verschwundenen ein wichtiges Kapitel schrieben. Ihre mutigen Aktionen und die nationale und internationale Solidarität die sie begleiteten, trugen dazu bei, dem faschistischen Terror die Hände zu binden. Ab Januar 1978 wurden keine Patrioten mehr verschleppt. Aber Pinochet beharrt weiterhin darauf, die Verhaftung von über 2500 Chilenen, die von seiner Geheimpolizei entführt wurden, zu bestreiten.

Die so oft wiederholte Frage „Wo sind die Verschwundenen?“, erhielt jedoch Ende 1978 eine erste dramatische Antwort. Am 30. November wurde im verlassenen Kalkbergwerk von Lonquén ein Massengrab entdeckt.⁹

Von den dort gefundenen Leichen konnten 15 dank der sorgfältig geführten Untersuchung von dem damit beauftragten Richter, Adolf Banados, identifiziert werden. Es handelte sich ausschließlich um Landarbeiter aus der Gegend um Lonquén, die von dort stationierten Polizeikräften, deren Namen auch bekannt sind, am 7. Oktober 1973 verhaftet worden waren.

Ende März wurde Richter Banados vom Obersten Gerichtshof gerügt und von der Diktatur unter Druck gesetzt, damit er den Fall unter Berufung auf das Amnestiegesetz vom 19. 4. 1978 als abgeschlossen erklärt. Er weigerte sich, das zu tun, erklärte sich jedoch für unzuständig, die Untersuchung weiterzuführen, da Polizeikräfte in den Fall verwickelt waren. Der Fall ging deshalb an das Militärgericht über, das sich nun bemüht, alles im Sand verlaufen zu lassen.

Der Fall Lonquén hatte aber in Chile die Wirkung einer Bombe.



Folterkammer der Junta

Viele, die bis dahin die Verbrechen noch nicht wahrhaben wollten, wurden wacherüttelt. Die Protestdemonstrationen und -erklärungen wurden von breitesten Kreisen unterstützt, so daß der Fall Lonquén zu einem weiteren Einheitsfaktor der antifaschistischen und nichtfaschistischen Kräfte wurde.

1978 endete mit der Boykottandrohung der Regionalen Interamerikanischen Organisation der Arbeiter (ORIT), was Pinochet wieder zu einem seiner Manöver zwang. Er wechselte einige seiner Minister aus, darunter auch den Arbeitsminister. Der neue Arbeitsminister kündigte am 2. Januar d. J. einen „Plan zur Arbeit“ an.

Nach dem Putsch im September 1973 wurden die Einheitszentrale der Werktätigen Chiles (CUT) und alle landesweiten Gewerkschaftsföderationen verboten. Durch die Gesetzesverordnung 198 von Dezember 1973 setzte man dann alle Basisgewerkschaften unter militärische Kontrolle. Aber die heldenmütige Untergrundtätigkeit konnte bei der großen Mehrheit der Gewerkschaftsorganisationen verhindern, daß sie von Faschisten kontrollierbar wurden.

Im Laufe der Zeit bildeten sich Gewerkschaftsgruppen heraus, indem sich die landesweiten Föderationen, die ähnliche Richtungen vertraten, verbanden, obgleich sie theoretisch noch verboten waren.

1974 wurde die Gruppe der 10 organisiert, die rechte christdemokratische und sozialdemokratische Positionen einnimmt. Auch die Konföderation der Privatangestellten Chiles (CEPCH), sozialdemokratischer Tendenz, die wie die Gruppe der 10 damals mit der Junta kollaborierte, nahm die Arbeit wieder auf. Außerdem wurde die 1971 gegründete Einheitsfront der Werktätigen (FUT) reorganisiert, in der sich fortschrittliche Christen und Christdemokraten zusammenfanden.

Die Gegenmacht Gewerkschaftsbewegung

Die von der Unidad Popular und linken Christdemokraten geleiteten Gewerkschaftsföderationen gründeten die Nationale Gewerkschafts-Koordination (CNS). Die Junta organisierte ihrerseits zwei von ihr orientierte Gruppen: die Arbeitsfront und die Vereinigung der Werktätigen Chiles (UNTRACH).

Anfang 1979 hatte die juntatreue Arbeitsfront, der es nie gelang, eine Massenbasis zu gewinnen, bereits aufgehört zu existieren. An ihrer Stelle wurden zwei weitere Fassadenorganisationen gegründet, die jedoch innerhalb der chilenischen Gewerkschaftsbewegung keinerlei Gewicht haben.

Die UNTRACH, die 1976 zur Unterstützung der Junta gegründet worden war, hat im Laufe der Zeit als Folge ihrer internen Widersprüche eine sehr wechselhafte Haltung eingenommen. Im September 1978 nahm sie zum ersten Mal einen oppositionellen Standpunkt ein, als sie gemeinsam mit der Gruppe der 10 ein Schriftstück unterzeichnete, in dem die Arbeitspolitik der Junta kritisiert wurde.

1979 waren die UNTRACH und die Gruppe der 10 die einzigen Gewerkschaftsverbände, die vom Arbeitsminister zu einem Gespräch über den neuen „Plan zur Arbeit“ eingeladen wurden. Die Vertreter beider Organisationen waren in ihrer Mehrheit mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden. Doch dies führte zu Spannungen innerhalb der beiden Vorstände, was neben dem Druck, der von der Basis gegen den „Plan zur Arbeit“ kam, beide Verbände zwang, diesen abzulehnen.

Am 15. Februar wurden fünf Gewerkschaftsführer der Kupfermine Chuquicamata entlassen, die zur Konföderation der Kupferarbeiter gehört, deren von den Faschisten eingesetzte Leitung in der UNTRACH mitarbeitete.

Die willkürliche Entlassung erregte große Unzufriedenheit innerhalb der UNTRACH und bewirkte eine breite Welle der Solidarität mit den Betroffenen, die sich auf alle innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bestehenden Tendenzen ausdehnte. Dadurch wurde der Einheitsprozeß beschleunigt, der sich schon ein paar Tage vorher, bei den Veranstaltungen zum 26. Jahrestag der CUT, am 12. Februar, gezeigt hatte. Bei dieser Gelegen-

Schwierigkeiten in der Sozialistischen Partei Chiles

Im Mai d. J. wurde öffentlich bekannt, daß Carlos Altamirano von seinem Amt als Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles (PS) enthoben und bald darauf aus der Partei ausgeschlossen worden war. Diese Ereignisse gehören in den Rahmen der Entwicklung der PS zu einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1933 hat es innerhalb der PS Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strömungen gegeben. Sie wurden in der Zeit der Volksregierung stärker und spitzten sich besonders nach dem Putsch vom 11. 9. 1973 zu.

Im März 1978 fand in Algier ein Plenum der PS statt (Wortlaut der Algier-Erklärung in: AIB 9/1978), bei dem die von Adonis Sepúlveda angeführte ultralinke Tendenz, die innerhalb der Partei großen Einfluß gewonnen hatte, verdrängt wurde. Die Auseinandersetzungen fanden zwischen den von Carlos Altamirano und von Clodomiro Almeyda vertretenen Strömungen statt. Letztere konnte sich durchsetzen und wählte die Mehrheit des neuen Zentralkomitees. Trotzdem wurde, um eine mögliche Spaltung der Partei zu vermeiden, Carlos Altamirano in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt.

Votum des 3. Untergrundplenums der PS

Im Februar, März und April d. J. fand in Chile das 3. Untergrundplenum der PS statt. In dessen Verlauf wurde „der marxistisch-leninistische Charakter der Organisation und die klar antiimperialistische, lateinamerikanische und Dritte-Welt-Politik der Partei bekräftigt“. ¹ Das Plenum „bestätigte und vertiefte die politische Linie, die in Algier angenommen worden war. Diese Linie geht davon aus, daß für die gegenwärtige geschichtliche Periode das Hauptziel, das alle chilenischen Demokraten ohne Sektierertum und ohne Ausschlüsse vereinigen sollte, die Wiederherstellung und Erneuerung der Demokratie sein muß“. ²

Im 3. Untergrundplenum wurde auch beschlossen, „den Generalsekretär, Genossen Carlos Altamirano, von seinem Amt zu entheben. Diese Maßnahme ist notwendig für die Entwicklung der Partei, für ihre Festigung und für den Fortschritt im Kampf gegen die Diktatur und für den Sozialismus“. Gleichzeitig wurde beschlossen, „den Genossen Clodomiro Almeyda zu neuen Generalsekretär zu ernennen“. ³ Parallel zum 3. Plenum fanden ähnliche Versammlungen im Ausland statt, in all jenen Ländern, in denen heute Mitglieder der PS leben. Bei der großen Mehrheit dieser Versammlungen gab es eine absolute Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Plenums in Chile.

In einer Versammlung in Berlin, an der Vertreter der Partei aus Chile und aus dem Ausland teilnahmen, wurde der Beschluß, Altamirano durch Almeyda im Amt des Generalsekretärs der PS zu ersetzen, ausgeführt. Altamirano nahm an dieser Versammlung weder teil noch anerkannte er ihre Maßnahmen.

Angesichts dieser Haltung beschloß das Zentralkomitee der PS mit den Stimmen von 36 seiner 40 Mitglieder Altamirano aus der Partei auszuschließen. In einem in Paris am 2. Mai d. J. herausgegebenen Kommuniqué der PS heißt es, daß der Grund für den Ausschluß Altamiranos darin liegt, daß er „die Legalität der Partei verletzte, als er sich weigerte, die Beschlüsse der kürzlich im Untergrund in Chile durchgeführten Plenarsitzung anzuerkennen“. ⁴

Diese Geschehnisse führten zur Spaltung der PS und leiteten eine öffentliche Debatte ein. Nach Meinung von Altamirano „war die Spaltung nur der Höhepunkt eines langen Prozesses und die Folge von zwei verschiedenen Auffassungen der Partei und ihrer Leitungsrolle in Chile. Die Anhänger Almeydas führen durch ihre sektiererische und dogmatische Auffassung des Marxismus unvermeidbar zu einer Verengung des politischen Raumes, den der Sozialismus ausfüllen muß“. ⁵

Almeyda widersprach seinerseits der Behauptung Altamiranos, die jetzige Leitung der PS stehe unter kommunistischem Einfluß, indem er erklärte: „Das Argument des angeblichen Prokommunismus hat einer Erklärung: die heterogenen Gruppen, die Altamirano begleiten — Sozialdemokraten und Trotzkisten, Rechtsopportunisten und Ultralinke — haben an Gemeinsamen nur ihren Antikommunismus. Deshalb heben sie diesen Aspekt hervor, der ihnen außerdem dazu verhilft, die Unterstützung derjenigen zu erhalten, die im Ausland daran interessiert sind, die Volksbewegung zu spalten. . . Auf diese



C. Almeyda (l.), neuer Generalsekretär der PS

Basis gestützt und mit einer anarchistischen Auffassung der Partei kann man nicht weit kommen“. ⁶

Die Kommunistische Partei Chiles, engster und wichtigster Partner der PS in der Unidad Popular, gab am 18. Mai d. J. eine öffentliche Erklärung ab, in der es heißt: „Die Kommunistische Partei Chiles ist offiziell über die Ernennung des Genossen Clodomiro Almeyda zum neuen Generalsekretär der Sozialistischen Partei informiert worden. Sie drückt ihre Überzeugung aus, daß unter seiner Leitung die Sozialistische Partei weiterhin Seite an Seite mit der Kommunistischen Partei und allen Parteien der Unidad Popular gegen den Faschismus kämpfen wird. . . Die Kommunistische Partei „bedauert zutiefst die Schwierigkeiten, die die Sozialistische Partei in der letzten Zeit durchmachte, die in der Tat vorübergehend ihren Beitrag zum Kampf, um der faschistischen Diktatur so bald wie möglich ein Ende zu bereiten, schwächten. Die Kommunistische Partei wird sich weiterhin bemühen, ihre Beziehungen zur Sozialistischen Partei zu festigen und zu entwickeln ebenso wie zu allen anderen Parteien der Unidad Popular. Sie tut und wird alles tun, was an ihr liegt, damit die Sozialistische Partei möglichst bald die Schwierigkeiten überwindet und diese auf keinen Fall eine Schwächung der Unidad Popular bedeuten. Um letzteres zu erreichen wird sie sich auch bemühen, gute Beziehungen zum Genossen Carlos Altamirano und der Strömung, die er vertritt, aufrechtzuerhalten“. ⁷

Anmerkungen:

- 1) IPS Kabel, Santiago, 26. 5. 1979
- 2) Hoy Nr. 107, Santiago, 13.—19. 6. 1979, S. 21
- 3) Partido Socialista, Resoluciones del Pleno del Comité Central, Abril 1978, S. 88
- 4) AFP-Kabel, Paris, 2. 5. 1979, veröffentlicht in: La Tercera, Santiago, 3. 5. 1979
- 5) Hoy, Nr. 108, 20.—26. 6. 1979, S. 22
- 6) Hoy, Nr. 107, 13.—19. 6. 1979, S. 22
- 7) Erklärung der Kommunistischen Partei Chiles, 18. 5. 1979

heit hatten Gewerkschafter der verschiedensten Richtungen die Notwendigkeit und Bedeutung des von den Faschisten verbotenen Dachverbandes unterstrichen.

Auf der gleichen Linie liegt die gemeinsame Ausarbeitung von einem an den Arbeitsminister gerichteten Schriftstück, das die CNS, die FUT, die CEPCH und die UNTRACH unterzeichnen und in dem es den „Plan zur Arbeit“ betreffend heißt: „Wir können nicht hinnehmen, daß diese Maßnahmen ohne vorherige Beratung durchgesetzt werden, zum ernststen Schaden der Arbeiter, da sie Errungenschaften verletzen, die harte gewerkschaftliche Kämpfe gekostet haben und die die Arbeiter als ihr Recht betrachten.“¹⁰ Gleichzeitig wurde die Aufhebung von sechs Gesetzesverordnungen gefordert, die gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet sind.

Die Gruppe der 10 war nicht bereit, an dem Schriftstück mitzuwirken und es zu unterzeichnen, obgleich sie dazu aufgefordert worden war.

Innerhalb der UNTRACH gelang es den juntatreuen Kräften, die Organisation wieder von den gemeinsamen Aktionen mit den anderen Gewerkschaftsgruppen abzubringen. Sie erreichten sogar, daß die UNTRACH am 1. Mai d. J. an der von der Junta organisierten Veranstaltung teilnahm (wo ihre Vertreter jedoch an der Politik der Junta Kritik übten) und daß sechs ihrer Mitglieder sich an der Delegation beteiligten, die die Diktatur zur Jahresversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf entsandete.

Einen ähnlichen Zickzackkurs wie die UNTRACH vollführte bisher die Gruppe der 10. Sie wurde 1974 von Gewerkschaftern gegründet, die mit der Junta kollaborierten. 1976 ging sie in die Opposition über, war jedoch nicht bereit sich an Aktionen zu beteiligen, an denen auch Gewerkschafter der UP mitwirkten. Die Leiter der Gruppe sind in erster Linie rechte Christdemokraten und in geringerem Maß auch rechte Sozialdemokraten. Sie werden stark von der US-Gewerkschaftszentrale AFL-CIO und der europäischen Sozialdemokratie beeinflusst, von denen sie eine bedeutende Unterstützung erhalten. Die AFL-CIO geht so weit, die Gruppe der Zehn als einzige demokratische Gewerkschaftsorganisation in Chile anzuerkennen.

Als Anfang Januar d. J. die Boykottandrohung der Regionalen Interamerikanischen Organisation der Werktätigen (ORIT) konkrete Formen annahm, reisten drei Leiter der Gruppe der 10 in die USA, wo sie Unterredungen mit Gewerkschaftern der AFL-CIO führten. Nach diesen Gesprächen setzte die US-Gewerkschaft die ORIT unter Druck, so daß diese den Boykott gegen Pinochet auf unbestimmte Zeit vertagte. Offiziell wurde behauptet, die AFL-CIO habe sich gegen den Boykott ausgesprochen, weil sie davon ausgehe, daß der neue „Plan zur Arbeit“ eine Liberalisierung des chilenischen Gewerkschaftslebens bringen würde.

Eine Front gegen den „Plan zur Arbeit“

Den wahren Grund erwähnte jedoch Eduardo Rios, rechter Christdemokrat und Vorsitzender der Gruppe der 10 in einem Interview Ende Januar d. J. in Santiago. Rios erklärte: „Die Vertreter der chilenischen Regierung, insbesondere Minister Fernández (Innenminister) bezeichneten den Boykott als eine Maßnahme, die das Ziel verfolge, die Militärregierung zu entstabilisieren. Dies bereitete den USA Sorgen, da es z. Z. keine politische Alternative gibt.“¹¹ Mit anderen Worten, der Imperialismus war besorgt, weil es zu dem Zeitpunkt in Chile keine politische Alternative gab, die seinen während der Diktatur getätigten milliardenhohen Investitionen Garantien geboten hätte. Bei dieser Einschätzung spielten zweifelsohne auch die Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen von Oktober 1978 keine geringe Rolle.

Im Verlauf des gleichen Interviews sprach sich Rios auch gegen die Einheit der chilenischen Arbeiter aus: „In der ganzen westlichen Welt gibt es Arbeitsorganisationen, die Tendenzen ideologischer Art entsprechen. Wenn es mehr als eine Arbeiterzentrale

Wirtschaftskennziffern zu Chile

Hatte das Wirtschaftsmodell des faschistischen Regimes in Chile im Zeitraum September 1973 bis Ende 1976 noch zu einer wirtschaftlichen Krise von katastrophalem Ausmaß geführt, so läßt sich 1977/78 eine relative Stabilisierung erkennen:

- dem Rückgang des **Bruttosozialproduktes** von 1973—76 etwa 20 % folgte 1978 ein Zuwachs von 6 %;
 - betrug die **Inflationsrate** 1974 noch 600 % und 1975 340,7 %, so wurde sie bis 1978 auf 31,5 % zurückgedrängt;
 - ging die **Industrieproduktion** bis 1975 noch um 25 % zurück, so erhöhte sie sich 1977/78 um über 10 %;
 - einer Verminderung des **Exportvolumens** im Zeitraum 1973—76 um 50 % steht eine Erhöhung um 12 % im Jahr 1978 gegenüber.
- Trotz dieser Abschwächung der Krise kann von einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Chile nicht die Rede sein:
- die **Industrieproduktion** hat 1978 noch immer nicht die **Größenordnung** während der Allende-Regierung erreicht; setzt man den Index der Industrieproduktion für 1969 mit 100 an, so betrug er 1972 117,6, im Jahr 1978 dagegen nur 107,3;
 - die **Arbeitslosenquote** hält sich weiter bei 30 %; weitere 7 % der Erwerbsfähigen haben nur eine Mindestanstellung;
 - durch rigorose Senkung der Löhne und Einkommen sank das **Realeinkommen** der Arbeiter um über 50 % unter das während der Allende-Regierung erreichte Niveau;
 - die **Auslandsverschuldung** hat mit 6,4 Mrd Dollar ihren bisher höchsten Stand erreicht
 - infolge der weiteren Öffnung des Landes für das Auslandskapital meldeten alleine 1978 10 % der einheimischen Industriebetriebe den **Bankrott** an.

geben muß, so soll sie existieren“.¹² Auch antikommunistische Äußerungen konnten bei seinen Ausführungen nicht fehlen. Insgesamt also eine Erklärung sehr im Sinne des Imperialismus und der europäischen Sozialdemokratie, die auch mit der Linie des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) übereinstimmt, der dagegen ist, weiterhin die CUT materiell zu unterstützen. Er will stattdessen nur bestimmte Sektoren begünstigen und trägt so zur Spaltung der chilenischen Arbeiter bei. Doch trotz aller Machenschaften einiger Diversionisten setzt sich weiterhin der Einheitsprozeß der Arbeiter durch. Auch die Leitung der Gruppe der 10 mußte dem Druck der Basis nachgeben und es kam zu einer Verständigung mit der CNS, der FUT und der CEPCH, was dazu führte, daß alle vier Organisationen gemeinsam zu Kundgebungen am 1. Mai d. J. aufriefen und diese, obwohl sie verboten wurden, auch gemeinsam durchführten.

Die Konföderation der Privatangestellten Chiles (CEPCH), die von Sozialdemokraten der Rechten und der Mitte kontrolliert wird, hat gleichfalls unter der Diktatur ihre Position mehrmals gewechselt. Zuerst war sie zur Kollaboration bereit, ging dann gemeinsam mit der Gruppe der 10 in die Opposition über, um später wieder mit der UNTRACH für die Junta zu arbeiten. In den letzten Monaten ist ihre Haltung immer konsequenter geworden, als Ergebnis der antifaschistischen Position der Sozialdemokraten der Rechten und der Mitte, die sich erst jetzt dazu durchgerungen haben.

Die Einheitsfront der Werktätigen (FUT) in der sich fortschrittliche Christen und Christdemokraten vereinigt haben, ist der Lateinamerikanischen Konföderation der Werktätigen (CLAT) angeschlossen, die eine christliche Tendenz vertritt. Sie hat eine konsequent antifaschistische Haltung eingenommen und arbeitet eng mit der CNS zusammen, was ihr harte Verfolgungen einbrachte.

Die Nationale Gewerkschafts-Koordination (CNS) ist der z. Z. wichtigste Gewerkschaftsverband. Er kontrolliert mindestens 60 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und hat in politischer Hinsicht das breiteste Spektrum. Zu seiner Leitung gehören Kommunisten, die die stärkste Kraft darstellen, bis hin zu fortschrittlichen Christdemokraten. Die CNS ist zum Kern der Einheitsaktionen der chilenischen Arbeiter geworden. Nach den harten Repressionsschlägen, denen die CNS im Oktober 1978 ausgesetzt war, setzte sie trotzdem ihre Aktivitäten

verstärkt fort. Im November organisierte ihr Frauenausschuß das erste Treffen der arbeitenden Frau nach dem Putsch, an dem über 250 Delegierte aus allen Landesteilen teilnahmen.

Auch die „aufgelösten“ Föderationen und ihre Basisgewerkschaften stellten die Arbeit nicht ein. Da sie außerdem eine starke nationale und internationale Solidarität erfuhren, sah sich der Arbeitsminister Anfang Januar d. J. gezwungen zu erklären, „man erwäge die Rückgabe der Gewerkschaftsgüter, die den sieben betroffenen Föderationen und einigen Basisgewerkschaften beschlagnahmt worden waren“.¹³ Darüber hinaus verlängerte man die Amtszeit der Vorstände dieser sieben Gewerkschaftsföderationen, die, wie bereits erwähnt wurde, am 31. Oktober 1978 keine Wahlen abhalten durften.¹⁴

Dies ist ein Beweis für die Macht der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere jener Organisationen in denen traditionsgemäß die UP und konkret die PC sehr stark sind, und zeigt gleichzeitig die Bedeutung der internationalen Solidarität und die Schwäche der Diktatur.

Im Februar d. J. führte die CNS die erste landesweite Versammlung durch, an der etwa 500 Delegierte aus allen Provinzen teilnahmen. Man verabschiedete eine Kampfplattform, beschloß die Organisationsstruktur zu dynamisieren und den anderen Gewerkschaftsgruppen eine gemeinsame Kundgebung zum 1. Mai vorzuschlagen. Seit dem Putsch ist dies die wichtigste in Chile abgehaltene Gewerkschaftsversammlung gewesen.

Einsetzen offensiv geführter Kämpfe

Die Veranstaltungen zum 1. Mai d. J. waren Ausdruck der Einheit, Kampfkraft, Organisierung und des hohen Bewußtseinsgrades der chilenischen Arbeiterklasse. In 24 Städten fanden Veranstaltungen statt, zu denen die vier bereits genannten Gewerkschaftsgruppen aufgerufen hatten, die insgesamt 90 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfassen.¹⁵

Den Repressionsmaßnahmen zum 1. Mai (allein in Santiago wurden 365 Kundgebungsteilnehmer verhaftet) folgte der Kampf um die Freilassung der Gefangenen. Die wichtigste Rolle spielten dabei die Studenten, die zahlreiche Solidaritätsaktionen durchführten: Hungerstreiks, Demonstrationen, Versammlungen.

Ein paar Tage zuvor hatten die Studenten der Universidad de Chile ihre Reife bewiesen, als sie sich gegen die Wahlfarce, die die Faschisten für den 24. April angesetzt hatten, durchsetzen konnten. Trotz aller Einschränkungen und Hindernisse wählten die demokratischen Studenten 60 % der Delegierten, die Juntaanhänger dagegen nur 28 %. Die restlichen 12 % erklärten sich unabhängig. Dieses Ergebnis ist ein Anhaltspunkt zur Beurteilung der Lage innerhalb der Mittelschichten in Chile.

Zusammenfassend können wir sagen, daß sich in den letzten Monaten neue Möglichkeiten für den Kampf des chilenischen Volkes eröffnet haben. Die Diktatur sieht sich angesichts der Unzufriedenheit und der Massenkämpfe gezwungen, ihre Taktik zu ändern. Sie muß sogar die Repression mildern, ohne sie jedoch ganz einzustellen, da diese vom Faschismus untrennbar ist.

Der Widerstandsprozeß in Chile entwickelt sich nicht in Form einer geraden Linie. Es ist ein vielschichtiger und widerspruchsvoller Prozeß, dessen Grundtendenz jedoch darin besteht, daß die demokratischen Kräfte zunehmend an Geschlossenheit, Breite und Entschlossenheit gewinnen und einen breiteren Aktionsradius für sich erobern. Pinochet kann nicht mehr so handeln, wie er möchte, hat aber noch Manövrierfähigkeit.

Die Einheitsbewegung findet nicht ohne Rückschläge (siehe auch Kasten zur Sozialistischen Partei) statt, 1979 begann jedoch als Jahr der Massenkämpfe. Die gestaute Unzufriedenheit findet ihren Ausdruck in zahlreichen Aktionen. Die Gewerkschaften haben Hunderte von Forderungskatalogen eingereicht. Andere Schichten, für die die Politik der Junta auch negative Folgen hat (insbesondere die Mittelschichten), schließen sich den Kämpfen an.

Die Verteidigung der Menschenrechte ist weiterhin ein Feld, das alle demokratischen Kreise vereinigt. Die Arbeiterklasse ist dank ihrer beharrlichen und anpassungsfähigen Aktion zum Rückgrat der fortschrittlichen Kräfte des Landes geworden.

Es beginnt eine Periode offensiv geführter Kämpfe. Deshalb ist die internationale Solidarität heute von größter Wichtigkeit. Kein Land darf bei der Junta Kupfer oder Früchte kaufen, keine Bank ihr Kredite erteilen, keine Universität mit den Faschisten Verträge abschließen, kein Botschafter die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Mördern von 30000 chilenischen Patrioten einleiten. Man muß auch verhindern, daß bestimmte Kreise, getrieben von sektiererischen Interessen, die Spaltung der antifaschistischen Chilenen verfolgen, indem sie den Antikommunismus auf ihre Fahnen schreiben. Diese Versuche kommen nur Pinochet zugute.

Das chilenische Volk braucht Einheit um zu siegen. Und es braucht die Unterstützung der brüderlichen internationalen Solidarität.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB 9/1977
- 2) Vgl. ebenda
- 3) Vgl. AIB 5/1978
- 4) Vgl. AIB 2/1978
- 5) Vgl. AIB 11—12/1978
- 6) Vgl. ebenda
- 7) Vgl. AIB 2/1979
- 8) Vgl. ebenda
- 9) Vgl. AIB 2 und 5/1979
- 10) La Tercera, Santiago, 10. 3. 1979, S. 6
- 11) Hoy, Santiago Nr. 88, 31. 1.—6. 2. 1979, S. 14
- 12) Ebenda S. 14f.
- 13) La Tercera, 5. 1. 1979, S. 2
- 14) La Tercera, 18. 1. 1979, S. 6
- 15) Vgl. AIB 7—8/1979

Iván Ljubetić Chiles Arbeiter im Widerstand



Marxismus aktuell

133 Seiten, Reihe Marxismus aktuell, 8,50 DM
ISBN 3-88012-551-1



Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

Chile-Boom der Bundesrepublik

„Wir schätzen das große Verständnis Ihrer Regierung und der Unternehmer, die es möglich gemacht haben, die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen unserer Länder auf das ausgezeichnete Niveau zu bringen, auf dem sie sich heute befinden.“¹ So charakterisierte General Augusto Pinochet die spezifischen Beziehungen beider Staaten bei der Akkreditierung des neuen BRD-Botschafters Heinz Dittmann in Santiago. Daß Pinochet mit dieser Äußerung in gewisser Weise durchaus ein Stück Wirklichkeit erfaßte, beweisen die Beziehungen der Bundesrepublik und ihrer Regierung zur faschistischen Militärjunta, die sich trotz zahlreicher internationaler Boykottbeschlüsse gegenüber diesem Regime — wie z. B. die des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und der Sozialistischen Internationale — in Ausmaß und Umfang nicht vermindert, sondern stabilisiert und eher ausgeweitet haben (siehe auch AIB9/1978).

Investitionsschub für die Junta

Gleich zu Beginn des Jahres 1979 stellten der Vorsitzende der Dresdner Bank, Helmut Haeusgen, der geschäftsführende Direktor der Deutsch-Südamerikanischen Bank (Tochter der Dresdner Bank), Albrecht Radecke, u. a. dem Juntachef höchstpersönlich einen Besuch ab, bei dem sie unter Hinweis auf die traditionsreichen Beziehungen ihre Bereitschaft zu weiterer finanzieller Unterstützung bekräftigten. „Die Dresdner Bank“, so wurde betont, „war die erste deutsche Bank, die in Chile zwei Wochen nach dem Regierungswechsel präsent war, um finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes anzubieten“.²

Aber auch die Deutsche Bank blieb bei der großzügigen Kreditvergabe an die Junta nicht untätig. Wie im November 1978 bekannt wurde, beteiligte sich mit einer Eingabe von 50 Mio Dollar an dem sich auf insgesamt 300 Mio Dollar belaufenden Kredit eines internationalen Bankenkonsortiums. Dies war bereits der dritte (Januar 1978: 125 Mio und April 1978: 210 Mio Dollar), aber bei weitem höchste internationale Bankkredit für die Junta im Jahre 1978. Daß solche privaten Anleihen keineswegs unabhängig von der staatlichen Wirtschaftspolitik vergeben werden, zeigt sich daran, daß der chilenische Finanzminister Sergio de Castro vor der Bewilligung des erwähnten 210-Mio-Dollar-Kredits im April 1978 Gespräche mit Bundesaußenminister Genscher und Wirtschaftsminister Lambsdorff führte. Hiermit sind jedoch noch längst nicht die Quellen erschöpft, aus denen die Wirtschaftshilfen unseres Landes für das inhumane Regime in Chile fließen. Über den Hebel der „Hermesbürgschaften“ (staatliche Ausfuhrgarantien für die Industrie) deckt die Bundesregierung derzeit laufende Geschäfte privater Unternehmen in Höhe von mindestens 530 Mio DM. Bedenkt man, daß dem Pinochet-Regime über die drei bedeutendsten internationalen Finanzorganisationen, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Interamerikanische Entwicklungsbank (an denen die BRD maßgeblich beteiligt ist) immense Summen zukamen, so nimmt es nicht Wunder, daß die Außenverschuldung Chiles den höchsten Stand in seiner bisherigen Geschichte erreichte und die 5-Milliarden-Grenze überschritt. Um welchen Preis damit die Erfolge „bei der Inflationsbekämpfung, der Umstellung auf eine nach außen offene Marktwirtschaft, dem Rückzug des öffentlichen Sektors aus der Wirtschaft und der Einkommenspolitik“³ erkauft wurden, wird noch deutlicher, führt man sich die horrende Arbeitslosenquote von 25—30 %, die Reallohnsenkung um mehr als 50% gegen-

über 1973 und den nationalen Ausverkauf der Wirtschaft und der natürlichen Ressourcen vor Augen. Um diesen Trend noch weiter zu forcieren, wurde im März 1977 das Investitionsstatut D.L. 600 grundlegend dem Wirtschaftskonzept der Chicagoer Schule angepaßt, wonach die „in- und ausländische(n) Anlagen grundsätzlich gleichgestellt; freier Gewinntransfer sowie Repariturierung des eingebrachten Kapitals nach mindestens drei Jahren“ zugesichert werden.⁴

Seitdem nahm der „Investitionsboom“ erheblich zu. Die vom chilenischen Komitee für ausländische Investitionen bis zum 11. 8. 1978 genehmigten Projekte erhöhten sich zwar nur um sechs gegenüber dem gesamten Vorjahr, jedoch wurde das Volumen der getätigten Investitionen im selben Zeitraum von 888,253 Mio Dollar 1977 auf 1,281 Mrd Dollar, also um 44,3 % gesteigert.⁵ Der italienischen Stampa vom 25. 6. 1979 zufolge ist die Gesamtsumme des in Chile investierten Auslandskapitals von 200 Mio Dollar im Jahr 1976 auf derzeit 1,4 Mrd Dollar angewachsen. Auch hierbei spielt das westdeutsche Kapital mit investierten 48 Mio Dollar eine beachtliche Rolle, wobei sich die Investitionen aus der BRD bis August 1978 gegenüber dem Vorjahr mehr als verfünffachten.

Beispielsweise erwägt der multinationale Konzern Triumph die Möglichkeit, eine Firma in Chile zu errichten, nachdem er bereits seit 1978 mit einer Zweigniederlassung in Santiago vertreten ist. Siemens investierte im Vorjahr 27 Mio DM in eine 2-Kilovolt-Freileitung. Der Oetker-Konzern beteiligt sich am Bau von sieben Brauereien und Malzereien in Chile sowie an der Errichtung einer weiteren Brauerei.

Auch an der Reprivatisierung der letzten 29 unter der UP-Regierung verstaatlichten Unternehmen in Form von öffentlichen Ausschreibungen ist das ausländische, darunter bundesdeutsche Kapital beteiligt. Eine der jüngsten Maßnahmen der Junta, die internationalen Handelsbeziehungen auszuweiten und somit ausländischen Produkten Tür und Tor zu öffnen, ist die am 1. Juni d. J. in Kraft getretene weitere einheitliche Senkung des Importzolls auf 10 %. Sie ist insbesondere für die Automobilindustrie von großem Vorteil, deren Zollsatz sich bisher auf 105 % belief.

Geheime Raketengeschäfte

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen über diese Bestimmung erhielt die Magirus-Deutz AG in Ulm einen Auftrag von dem chilenischen Transportunternehmen Pullman Chile zur Lieferung von 112 Diesel-Fahrzeugen im Wert von 20 Mio DM.⁶ Diese Neuregelung veranlaßt sodann auch das Handelsblatt, den blühenden Handelsbeziehungen zwischen der BRD und der Junta rosige Zeiten zu prophezeien. Noch immer hält sich die BRD als Abnehmer von chilenischen Waren unangetastet auf dem ersten Platz (1978 wurden für 781,2 Mio DM Waren importiert, davon entfielen 438,8 Mio DM auf Kupfer), während sie als Lieferant an fünfter Stelle rangiert.

Ein weiterer Beweis für die Intensität der Beziehungen war die Teilnahme von insgesamt 112 Ausstellern aus der BRD an der internationalen Messe FISA in Santiago im Oktober 1978, bei der laut Bericht des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft (AUMA) „sehr zufriedenstellende Geschäfte“ abgeschlossen wurden. Hinzu kommt, daß derartige Aktivitäten der westdeutschen Wirtschaft mit 18 Mio DM aus Bundesmitteln subventioniert werden.⁷

Insbesondere die bundesdeutsche Rüstungsindustrie ist eine der

größten Profiteure der chilenischen Wirtschaftspolitik. Mindestens 3 Mrd Dollar hat die Junta bisher für Waffenkäufe ausgegeben, womit Chile zur stärksten Militärmacht Lateinamerikas prozentual gesehen zu seiner Einwohnerzahl avancierte. Ein eklatantes Beispiel dafür, wie westdeutsche „Waffenschmieden“ dem chilenischen Unterdrückungsapparat tatkräftig zur Seite stehen, stellt die Lieferung von 1900 Panzerabwehrraketen vom Typ Mamba durch Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) dar. An diesem bayrischen Rüstungskonzern ist der Bund mit 40% beteiligt.

Wie der Stern in seiner Ausgabe vom 25. 1. 1979 enthüllte, sollte der geheime Raketen-Transport durch die Charterfluggesellschaft Pearl Air AG Swiss im Auftrag des Hamburger Frachtmaklers Aviation Consulting Partners GmbH (ACP) in zwei Flügen für 40000 DM Transportkosten erfolgen. Ausdrückliche Bedingung der ACP war: „Der endgültige Bestimmungsort Santiago de Chile darf unter keinen Umständen erwähnt werden“. Denn hierbei handelte es sich nach den Außenwirtschaftsgesetzen (das 1. eine ausdrückliche Genehmigung für Waffenlieferung vorschreibt und 2. eine Lieferung in „Spannungsgebiete“ prinzipiell verbietet) um ein illegales Geschäft.



MBB-Raketen: auf Schleichwegen nach Chile

Für die Bundesregierung jedoch kein hinreichender Grund, um sich einzuschalten! Nach Meinung des MBB-Pressesprechers Roth hat sich der Konzern „völlig korrekt verhalten“. Als Begründung für diese Behauptung gab die Geschäftsleitung an: „Das Panzerabwehrsystem der ersten Generation (Mamba) wird in Italien produziert, wobei Einzelteile unter anderem aus der früheren Fertigungskette in Deutschland bezogen werden“. Somit unterliegen die „Lieferungen des Waffensystems ‚Mamba‘ . . . den italienischen Außenwirtschaftsbestimmungen“, folgert MBB. Auch an dem insgeheimen Verkauf von mindestens vier in Spanien produzierten Transportflugzeugen vom TYP CASA 212 Aviocar an die chilenischen Streitkräfte soll MBB beteiligt sein.

Ferner lieferte die BRD Fertigungs- und Produktionsteile für den Bau einer Fabrik für Raketenrüstungen, die Ende 1977 in Betrieb genommen wurde. Darüber hinaus erhielt die Junta 3000 Boden-Boden-Raketen und die Zusage für den Verkauf von Material zur Herstellung von 6000 Mittelstreckenraketen. Wie sehr die BRD bemüht ist, ihre Position in Chile auszubauen, zeigt ihr Angebot in Konkurrenz mit Japan und Finnland, der chilenischen Flotte Eisbrecher zu liefern, die sie benötigt, um auf der Bahia Margarita (Antarktis) eine neue Militärbasis zu errichten.⁸ Daß zuguterletzt bundesdeutsche Konzerne wie Hoechst, Metallgesellschaft AG, AEG und Siemens auch daran beteiligt sind, dem faschistischen Regime bei der Nutzbarmachung eines militärischen Kernforschungszentrums behilflich zu sein, ist längst kein Geheimnis mehr.

Neben diesem wirtschaftlichen und militärischen Komplott zwischen den mächtigsten Finanz- und Konzernkreisen aus der BRD und dem Chile Pinochets — gestützt und geduldet von der Bundesregierung — verlaufen die vielfältigsten Fäden von Bonn nach Santiago. Die Machenschaften der Auslandsvertretung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Santiago erreichten

Ende 1978 einen weiteren Höhepunkt.

Und zwar kreierte Stiftungs-Geschäftsführer Siegfried Lengl in Zusammenarbeit mit dem von der Junta gebildeten Institut für Gewerkschaftliche Studien ein Projekt, daß die aus den Gewerkschaftswahlen vom 31. 10. 1978 hervorgegangenen junta-treuen Funktionäre auszubilden beabsichtigt. Erklärtes Ziel dieses Projektes ist „der Aufbau freier und unabhängiger Gewerkschaften in Chile“. Diese Stiftung, die jährlich einen 16-Mio-DM-Zuschuß aus der Staatskasse erhält, besaß dazu die Unverfrorenheit vom Bund zu fordern, „das Vorhaben aus Mitteln der Entwicklungshilfe mit 2,4 Millionen Mark (zu) bezahlen“.⁹ Zu den weiteren „Aufgaben“ dieser „Bildungseinrichtung“ im Ausland zählt die Organisation von Gastvorträgen in Absprache mit chilenischen Universitäten. So hielt z. B. Dieter Blumenwitz, Professor für Internationales Recht und Politikwissenschaften an der Universität Würzburg, während seines Aufenthaltes vom 12.—21. März d. J. in Chile einen Vortrag über „Politische Institutionen“ in der Juristischen Fakultät unter Protektorat der Hanns-Seidel-Stiftung. Hauptanliegen der Blumenwitz-Reise war allerdings das Zusammentreffen mit dem Vorsitzenden der Kommission zur Erarbeitung einer Verfassung, Enrique Ortúzar und anderen Kommissionsmitgliedern, um über den vorläufigen Verfassungsentwurf zu diskutieren. Besondere Würdigung von Seiten Blumenwitz erhielten jene Aspekte des Entwurfs, die das freie Unternehmertum, das Eigentumsrecht, die freie Berufswahl usw. garantieren.¹⁰

Auch die Besuche prominenter Bonner Politiker wurden in ihrer Kontinuität nicht gebrochen. So weilte der CDU-Abgeordnete Olaf von Wrangel während seiner Lateinamerika-Reise, die er im Auftrag des Bundestages im November 1978 durchführte, für zwei Tage in Chile. Dort traf er mit dem stellvertretenden Außenminister, General Enrique Valdes, zusammen. Wrangel äußerte seine große Zufriedenheit mit diesem Besuch und hob die Haltung Chiles in Bezug auf die „Berlin-Frage“ hervor, die in diesem Punkt „sensibler“ als die der Weltpolitik sei.¹¹

Eine Kursänderung in den Beziehungen zwischen der BRD und der chilenischen Militärjunta kann aus dem hier angeführten Daten und Ereignissen der jüngsten Zeit schwerlich entnommen werden. Auch der Wechsel in den diplomatischen Vertretungen beider Länder gibt zu solchen Vermutungen keinen Anlaß. Abgelöst wurde der berühmt-berüchtigte bundesdeutsche Botschafter in Santiago, Erich Strätling, durch den Finanz- und Wirtschaftsexperten Heinz Dittmann, der bis zu diesem Zeitpunkt in der Abteilung für internationale Wirtschaftsbeziehungen im Auswärtigen Amt tätig war. Auf chilenischer Seite wurde die Botschafterin in Bonn, Lucia Gevert, durch den Ökonom Vasco Undurraga ersetzt; für ihre „Verdienste“ um die bundesdeutsch-chilenischen Beziehungen erhielt sie vor ihrer Abreise das Bundesverdienstkreuz.

Anmerkungen:

- 1) La Tercera, Santiago, 1. 6. 1979
- 2) Ebenda, 18. 1. 1979
- 3) Nachrichten für Außenhandel (NfA), 11. 1. 1979
- 4) Handelsblatt (HB), 22. 2. 1978
- 5) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfA), Dokument Nr. 13/1979
- 6) Siehe HB, 26./27. 5. 1979
- 7) Report, 8.—22. 2. 1979
- 8) Siehe La Tercera, 29. 5. 1979
- 9) Stern, 27. 12. 1978
- 10) Vgl. La Tercera, 17. 3. 1979
- 11) Ebenda, 28. 11. 1978

Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei der Redaktion
(AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1),
nicht bei der Post, bekanntgeben!

Anni Friese **Übergang zur Demokratie ?**

Die Entscheidung fiel in der Nacht zum 7. August 1979: Senatspräsident Walter Guevara Acre wird vom Kongreß in La Paz für ein Jahr zum neuen zivilen Staatspräsidenten des Landes gewählt. Er erklärt, er wolle eine Regierung der „nationalen Versöhnung“ bilden. Das Militär zieht sich nach 15jähriger Herrschaft gemäß den Ankündigungen General David Padilla Arancibias aus der Regierung zurück.

Bolivien auf dem Weg zur Demokratie?

Es fällt schwer, eine eindeutige Antwort zu geben. Zu viele Konflikte und Krisen begleiteten die Entwicklung der vergangenen Wochen und Monate. Eines jedoch läßt sich nicht bestreiten: Zum ersten Mal seit nahezu 15 Jahren war den ca. 2 Mio wahlberechtigten Bolivianern am 1. Juli 1979 die Möglichkeit gegeben, sich an einer Wahl zu beteiligen, deren korrekte Durchführung auch seitens der herrschenden Militärregierung angestrebt worden war. Ein Vorhaben, das in einem Land, in dem auch heute noch 2/3 der Bevölkerung nicht lesen und schreiben können, und in dem Wahlmanipulationen infolgedessen leicht durchzuführen sind, nicht einfach zu realisieren ist. Ein neues Wahlgesetz — ausgearbeitet von allen politischen Parteien, auch den Linken — sowie die Erstellung farbiger Wahlformulare, die auch den analphabetischen Stimmberechtigten verständlich waren, sollten diese Schwierigkeiten beseitigen helfen.

Wahlsieg der Linken

Probleme aber gab es nicht nur im Hinblick auf die Durchführung der Wahl. Mehr als 50 Parteien hatten sich Anfang d. J. für die Wahlen aufstellen lassen und damit erneut die nahezu traditionelle Zersplitterung der politischen Kräfte dokumentiert. Mit Hilfe des Wahlgesetzes gelang es, diese Gruppierungen auf vier Parteienbündnisse und vier Einzelparteien zu reduzieren, die am 1. Juli 1979 um das Präsidentenamt, sowie 27 Senatoren- und 117 Abgeordnetensitze warben. Als die beiden stärksten Allianzen schälten sich heraus:

● Die Demokratische Volksunion (UDP) mit dem Präsidentschaftskandidaten Hernán Siles Zuazo von der Nationalistischen Revolutionären Bewegung der Linken (MNRI), der bereits von 1956—60 das Amt des Staatspräsidenten innehatte. Die UDP stellte ein Bündnis von 12 demokratischen Parteien dar (zur UDP-Programmatik siehe nachstehendes Grundsatzdokument), darunter die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die auch mit Jaime Paz Zamora den Kandidaten für die Vizepräsidentschaft stellte, und die Kommunistische Partei Boliviens (PCB).

Führende Kraft innerhalb dieses Bündnisses ist die MNRI, die sich aus der Revolutionsbewegung Paz Estenssoros abgespalten hat, nachdem dieser seit 1964 seine politischen Zielsetzungen von 1952¹ mehr und mehr aufgab, ja sogar ein Bündnis mit der Banzer-Diktatur einging.

Als nachteilig für die Kandidatur der UDP erwiesen sich die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Bündnisses, die zwei Monate vor den Wahlen zum Austritt verschiedener Gruppierungen führten. Grund für die Auseinandersetzungen war vor allem die Frage des Führungsanspruchs, aber auch die Nominierung des Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. Erst kurz vor den Wahlen verzichtete Siles Salinas, der Halbbruder Siles Zuazos, der ebenfalls eine Führungsrolle im Parteienbündnis beansprucht und das Bündnis mit seinen Anhängern verlassen hatte, endgültig auf seine Teilnahme als weiterer Präsiden-



Präsidentschaftsrivalen H. Siles Zuazo (l.) und V. Paz Estenssoro

tenschaftskandidat.

● Die Demokratische Allianz der Nationalistischen Revolution (ADRN) mit Victor Paz Estenssoro vom historischen Flügel der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNR), der in den Jahren 1952—56 und 1960—64 wie Zuazo schon einmal Staatspräsident Boliviens gewesen war.

Weitere Mitglieder dieses Parteienbündnisses, dem auch seitens der USA größtes Wohlwollen entgegengebracht wird, sind die Christdemokratische Partei (DC), die mit dem Bergbaubesitzer Luis Ossio Sanjinez auch den Vizepräsidentschaftskandidaten stellte, und die Partei des jetzigen Staatspräsidenten Guevara, die Authentische Revolutionäre Partei (PRA), die ebenfalls eine Abspaltung des MNR darstellt. Auch die prochinesische Kommunistische Partei Boliviens ist Bestandteil des Bündnisses geworden.

Bereits im Wahlkampf zeichnete sich deutlich ab, daß die letzte Entscheidung zwischen diesen beiden großen Gruppierungen fallen würde, während der vom ehemaligen Präsidenten Hugo Banzer ins Leben gerufenen Nationalistischen Demokratischen Allianz (ADN) als auch der ultrarechten Volkallianz der Nationalen Integration (APIN) mit der Christlich-DEMokratischen Union (UDC) und der Sozialistischen Bolivianischen Falange (FSB) wenig Chancen für einen Wahlsieg eingeräumt wurden. Auch den vier kleinen Parteien, darunter der Sozialistischen Partei (PS 1), wurde keine große Bedeutung für den Wahlausgang beigemessen.

Diese Vermutungen wurden durch das vorläufige Wahlergebnis vom 17. Juli voll bestätigt: Die UDP Siles Zuazos erhielt 35 %, die ADRN Paz Estenssoros 32 % und Hugo Banzers Allianz 13 %. Insgesamt errangen die linken Kräfte (UDP und PS 1) gegenüber den rechten Gruppierungen einen großen Wahlerfolg mit 45 % der Stimmen.

Besonders in den Bergbaugebieten, den Industrievierteln der Großstädte, den ärmlichen Vierteln der kleinen Städte und in den ländlichen Gebieten konnte die UDP einen hohen Stimmengewinn verbuchen. Paz Estenssoro fand hingegen vor allem bei den Vertretern des Kleinbürgertums, aber auch bei einem Teil der Landarbeiter, die in ihm immer noch den Revolutionär sehen, der ihnen 1953 das Land gab, Unterstützung.²

Banzer gewann, wie auch in den Jahren zuvor, seine Wähler aus den reaktionärsten Kreisen des Bürgertums und der Armee, aber auch bei denjenigen, die aus Furcht vor einer „kommunistischen Machtübernahme“ und aufgrund ihrer politischen Unkenntnis der „starken Hand“ Banzers Vertrauen schenkten.

Welche Folgen hat nun dieses Wahlergebnis für die weitere politische Entwicklung in Bolivien? Trotz der hohen Stimmengewinne für Siles Zuazo gelang es im Rahmen des Kongresses nicht, diesen auch mit der Mehrheit der Stimmen zum künftigen Staatspräsidenten zu machen. Aber auch Paz Estenssoro

erreichte mit 69 Stimmen nicht die geforderte absolute Mehrheit der Abgeordneten. Dabei haben die Auseinandersetzungen um das Präsidentenamt erneut deutlich werden lassen, daß die rechten Kräfte des Landes in keiner Weise bereit sind, eine Regierung der Linken unter Siles Zuazo zu akzeptieren.

Die Gefahr eines weiteren Putsches scheint demzufolge immer noch nicht endgültig gebannt. Auch innerhalb des breiten politischen Spektrums des Militärs, in dem Arancibia und seine Anhänger nur eine Fraktion unter vielen darstellen, zeichnet sich eine deutliche Tendenz zugunsten Paz Estenssors ab, dem auch von Banzer erneute Angebote zur Zusammenarbeit gemacht wurden.

Schillernde Laufbahn des Interimspräsidenten

So verwundert es kaum, daß der neue Präsident Guevara Acre nur als Interimspräsident gewählt wurde, dessen Hauptaufgabe es sein wird, die nächsten Wahlen, die im Mai 1980 stattfinden sollen, vorzubereiten. Wie bereits erwähnt war auch Guevara in den 50er Jahren Mitglied des MNR und gehörte 1952 ebenfalls zu den Führern der Revolution. Die von ihm mitgegründete PRA gehört heute zu den kleinsten und konservativsten Abspaltungen des MNR.

Guevara „trat als Botschafter für einige Jahre in den Dienst des Diktators Banzer. Zuvor hatte er auch den General Barrientos als Außenminister unterstützt. 1973 schloß er ein Oppositionsbündnis mit den Christdemokraten und mit Siles Zuazo. Banzer schickte ihn daraufhin ins Exil. Anfang 1978 söhnte er sich wieder mit seinem alten Intimfeind Paz Estenssoro aus und kandidierte 1978 auf dessen Liste für das Amt des Vizepräsidenten . . . Guevara erwartete von einem Präsidenten Paz Estenssoro das Amt des Außenministers. Außenminister war er schon 1952 unter Paz Estenssoro gewesen. Dem Präsidenten Siles hatte er als Innenminister gedient.“³

Diese bewegte Laufbahn dient kaum dazu, Vertrauen für eine neue politische Entwicklung bei der Mehrheit der Bevölkerung zu wecken. So wurden Guevaras Ankündigungen, er wolle eine Mitte-Links-Regierung bilden und sich um ein pluralistisches Kabinett bemühen, mit einigen Zweifeln aufgenommen. Seitens der Gewerkschaften will man vor einer endgültigen Stellungnahme zunächst die ersten Regierungsentscheidungen hinsichtlich der Lohnpolitik abwarten.

Fest steht, daß auch in diesem Jahr kaum die Probleme gelöst bzw. in Angriff genommen werden können, die das Land seit nunmehr 10 Jahren immer mehr in den Ruin treiben: Die Wirtschaft des Landes, vor allem der Bergbau, steckt in einer tiefen Krise. Die Erdölförderung ist weiterhin rückläufig, die Weltmarktpreise für die meisten der in Bolivien geförderten Erze sind erheblich gesunken. Die Staatsverschuldung im Ausland, die sich 1978 auf 1,761 Mrd US-Dollar belief und deren Schuldendienst fast die Hälfte der Exporterlöse verschlang, dürfte unter diesen Umständen weiter zunehmen.⁴

Die soziale Lage der Bevölkerung verschlechtert sich ständig und rückt Bolivien im internationalen Vergleich an das äußerste Ende der Statistiken zur Lage in Lateinamerika.

Bolivien auf dem Weg zur Demokratie? Vom jetzigen Staatspräsidenten wird es zunächst abhängen, ob im kommenden Jahr die Wahlen durch ein neues Wahlgesetz den Wählerwillen nachdrücklicher berücksichtigen werden, als dies nunmehr der Fall war, ob Boliviens erster Schritt auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft nicht der einzige bleiben wird. Die Stärke der UDP und eine weitere Einigung der linken Kräfte werden maßgebliche Faktoren auf diesem Weg sein.

Anmerkungen:

- 1) Zur bolivianischen Revolution der 50er Jahre und deren Rückentwicklung siehe: AIB, Nr. 5/1977, S. 31—34
- 2) Siehe: Lateinamerika-Nachrichten, Juli/August 1979
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 8. 1979
- 4) Siehe: Horizont, Berlin, Nr. 29/1979

Demokratische Volksunion Boliviens Politische Erklärung



Die Demokratische Volksunion (UDP) ist ein Wahlbündnis, in dem die Parteien und Organisationen ihre politische Unabhängigkeit bewahren. Sie trägt nationalen, antiimperialistischen und revolutionären Charakter. Die UDP wurde im harten antifaschistischen Kampf des bolivianischen Volkes mit dem Ziel gegründet, die Diktatur zu zerschlagen, Alternativen zur bestehenden Politik der Regierung anzubieten und demokratische Institutionen zu errichten bzw. zu stärken. Sie strebt die Bildung einer Regierung an, die die Volksherrschaft garantiert und es dem Land ermöglicht, seine nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen.

Die UDP setzt die besten Kampftraditionen unseres Volkes fort und bringt das historische Streben der Mehrheit der ausgebeuteten Arbeiter, Bauern und Mittelschichten nach nationaler und sozialer Befreiung zum Ausdruck. Die UDP formiert sich in einem neuen historischen Abschnitt, in dem der revolutionäre Prozeß Boliviens, der im April 1952 begann, wieder aufgenommen und den neuen Bedingungen angepaßt wird. Ihrem Wirken sind die größten Erfolge in der Zeit zwischen September 1969 und August 1971 (Regierungsperiode unter dem nationalprogressiven General Torres; d. Red.) zu verdanken.

Die UDP unterscheidet zwischen den konsequenten Tendenzen der antiimperialistischen und revolutionären Linie in der boli-

vianischen Politik, die die Massen und ihre rechtmäßigen Führer in dem komplexen und widersprüchlichen Prozeß der nationalen Revolution verfolgten, und jenen Tendenzen, die zur Aufgabe und zum Ausverkauf des Landes führten. In diesem Sinne wird die UDP zu einem Sammelbecken jener Kräfte, die die Freiheitsideen der Aprilrevolution von 1952 vertreten und ihnen einen antiimperialistischen, fortschrittlichen sozialen Inhalt geben.

Die UDP klagt den Imperialismus, die einheimische Oligarchie und die neuen herrschenden Kreise an, für den Rückschritt in Bolivien, die Armut der Massen und die neokoloniale Abhängigkeit des Landes verantwortlich zu sein. Die UDP vereint in ihren Reihen die repräsentativen Parteien und Bewegungen der Arbeiterklasse, Bauern, Mittelschichten sowie verschiedener Kreise der nationalen Bourgeoisie. Sie richtet ihre Einheitsaktionen gegen den Faschismus und die Oligarchie. Diese Kräfte verraten die Unabhängigkeit des Vaterlandes und treten die verfassungsmäßigen Rechte unseres Volkes mit Füßen.

Die UDP steht allen Kräften offen, die die Forderungen des Volkes nach Demokratie sowie nationaler und sozialer Befreiung unterstützen. Sie ist jedoch unversöhnlich gegenüber demagogischen Spaltungsversuchen sowie gegenüber dem Faschismus und seinen Komplizen.

Die historische Rechtfertigung der UDP, ihre politische Lebenskraft und Fähigkeit, das Volk zu vereinen, zeigte sich bei den Wahlen vom 9. Juli 1978. Das bolivianische Volk folgte ihrem Aufruf und schloß sich zusammen, um der Banzer-Diktatur ein Ende zu setzen. Der Wahlsieg der UDP konnte weder durch den Wahlbetrug noch durch den anschließenden Putsch der Pereda-Clique geschmälert werden.

Als Ergebnis der militärischen Erhebung vom 24. November 1978, die eine Antwort der bewußtesten Kreise der Streitkräfte auf die legitimen und dringenden Forderungen des Volkes sowie ein Resultat der von der UDP initiierten Volksmobilisierung war, wurde eine Übergangsregierung eingesetzt. Diese ist verpflichtet, freie Wahlen durchzuführen und zu garantieren, daß die Macht den am 1. Juli vom Volk gewählten Kandidaten übertragen wird.

Gegenwärtig sind nach Meinung der UDP folgende Aufgaben vorrangig zu lösen:

- Der Faschismus in Bolivien muß isoliert und zerschlagen werden. Faschistische Kräfte versuchen mit allen Mitteln, die Macht zurückzuerobern, sei es auf dem direkten Wege eines Putsches oder durch Manipulierung der politischen Gruppen, die bereit sind, wie im Jahre 1971 der Plattform des „revolutionären Nationalismus“ zuzustimmen und erneut die Rolle des Steigbügelhalters der Oligarchie zu spielen.

- Der gegenwärtige Wahlprozeß muß streng überwacht werden. Jede offene und verdeckte Wahlmanipulierung sowie jeder Versuch, die Wähler einzuschüchtern, sind zu unterbinden.

- Es gilt, die Einheit der UDP zu wahren und ihr politisches Programm zu propagieren.

- Die UDP muß weiter gestärkt werden. Zu allen progressiven Massenorganisationen und demokratischen Institutionen sind enge Verbindungen herzustellen.

- Es gehört zu den Aufgaben der UDP, den gewerkschaftlichen Reorganisierungsprozeß und die Beschlüsse des V. Kongresses der Bolivianischen Arbeiterzentrale (COB) zu unterstützen und die Bauernschaft neu zu organisieren.

Politische Ziele der UDP

Unter Beachtung der historischen Erfahrungen in der revolutionären Bewegung unseres Volkes, der sozialen, ökonomischen und politischen Erfolge der Revolution vom April 1952, der Rückgewinnung der natürlichen Ressourcen und Grundlagen für die Industrialisierung des Landes, die in der Zeit von September 1969 bis August 1971 geschaffen wurden, der noch ungelösten Probleme der nationalen Befreiung und der aktuellen Forderungen der Gegenwart setzt die UDP folgende politische Schwerpunkte:

1. Die Wirtschaft Boliviens steht im Dienst der einheimischen Bourgeoisie und Imperialismus. Sie haben die ökonomische Macht und bereichern sich an der Arbeit und den Naturschätzen des bolivianischen Volkes. Angesichts dieser Tatsachen stellt sich die UDP das Ziel, die nationale Wirtschaft so zu gestalten, damit sie die kontinuierliche Entwicklung unseres Landes garantiert sowie den Bedürfnissen der Arbeiter, Bauern, Akademiker, Studenten und anderen Schichten der Bevölkerung entspricht.

2. Der Ausbau des staatlichen Wirtschaftssektors durch eine demokratische Volksregierung wird sich u. a. darauf konzentrieren, das bolivianische Volk von seiner imperialistischen Abhängigkeit zu befreien und eine unabhängige und geplante Wirtschaft aufzubauen. Sie wird der Nation die Kontrolle und Nutzung ihrer Naturvorkommen zum eigenen Vorteil sichern, in allen Landesteilen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen und die ausufernde Korruption beenden. Besondere Aufmerksamkeit ist den Unternehmen COMIBOL, COFADENA, ENAF SIDERSA, CBF und YPFB zu widmen. Das letztgenannte Unternehmen muß wieder der einzige nationale Betrieb werden, der für die Erforschung, Nutzung und Vermarktung von Erdöl- und Erdgasprodukten zu-

ständig ist. Der Staat muß eine nationale Institution schaffen, die den Außenhandel kontrolliert und reguliert. Ebenso muß er der Bergbaubank (Banco Minero) wieder das Recht einräumen, die Produkte der mittleren und kleinen Bergbaubetriebe abzusetzen.

Eine UDP-Regierung wird die landwirtschaftliche und handwerkliche Produktion in Genossenschaften fördern. Sie wird Privatbetriebe, Industriebetriebe und Betriebe der industriellen Landwirtschaft unterstützen, die keinen Monopolcharakter haben und nicht mit imperialistischen Monopolen liiert sind. Sie wird die Modernisierung der Landwirtschaft durch den Einsatz von Maschinen, technischer Hilfe und Kreditvergabe für die kleinen und mittleren Produzenten unterstützen, damit die freiwillige Genossenschaftsbildung gefördert und der Markt neu organisiert wird. Den Bauern werden günstige Ankaufpreise für ihre Produkte garantiert.

3. Aufgrund ihrer völligen Übereinstimmung mit dem Kampf der Werktätigen fordert die UDP die Respektierung des Rechtes auf freien Zusammenschluß der Massen, die uneingeschränkte Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und die Wahrung ihrer Unabhängigkeit. Sie hält es für notwendig, daß sich die Arbeiterbewegung umfassend und einheitlich reorganisiert.

4. Sie fordert die umfassende organisatorische Wiedervereinigung der bolivianischen Bauernschaft, die ihre wachsende Beteiligung an der Leitung der Wirtschaft und Politik des Landes ermöglichen soll.

5. Besondere Aufmerksamkeit wird eine UDP-Regierung allen Aufgaben widmen, die dazu beitragen, das Analphabetentum zu beseitigen, die einheimischen Sprachen und nationalen Kulturen zu fördern, das Bildungswesen zu verbessern, die Autonomie der Universitäten zu wahren und das geistig-kulturelle Leben zu unterstützen.

6. Die Streitkräfte haben als Institution des Staates die Aufgabe, das Land zu verteidigen. Unter keinem Vorwand und unter keinen Umständen dürfen sie den Volkswillen mißachten.

7. Die UDP tritt für eine wirksame und gleichberechtigte Einbeziehung der Frau in das politische und wirtschaftliche Leben ein.

8. Auf außenpolitischem Gebiet wird die UDP eine Politik einschlagen, die es ihr u. a. gestattet, die nationale Verteidigung und territoriale Integrität auf der Grundlage konsequenter, fester und realistischer Prinzipien zu gestalten; die nationale Souveränität im Rahmen der Selbstbestimmung der Völker und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu verteidigen; den souveränen Zugang Boliviens zum Meer wieder herzustellen; Beziehungen der Freundschaft und des gegenseitigen Vorteils mit allen Ländern, insbesondere mit solchen Ländern aufzunehmen, die gegen Kolonialismus und Rassismus und für ihre nationalen Rechte kämpfen und sich an internationalen Organisationen und Konventionen nichtpaktgebundener Länder beteiligen.

Die vorliegende Politische Erklärung der UDP, die von ihrer kollektiven Nationalleitung angenommen wurde, ist für die ihr angehörenden Organisationen verbindlich. Auf ihrer Grundlage wird die UDP ein Regierungsprogramm ausarbeiten.

Unterzeichner:

Für die MNRI: Hernán Siles Zuazo

Für die MIR: Antonio Aranibar Quiroga

Für die PCB: Jorge Kolle Cueto

Für die MIN: Luis Sandoval Morón

Für die ALIN: My. Ruben Sánchez Valdivia

Für die CERNA: Guido Capra Jemio

Für die ODEUR: Mario Lanza

Für die MPLN: Ramiro Valasco

Für die MRESPARTACO: Dulfredo Rua Bejarano

Für die POR (TP): Carlos Flores B.

Für die PRIN: José Morales Guillen

Für die PS (TA): Sabino Tito Atahuichi

Heeresgeneral Alfredo Ovando Candia

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 27/1979)

Das Flüchtlingsdrama Vietnams wurde in den letzten Monaten zu einer beispiellosen Kampagne gegen die vietnamesische Regierung ausgenutzt. Für US-Präsident Jimmy Carter war es Anlaß zur Wiederplazierung der VII. US-Kriegsflotte in indochinesischen Gewässern. Die Pekinger Führung (u. a. Vizepremierminister Li gegenüber der Newsweek vom 16. 7. 1979) nutzte es zur Androhung einer neuen chinesischen „Lektion“. Nachdem Washington und die Europäische Gemeinschaft ihre zugesagte Wiederaufbauhilfe für die Sozialistische Republik Vietnam (SRV) aufgrund des Flüchtlingsproblems kurzum gestrichen hatten, suchten sie im Verein mit Peking die Genfer UN-Flüchtlingskonferenz vom 20./21. Juli d. J. in ein Tribunal gegen die SRV-Regierung umzuwandeln. Ausgerechnet US-Vizepräsident Mondale verstieg sich zum Vergleich der Indochinaflüchtlinge mit den Juden in Hitlerdeutschland. Von den ungeheuren amerikanischen — und ebensowenig von den chinesischen — Kriegszerstörungen in Vietnam war nicht die Rede. Anders die überwiegende Mehrheit der 65 in Genf anwesenden Staaten. Sie konzentrierte sich entsprechend dem Anliegen des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim auf konkrete Maßnahmen zur Lösung des humanitären Problems. Die Regierung der SRV sagte zu, über ihre bereits im Juni 1979 mit dem UN-Hochkommissariat getroffene 7-Punkte-Vereinbarung (Wortlaut siehe Kasten) hinaus verstärkte eigene Anstrengungen zur Verhinderung illegaler Ausreisen zu unternehmen. Zudem stimmte sie der Einrichtung eines Zentrums für Ausreisewillige in Vietnam zu. Die Teilnehmerstaaten in Genf sicherten ihrerseits die Aufnahme von 260 000 Flüchtlingen zu. Der Versuch der USA, Großbritanniens, Chinas u. a. Staaten, die Flüchtlingsfrage zum Vehikel einer Interventionspolitik gegenüber Vietnam zu machen, ist damit erst einmal gescheitert.

Was bleibt ist die Frage nach den tatsächlichen Ursachen des aktuellen Flüchtlingsstroms. Ihnen und der psychologischen Kriegsführung gegen Vietnam geht die Analyse von Prof. Günter Giesenfeld, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, auf den Grund. Ein noch ausführlicheres Material dazu hat die Freundschaftsgesellschaft (Duisburger Str. 46, 4 Düsseldorf, Tel. 0211-490111) unlängst herausgebracht: So werden Flüchtlinge gemacht. Fragen, Fakten, Argumente, Umfang 28 Seiten.

Günter Giesenfeld Warum der Flüchtlingsstrom ?



Im Frühjahr 1975, kurz vor dem Zusammenbruch des Thieu-Regimes, wurde von dessen Propagandaapparat und den Amerikanern mit allen Mitteln die Frucht vor einem Rachefeldzug der siegreichen Befreiungsfront geschürt. Es wurden Massensterben vorausgesagt und alle diejenigen, die mit der amerikanischen oder Thieu-Verwaltung zu tun gehabt hatten, aufgefordert, das Land zu verlassen.

Die systematische und massenhafte Produktion von Flüchtlingen war das letzte strategische Mittel, das die USA anwandten, um den Sieg der Befreiungsfront, den sie nicht mehr verhindern konnten, so schwer wie möglich zu machen und seine moralische Berechtigung in der internationalen Öffentlichkeit zu diffamieren.

Amerikanische Stellen hatten damals eingeschätzt, daß etwa 1—2 Mio Menschen, die besonders eng mit ihnen und für sie gearbeitet hatten, vor den „Kommunisten“ ins Ausland gerettet werden müßten. Aufgrund ihrer Versprechungen und Gerüchte über bevorstehende Massaker hatten die USA also schon vor ihrem Rückzug aus Vietnam für eine mindestens ebenso große Anzahl von potentiellen Flüchtlingen gesorgt. Zu ihnen gehörten:

- alle, die in der Armee oder Verwaltung der von den USA eingesetzten Regimes aktiv an der Unterdrückung des Volkes teilgehabt hatten,
- alle, die ausschließlich oder teilweise von der Anwesenheit der US-Truppen und von der Korruption gelebt und dabei Verbrechen gegen das Volk begangen hatten,
- alle, die im kolonialistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem des ehemaligen Südvietnam zu Macht und Reichtum gekommen waren und beides zur Unterdrückung und Ausbeutung der Bevölkerung genutzt hatten,
- schließlich diejenigen, die aufgrund jahrelanger Verhetzung den antikommunistischen Greuelmärchen Glauben schenkten und tatsächlich vom Sieg der Befreiungstreitkräfte das Ende ihrer „Freiheit“ oder ihres Lebens befürchteten.

Im April 1975 brach die korrupte Armee des Thieu-Regimes so schnell zusammen, daß die USA nur ca. 160 000 ihrer engsten Mitarbeiter ausfliegen konnten. Zurück blieben über 1 Mio pro-amerikanischer Vietnamesen, die ihre Flucht bereits geplant hatten. Ihnen gegenüber verfolgte die revolutionäre Regierung, wie sie angekündigt hatte, trotz der großen Schwierigkeiten die „Politik der Versöhnung“.

Sie verzichtete auf Rache- und Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber den Mitgliedern oder Anhängern der alten Administration. Sie ließ die meisten nach wenigen Monaten Umerziehung wieder frei und schützte sie sogar vor Feindseligkeiten der Bevölkerung. Darüber hinaus übte sie die Macht, die sie hatte, nicht zu drakonischen Maßnahmen aus, die das Volk dazu zwingen sollten, die harte und lebensnotwendige Aufbauarbeit zu leisten. Sie versuchte vielmehr auf der Basis der Freiwilligkeit die Menschen dazu zu bringen, dies in eigener Verantwortlichkeit zu tun, auch um den Preis von Verzögerungen.

Es ist kaum vorstellbar — und viele von uns haben die seinerzeit darüber veröffentlichten Berichte wohl noch in Erinnerung, welches Ausmaß an Korruption, sozialer Not, wirtschaftlichem Chaos, politischer Verhetzung und psychischen Störungen die USA und die von ihnen abhängigen neokolonialistischen Regimes in Südvietnam hinterlassen haben (siehe u. a. AIB 2/1977). Mit dem Wegfall einer durch den Dollarstrom hervorgerufenen gewissen oberflächlichen Prosperität wurden nach 1975 die tiefgehenden Widersprüche, die moralische und politische Haltlosigkeit dieses absolut künstlichen und künstlich ernährten sozialen Gebildes offenkundig.

Dies muß man sich vor Augen halten, wenn man die Schwierigkeiten, mit denen die neue Führung zu kämpfen hatte, ermessen will, gerade dann, wenn sie notwendige und geplante Umgestaltungen nicht um ihrer selbst willen — etwa aus ideologischen Gründen — oder gegen den Willen der Bevölkerung vornahm, sondern auf ihre Bedürfnisse und auf ihr Bewußtsein Rücksicht nehmen wollte.

So hat — als konkretes Beispiel — die Politik der neuen Führung, den Handel noch nicht gleich zu verstaatlichen, sondern ihn allmählich durch neue Strukturen zu ersetzen, sicher dazu beigetragen, daß viele, die schon die gepackten Koffer im Hinterzimmer stehen hatten, noch nicht auswanderten, obwohl die Möglichkeit, dies illegal zu tun, damals wie heute bestand. Diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, daß im ersten Jahr nach der Befreiung nur eine verschwindend geringe Zahl von Personen illegal das Land verließ. Seit 1978 haben jedoch mehrere innere und äußere Entwicklungen dazu beigetragen, den Flüchtlingsstrom wieder rapide ansteigen zu lassen.

Nachwehen, Naturkatastrophen und Grenzprovokationen

Das schwierigste Problem, dessen Lösung überhaupt erst die Inangriffnahme der wichtigen genannten sozialen und politischen Aufgaben ermöglichen konnte, war die Sicherstellung der materiellen Basis für den Aufbau, die Sorge für die Ernährung der Bevölkerung. Von seiner Meisterung hing alles andere ab, aber gerade da waren die Voraussetzungen besonders ungünstig, wirkten sich die Folgen des US-Krieges in Vietnam besonders verheerend aus.

Zum Zeitpunkt der Befreiung war weder der Norden noch der Süden Vietnams in der Lage, sich ohne Hilfe von außen zu versorgen. Die Demokratische Republik Vietnam (DRV) hatte es zwar durch eine starke Effektivierung der Landwirtschaft bis 1975 fast geschafft, trotz des Mangels an fruchtbaren Anbaugeländen (traditionell hatte immer der Süden den Norden z. T. miternähren müssen), fast die Autarkie zu erreichen — eine Leistung, die international anerkannt wurde. Aber die Bombardierung des Deich- und Bewässerungssystems und der Städte durch die US-Luftwaffe hatte diese Erfolge teilweise wieder aufgehoben.

Der Süden war wegen der systematischen Vernichtung von Feldern und der Vertreibung der Landbevölkerung in die Städte vollkommen von den amerikanischen Hilfslieferungen abhängig geworden. Außerdem war in den verbliebenen landwirtschaftlichen Schwerpunktgebieten, so z. B. im Mekong-Delta, der „Reiskammer“ Vietnams, von Thieu eine Kleinbauernwirtschaft eingeführt worden, die den Ertrag des Bodens äußerst niedrig hielt. So konnte hier nur einmal im Jahr geerntet werden, während im Norden, in kollektivierter Arbeit auf großen Flächen drei Ernten pro Jahr eingebracht werden konnten.

Die in dieser Situation schon sehr schwierige Aufbauarbeit wurde in den Jahren 1976 und 1977 noch zusätzlich dadurch erheblich zurückgeworfen, daß die seit Jahrzehnten schwersten Unwetterkatastrophen beide Landesteile heimsuchten. Die Taifune und Überschwemmungen hatten deshalb besonders schlimme Folgen, weil das Deichsystem durch die Bombardierungen in einem mangelhaften Zustand war. Längere Perioden regelrechter Hungersnot waren die Folge.

In dieser Situation wirkte sich die Weigerung der USA und vieler anderer westlicher Staaten (darunter der Bundesrepublik), versprochene und vertraglich vereinbarte Aufbauhilfe zu leisten, besonders verheerend aus. Auch die Hilfe, die die VR China anfangs noch geleistet hatte, blieb seit 1976 teilweise und Mitte 1978 ganz aus.

Dazu kamen noch die langsam zu einem regelrechten Krieg eskalierenden Grenzprovokationen im Südwesten durch die Truppen des Pol-Pot-Regimes und Zwischenfälle an der Nordgrenze. Die Sicherung dieser Grenzen blockierte Teile der vietnamesischen Armee, die eigentlich wesentlichen Anteil haben sollte an der Urbarmachung von Anbaugeländen vor allem im „Gürtel“ um das ehemalige Saigon.

Denn bei der Durchführung der Landreformen im Süden ist es ein Prinzip der Regierung, denjenigen Freiwilligen, die diese schwere Aufgabe übernehmen wollen, in den kahl geschlagenen, zerbombten und verseuchten Gebieten, in denen die Neuen Wirtschaftszonen eingerichtet werden, schon vor ihrer Ankunft



Schwere Hypotheken Vietnams: US-Bombenteppiche noch 1973 . . .

erträgliche Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen. Diese Aufgaben (Hütten bauen, Kanäle legen und Anschlüsse ans Straßens- und Stromnetz schaffen) übernehmen gewöhnlich der Jugend- und Studentenverband und die Armee.

Durch alle diese hemmenden Einflüsse wurde es zu einer Überlebensfrage, die Rekultivierung der Ländereien im Süden mit allen Kräften voranzutreiben. Die dazu nötigen Arbeitskräfte konnten nur aus den immer noch überfüllten Städten kommen. Es mußte, um sie zu gewinnen, in zunehmendem Maße ökonomischer und politischer Zwang ausgeübt werden. Außerdem konnte man es sich weiterhin nicht mehr leisten, ökonomische Strukturen weiterhin zuzulassen, die es einzelnen Kapitalisten und vielen Kleinhändlern immer noch erlaubten, die Notlage der Bevölkerung zu ihrer persönlichen Bereicherung auszunutzen.

Die Anfang 1978 getroffenen Maßnahmen zur Unterbindung des schwarzen Marktes und zur Verstaatlichung des Handels waren also nicht ein ideologisch begründeter Schritt hin zum „Kommunismus“ oder eine Unterdrückung der „Menschenrechte“ des betroffenen Bevölkerungsteils (in der Hauptsache Hoas, Vietnamesen chinesischer Herkunft), sondern eine Maßnahme, die um eines menschenwürdigen Daseins der gesamten Bevölkerung willen die Privilegien einzelner abschaffte. Eigentümer und Vermögensinhaber wurden voll entschädigt, nur mit der Einschränkung, daß sie über den Geldbetrag oder Gegenwert nur in Raten verfügen konnten.

Nun erst, da sich für bestimmte Gruppen innerhalb der Bevölkerung die persönliche Situation tatsächlich verschlechterte, begann eine seit langem vorhandene Propaganda- und Subversionstätigkeit Wirkung zu zeigen.

Nach einem 1977 erschienenen Buch eines ehemaligen CIA-Agenten in Vietnam, Frank Snepp, haben die USA nach ihrem Abzug ca. 200 000 „Vietnam-Amerikaner“ zurückgelassen, unter ihnen 30 000 direkte Agenten des CIA. Durch sie wurde verbreitet jetzt müsse spätestens jeder fliehen, der dem Massenmord entrinnen wolle, und alle würden, als Lohn für ihren un-



... und das Zerstörungswerk der chinesischen Aggressoren im März 1979 (hier in Lang Son)

ermüden antikommunistischen Einsatz, im Westen mit Freuden empfangen.

In dieselbe Richtung ging eine noch stärkere Propaganda- und Gerüchepolitik der Pekinger Führung. Sie forderte alle Vietnamesen chinesischer Herkunft auf, nun ins „Vaterland“ zurückzukehren. Es wurde das Gerücht vom unmittelbar drohenden Krieg zwischen China, Vietnam und der Sowjetunion verbreitet, im Verlauf dessen die Hoas in Vietnam von den Vietnamesen verfolgt und massakriert werden würden (siehe eingehend in AIB 10 und 11—12/1978).

Nun setzte tatsächlich ein massenhafter Flüchtlingsstrom ein, der sich aus solchen Personen zusammensetzte, die schon seit 1975 fliehen wollten, und aus solchen, die jetzt erst dazu verleitet werden. Unter den letzteren befinden sich zunehmend auch Angehörige der unteren sozialen Schichten oder Bauern, die der Hetze der Agenten und Gerüchtemacher zum Opfer fallen. Sie verlassen das Land nach Norden in Richtung China und nach Osten und Süden aufs Meer.

Die vietnamesischen Behörden haben kaum eine Kontrolle über diese Fluchtbewegungen, da sie eine vollständige Überwachung der langen unzugänglichen Küste weder durchführen können noch wollen.

Es muß hier angemerkt werden, daß Vietnam in dieser Zeit wesentlich mehr Flüchtlinge aus Kampuchea aufnehmen mußte, als solche das Land verließen. Nach offiziellen Feststellungen der Vereinten Nationen gab es im Jahre 1978 insgesamt ungefähr 1 Mio Flüchtlinge in Asien. 1/3 davon hatte Vietnam aufnehmen müssen und war damit in dieser Zeit das Land, das von allen Ländern der Welt am meisten Flüchtlinge bei sich aufgenommen hatte!

Schon bei dem unkontrollierten Flüchtlingsstrom in Richtung VR China, den die vietnamesischen Behörden zunächst unbehindert ziehen ließen, wurde in Verhandlungen mit der Pekinger Regierung versucht, denjenigen, die nach China wollten, die legale Ausreise unter geordneten Bedingungen zu ermöglichen. Nachdem aber die chinesische Regierung im Juli 1978 ihre

Grenze geschlossen hatte und nachdem die Verhandlungen — unter anderem über eine Überführung der Ausreisewilligen mit chinesischen Schiffen — gescheitert waren, wurde für jeden Beobachter erkennbar, daß es der Pekinger Führung bei ihrer Aufforderung, nach China zurückzukommen, nicht um diejenigen ging, die dann dem Ruf folgten. Vielmehr ging es ihr darum, in Vietnam Unruhe auszulösen und der vietnamesischen Regierung im Innern und internationale Schwierigkeiten zu machen.

Als dann, vor und insbesondere nach dem chinesischen Überfall auf Vietnam der Flüchtlingsstrom übers Meer in die anderen südostasiatischen Staaten anhielt und aus der Not dieser Menschen mehr und mehr eine Kampagne gegen Vietnam gemacht wurde, traf die vietnamesische Regierung im März 1979 eine Vereinbarung mit dem Hochkommissariat für Flüchtlinge bei der UNO (UNHCR), die seither praktiziert wird und eine geordnete Auswanderung erlaubt. Sie stellt vor allem sicher, daß jeder, der Vietnam verläßt, auch von einem anderen Land aufgenommen wird, um so Tragödien herumirrender und überall zurückgewiesener Schiffe zu vermeiden.

In dem Maße, wie diese Maßnahmen einer Bewältigung des Flüchtlingsproblems auf legaler und internationaler Basis die erste Wirkung zeigten und der Flüchtlingsstrom tatsächlich langsam anfangen zurückzugehen, peitschten die Regierungen der USA, Westeuropas und der VR China die Diffamierungskampagne gegen Vietnam auf. Den Startschuß für diese Propaganda-Eskalation gaben die Regierungen des antikommunistischen ASEAN-Paktes mit ihrer Entscheidung, die Flüchtlinge nicht mehr aufzunehmen und sie dem sicheren Tod auf dem Meer oder unter den Äxten der Pol-Pot-Schlächter auszusetzen.

Von einer „Neutralität“ der ASEAN-Länder in den Konflikten zwischen Vietnam, dem Kampuchea Pol Pots und der VR China, die vor allem Thailand immer für sich beansprucht hat, kann keine Rede sein. Sie tragen, z. B. durch die Unterstützung der Pol-Pot-Banden, selbst dazu bei, daß der Flüchtlingsstrom nicht versiegt.

Ihre angebliche Sorge, zuviele Flüchtlinge auf Dauer aufnehmen zu müssen (denn für die Kosten ihres vorübergehenden Aufenthaltes kommt die UNO auf), wirkt nicht sehr glaubwürdig angesichts ihrer unmenschlichen Maßnahmen, die übrigens so gut in die globale Strategie der Westmächte und Chinas gegen Vietnam passen, daß es naheliegt, an eine Koordination zu glauben.

Eskalation seit Chinas Überfall

Denn ihr Beschluß, keine Flüchtlinge mehr aufzunehmen, kommt einmal zu einem Zeitpunkt, an dem das Problem durch die Vereinbarungen zwischen Vietnam und der UNO (siehe Wortlaut des 7-Punkte-Programmes) einer Lösung zugeführt werden sollte, zum anderen war sie der Anlaß für unverblühte Kriegsdrohungen nicht nur der VR China, sondern auch z. B. Thailands und der USA gegen Vietnam.

Fatalerweise trägt eben diese Eskalation der antivietnamesischen Propaganda wieder dazu bei, den Flüchtlingsstrom nicht abreißen zu lassen. Sie verunsichert weiterhin die Bevölkerung in Vietnam und macht ihr Hoffnungen, denn die Not der Fliehenden auf dem Meer und in den Lagern wird ihr von den Propagandasendern verschwiegen. Und den Warnungen der vietnamesischen Behörden schenken die, die gehen wollen, keinen Glauben.

Offenbar trägt die Pekinger Führung auch direkt dazu bei, den Flüchtlingsstrom zu vermehren und Vietnam die Verantwortung dafür aufzubürden. Denn wie sonst soll man Andeutungen in der westlichen Presse verstehen, viele der Flüchtlinge seien „über den Umweg über China“ geflohen? Angaben der vietnamesischen Botschaft zufolge schickt China selbst „Flüchtlingschiffe“ auf die Reise.

Dabei handelt es sich offenbar nicht um Flüchtlinge aus China,

Vereinbarung SRV-UNHCR 7-Punkte-Programm zur Ausreise von Personen

In den in Hanoi zwischen Vertretern der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und einer Delegation des UNHCR (UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge; d. Red.) geführten Diskussionen wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß das UNHCR die Verwirklichung der Bekanntmachung der vietnamesischen Regierung vom 12. Januar 1979 über die Erlaubnis zur regulären Ausreise von Personen, die Vietnam wegen eines neuen Wohnsitzes in anderen Ländern zu verlassen wünschen, fördern wird.

Hinsichtlich des Programms zur Förderung einer solchen regulären Ausreise wurde vereinbart:

1. Eine behördlich genehmigte Ausreise von solchen Leuten, die aus Gründen der Familienzusammenführung oder anderen humanitären Gründen Vietnam verlassen und im Ausland leben wollen, wird so schnell wie möglich und in größtem Umfang durchgeführt. Die Zahl solcher Leute wird abhängen sowohl vom Umfang der Ausreisearträge als auch von der Möglichkeit der aufnehmenden Länder, Einreisevisa auszustellen.

2. Die Auswahl von jenen Leuten, die die behördliche Genehmigung zur Ausreise innerhalb dieses Programms haben, wird, wenn immer möglich, auf der Grundlage von Listen der vietnamesischen Regierung und der der aufnehmenden Länder vorgenommen. Jene Personen, deren Name auf beiden Listen erscheint, haben die Voraussetzungen zur Ausreise. Die Fälle jener Personen, deren Name nur auf einer Liste erscheint, werden entsprechend in Diskussionen zwischen UNHCR und der vietnamesischen Regierung oder den Regierungen der aufnehmenden Länder geprüft.

3. Das UNHCR wird jede Anstrengung unternehmen, um Unterstützung für dieses Programm unter den potentiellen Aufnahmeländern zu gewinnen.

4. Die vietnamesische Regierung und das UNHCR werden jeweils Personal bestimmen, das eng in der Verwirklichung dieses Programms zusammenarbeiten wird.

5. Dieses Personal ist autorisiert in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt zu arbeiten und, wenn nötig, in andere Orte zu gehen, um Ausreisevorgänge zu unterstützen.

6. Ausreisevorgänge werden in regelmäßigen Abständen und mit entsprechenden Transportmitteln durchgeführt.

7. Die vietnamesische Regierung wird innerhalb der entsprechenden vietnamesischen Gesetze der UNHCR und den aufnehmenden Ländern jegliche Erleichterung zur Verwirklichung dieses Programmes gewähren.

(Quelle: Vietnam Bulletin, Bonn, Nr. 13/1979, S. 9—10)

wie sie inzwischen in einer Anzahl von über 150 000 allein nach Hongkong gekommen sind. In den Verhandlungen zu Normalisation der Beziehungen nach dem chinesischen Überfall vom Februar/März 1979 hatte die Pekinger Führung von Vietnam verlangt, es solle die ca. 200 000 1978 nach China geflohenen Hoas wieder aufnehmen (die immerhin aufgrund chinesischer Drohungen und Versprechungen dorthin gegangen waren). Diese Leute scheinen nun in Boote verfrachtet und als „vertriebene Chinesen aus Vietnam“ aufs Meer geschickt zu werden. Die chinesische Regierung gestand das inzwischen selbst ein, indem sie mitteilte, die Hoas würden in den Häfen auf Schiffe gebracht. Wozu sonst, als um sie wegzuschicken?

Die Furcht der vietnamesischen und anderer Regierungen im südostasiatischen Raum ist sicher nicht unbegründet, daß sich unter diesen Flüchtlingen, die aus oder über China kommen, auch viele befinden, die auftragsgemäß den guten Kontakt der „Übersee-Chinesen“ zur Heimat weiter festigen sollen, die, kurz gesagt, Pekinger Agenten sind.

Die am meisten Betroffenen in der gegenwärtigen Flüchtlingswelle sind die Flüchtlinge selbst. Not und Entbehrungen in Vietnam ausgesetzt, die sie zum Teil nicht gewohnt sind, von anti-kommunistischer Propaganda verblendet, schlagen sie die Warnungen der vietnamesischen Behörden über das Schicksal, das sie erwartet, in den Wind. Sie lassen sich von den falschen Versprechungen des Westens täuschen, sie würden alle mit offenen Armen empfangen werden, und die US-Flotte erwarte sie auf

offener See, um sie zu empfangen.

Sie werden zuallererst Opfer von in Vietnam und von Hongkong aus arbeitenden Fluchthelferorganisationen (die ersten Prozesse gegen solche Geschäftemacher haben jetzt in Ho-Chi-Minh-Stadt stattgefunden). Man lockt sie gegen viel Geld in die kleinen seeuntüchtigen Boote. Manchmal werden sie dann von größeren Schiffen aufgenommen, die in schrottreifem Zustand von Mittelsmännern aufgekauft worden sind.

Wer bereichert sich am Flüchtlingselend?

Sind die kleinen oder größeren Boote erst einmal auf See, so werden sie — oft mehrmals — von thailändischen Piraten überfallen, die ihnen Geld, Hab und Gut, Lebensmittel rauben und die Mädchen und Frauen vergewaltigen. Bis jetzt ist nicht bekannt, daß die thailändische Regierung dagegen vorgeht. Kommen sie schließlich irgendwo an eine Küste, so werden sie vom Militär vertrieben und können oft erst nach wochenlanger Irrfahrt durch die mutwillige Zerstörung ihres Bootes die Aufnahme erzwingen.

In Lagern leben sie dann, dem Wetter und der Seuchengefahr ausgesetzt, unter erbärmlichen Umständen. Kommissionen von Gastgeberländern machen Befragungen und legen Karteien an, um die Gesundesten, Gebildetsten und Willigsten unter ihnen zu selektieren. Schwache, Arme, Alte, Kranke, solche, die keine europäische Sprache sprechen, habe da keine Chance . . .

Im Zusammenhang mit den sehr ausführlichen Schilderungen dieses Flüchtlingselends werden der vietnamesischen Regierung schwere Vorwürfe gemacht: Sie wolle auf diese Weise aufsässige Elemente loswerden, die sozialen Probleme des Landes durch die systematische Vertreibung bestimmter Teile der Bevölkerung lösen, sich an dieser Fluchtbewegung und an dem Elend der Betroffenen schließlich sogar bereichern. Es werden Rechnungen aufgemacht, die darlegen, wieviel Gold und Devisen Vietnam dadurch bereits einkassiert habe.

Sucht man jedoch nach genaueren Belegen für solche Behauptungen, die meist schon in der Überschrift über Artikel in der Presse auftauchen, so findet man nur wenig konkretes. Vor allem gibt es nach unserer Kenntnis der Presse keine einzige Zeugnisaussage darüber, daß Flüchtlinge direkt an vietnamesische Behörden ihre „Lösegelder“ bezahlt hätten. In aufschlußreicher Naivität berichtet die Deutsche Zeitung über die „Bereicherung Hanois“ durch die Erhebung einer „Ausreisesteuer“ von 200 Dollar pro Person und fügt hinzu: „Sie bezahlen das Geld bei einem der zahlreichen ‚Ausreisebüros‘, wie sie in allen Provinzen von geschäftstüchtigen Chinesen organisiert worden sind“.

Da sind sie wieder, die „geschäftstüchtigen Chinesen“, die, wie später angedeutet wird, in trauter Einigkeit sich mit den vietnamesischen Behörden die Beute teilen, obwohl sie doch eigentlich von ihnen verfolgt und vertrieben werden. Man behilft sich also, um die Komplizenschaft der Regierung mit den Fluchthändlern zu „beweisen“, mit Vermutungen und einzelnen Aussagen eben dieser Geschäftemacher.

Das eigentliche Ziel der großen Publizität, die den Flüchtlingen in den westlichen Ländern zuteil wird, ist die Aufhetzung der Völker der westlichen Welt (und Chinas) gegen Vietnam. Dieses Land als ein „Konzentrationslager“ hinzustellen (was bei den Greuelberichten über die Umerziehungslager nicht so recht gelungen war), seine Regierung als „rassistisch“ und „expansionistisch“ hinzustellen, dazu werden die Flüchtlinge und ihr Schicksal mißbraucht. Und man hilft ihnen nur so viel, wie es nötig ist, um diesen propagandistischen Zweck nicht zu gefährden.

Denn die einzige wirklich tatkräftige Hilfe, die sofort wirksam werden konnte (außer einigen symbolischen Mengen von Aufnahmen in westliche Länder) ist vom Hochkommissariat der UNO für das Flüchtlingswesen und — von einer Gruppe von Privatleuten in Form eines Hospitalschiffs geleistet worden. Und die einzige Maßnahme, die wirklich eine Lösung des Pro-

blems bringen kann, die Vereinbarung des Hochkommissars mit der vietnamesischen Regierung, wird weitgehend totgeschwiegen, durch die weltweite Hetze behindert und, von den ASEAN-Staaten, sogar kritisiert, weil die UNO damit die „Vermittlerrolle zu Vietnam akzeptiert habe“.

Die wesentlichen Beschuldigungen gegen Vietnam, es betreibe einerseits die systematische Verfolgung von Minderheiten und habe andererseits expansionistische Absichten, ganz Indochina unter seine Herrschaft zu bringen, sind jeweils zunächst nur von der chinesischen Regierung erhoben worden (bzw. in Peking von Vertretern des Pol-Pot-Regimes). Sie sind erst allmählich, im Lauf der Flüchtlingskampagne, von den ASEAN-Staaten, den USA und den europäischen Regierungen (und Japan) übernommen worden. Sie setzen sich zusammen aus falschen und unbewiesenen Behauptungen, sowie aus böswilligen Verfälschungen tatsächlicher Verhältnisse und Maßnahmen in Vietnam.

Einstimmung auf neuen Vietnamkrieg

Erschreckend, bestürzend und alarmierend ist an dieser Kampagne um die Flüchtlinge, daß sie so perfekt international koordiniert ist und sich zu einer wahren Hysterie entwickelt hat. Waren gelegentliche Vorwürfe gegen Vietnam, die von den USA oder anderen westlichen Ländern ausgingen, und die den Zweck hatten, die erlittene Niederlage zu relativieren und unter dem Vorwurf der „Verletzung der Menschenrechte“ zugesagte Hilfslieferungen zum Aufbau verweigern zu können, noch normale alltägliche Praxis des weltweiten Kampfes gegen den Sozialismus gewesen, so fiel in den letzten Wochen ein neuer Ton im antikommunistischen Konzert auf, der wieder zunächst von Peking und den ASEAN-Staaten angeschlagen wurde. Man bediente sich der letzten verzweifelten Aktionen der inzwischen mit seinen reaktionären ehemaligen Todfeinden zusammenarbeitenden Pol-Pot-Truppen, um eine militärische Bedrohung etwa Thailands durch Vietnam zu konstruieren.

Weiterhin auffallend ist die schon nicht mehr anders als haßerfüllt zu bezeichnende Eskalation der Hetze, die sich — wieder

zunächst in der Pekinger Propaganda — des Vergleichs mit der Judenverfolgung und -vernichtung durch die deutschen Faschisten bedient, um die Politik der „Verbrecher von Hanoi“ zu kennzeichnen. Das Wort „Holocaust“ ist in diesem Zusammenhang bereits allgemein gebräuchlich geworden.

Es liegt nahe, darin zunächst einmal den Ausfluß des Bedürfnisses zu sehen, sich für die militärische, politische und vor allem moralische Niederlage von 1975 zu rächen. Konsequenterweise in diesem Zusammenhang ist es auch, daß die Vietnam-Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre dabei im Kreuzfeuer der gehässigen Verleumdung steht, und mit ihr vor allem jene ihrer Repräsentanten, die heute wieder (immer noch) die Freundschaft und Solidarität mit Vietnam für richtig und wichtig halten.

Es ist aber zu befürchten, daß das düstere Bild, das jetzt von Vietnam verbreitet wird, bewußt der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen Vietnam dienen soll. Selbst wenn man dies nicht annehmen will, so bleibt die Gefahr, daß diese Kampagne von interessierter Seite dazu ausgenutzt wird, eine militärische Aktion zu legitimieren, unabweisbar.

Die Pekinger Führung, von der eine solche Invasion am ehesten wahrscheinlich ist, hat bereits entsprechende Absichten angedeutet, zugleich dazu festgestellt, daß man bei einem zweiten Überfall „nicht den Fehler machen würde, vorher zu sagen, daß man sich wieder zurückziehen wolle“. Man weiß inzwischen, wie ernst man solche Drohungen der chinesischen Führer nehmen muß. Sicher ist, daß eine solche Aktion Chinas, die zunächst der eigenen Großmachtpolitik entspringt, in amerikanischen, japanischen oder westeuropäischen Kreisen kaum mehr jenen halbherzigen verbalen Widerspruch finden würde, den die erste noch hervorrief.

Es ist klar, welche gefährliche Situation eine neue, nun nicht mehr notwendig begrenzte Aktion hervorrufen würde, auch wenn sie nicht gleich und offen auf die Eroberung ganz Vietnams aus wäre. Sie würde zuallererst das vietnamesische Volk treffen, das, vom dreißigjährigen vergangenen Krieg geschunden, nun unter äußersten Schwierigkeiten seinen Aufbau, seine Unabhängigkeit und den Frieden in seinem Lande verteidigt. Sie würde aber auch eine erste Bedrohung des Weltfriedens darstellen, mit der Möglichkeit eines Eingriffs der Großmächte.

TÜRKİYE BARIS ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit
European Committee for Peace and Freedom
Comité Européen des Turcs pour Paix et Liberté
Komiteya Aştişü Rızgari Türkiye



TÜRKEI HEUTE

TÜRKEI HEUTE, herausgegeben vom Europakomitee für Frieden und Freiheit, erscheint monatlich.
Anschrift: TTO, Katzbachstr. 3, 1 Berlin 61

Ich bestelle **TÜRKEI HEUTE**
 ab _____ zum Selbstkostenpreis (einschl. Porto) 20,-DM
 bis auf Widerruf. Das Abonnement gilt zunächst für 1 Jahr.

NAME _____

ADRESSE _____

Datum/Unterschrift _____

Überweisungen bitte auf das Konto:
 Türkische Sozialistengemeinschaft e.V. 1000 Berlin 61
 Postscheckamt Berlin-West, Postscheckkonto Nr. 239388-109

Zwei können Sie nicht die aktive Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt abonnieren.

Aber eine Zeitschrift, die sich dies — und noch viel mehr — zum Ziel gesetzt hat. Und die deshalb Solidarität heisst.

Solidarität

Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer 'Solidarität' erhalten

Ich abonniere die Solidarität
 Jahresabonnement (10 Nummern: Fr. 18.-)
 Unterstützungsabonnement (ab Fr. 30.-)

Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr. 30.-) und erhalte damit das SKAAL-Bulletin 'Solidarität'

Vorname, Name _____

Strasse _____ Nummer _____

PLZ _____ Ort _____ Datum _____

Ausschneiden und einsenden an
 SKAAL Postfach 2009 4001 Basel

SKAAL

SOLIDARITÄTSKOMITEE
 FÜR AFRIKA, ASIEN UND
 LATEINAMERIKA SKAAL

Auch in den Sommermonaten 1979 ist die Situation im Nahen Osten explosiv geblieben. Dafür sorgten fortgesetzte israelische Bomben- und Artillerieangriffe im Südlibanon, welche offenbar einen zweiten israelischen Großangriff vorbereiten. Der Situationsbericht von Jürgen Büscher, Redakteur der Tat, erhellt die Hintergründe der derzeitigen Libanonzenerie. Offensichtlich gehören auch der erste syrisch-israelische Luftkampf seit 5 Jahren und die Ermordung des prosyrischen PLO-Führers Zuheir Mohsen in Cannes, bei der die Geheimdienste Israels und Ägyptens konspirierten, mit in die Konfrontationsstrategie Begins. Zugleich gehen die sog. Autonomieverhandlungen, die Israel, Ägypten und die USA zuletzt in Kairo führten, ersten Ergebnissen entgegen: Bei ihrer 4. Verhandlungsrunde seit März d. J. einigten sie sich auf die Installierung zweier Verhandlungskommissionen zu den Wahlmodalitäten im besetzten Westjordan- und Gazagebiet und zu den Befugnissen der neuen Behörden. Die Palästinenser der okkupierten Gebiete hielten dem Mitte Juli d. J. auf ihrer bislang breitesten Kundgebung, einem Kongreß in Ostjerusalem, ein klares Nein entgegen. Die Gegenvorstellungen des palästinensischen Widerstands zur „Verwaltungsautonomie“ machen unsere Interview-Ausschnitte mit Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation, und Karim Khalaf, dem Bürgermeister von Ramallah, deutlich.

Jürgen Büscher Israels „freier Libanon“

„Die Oliven sind längst reif, doch ist niemand mehr da, um sie zu pflücken. Die Moschee liegt in Trümmern, kein Muezzin ruft die Gläubigen mehr zum Gebet. Das Dorf Rachaf ist zum Geisterdorf geworden, seit die Israelis es im vergangenen März bei ihrem Einmarsch in den Süd-Libanon mit einem Bombenteppich überzogen. Im Artilleriefeuer rechtsgerichteter Milizen blieb kaum ein Stein auf dem andern. 55 der rund 2000 Einwohner starben im Bombenhagel. Die Überlebenden sind geflüchtet. Ausgebrannte Häuser, in denen vermutlich noch Sprengladungen versteckt sind und bis zu 4 m tiefe Bombenkrater zeugen von heftigen Kämpfen, die den Süden Libanons schwer verwüstet haben.“

Soweit ein Bericht des Reuter-Korrespondenten Alan Cowell, der mehr als dürre Zahlen verdeutlicht, welches Ausmaß die ständige israelische Aggression des nördlichen Nachbarn erreicht und welche Folgen dies für die dort lebenden Menschen hat. Als UN-Generalsekretär Waldheim in der ersten Juniwoche d. J. dem Sicherheitsrat einen Bericht übermittelte, war es insgesamt 291 mal seit Januar 1979, daß UN-Truppen (hier stationiert seit März 1978, siehe AIB 5/1978, S. 11—13 ; d. Red.) das Opfer israelischer Luftangriffe und Artillerieüberfälle geworden waren.

Hinzu kommen die Provokationen durch die Milizen des Söldnerführers Saad Haddad, der auf einem ca. 60 km langen und 9—15 km tiefen Gebietsstreifen nördlich der israelischen Grenze Mitte April 1979 seinen Separatstaat „Freier Libanon“ proklamierte.

Daß dies faktisch einer Annexion dieses Territoriums durch Israel gleichkommt, geht aus einem anderen Bericht desselben Reuter-Korrespondenten hervor: „Berichte aus diesem Gebiet deuten darauf hin, daß es enge ökonomische, politische und militärische Bindungen mit Israel unterhält. Das israelische Pfund wird dort ebenso wie das libanesische in den Läden als gültige Währung akzeptiert, die sowohl libanesische als auch israelische Waren verkaufen. Die 155 mm Kanonen und die Super-Sherman-Panzer, mit denen Major Haddad sein Gebiet kontrolliert, sind von Israel geliefert worden und wie aus diplomatischen Kreisen zu hören ist, ist er keineswegs in der Lage, sich israelischen Wünschen zu widersetzen“.

Von Waldheim gezählt wurden wie gesagt nur die Übergriffe gegen die zeitweilig im Südlibanon stationierten UN-Truppen (UNIFIL), nicht aber die nahezu täglichen Beschießungen von Dörfern, Städten und Palästinenserlagern, die dazu geführt haben, daß nahezu 100 000 Einwohner des Südens in den Norden geflohen sind. Gleichzeitig sind mehrere hunderttausend Libanesen — genaue Zahlen sind nicht zu ermitteln — in andere arabische Länder, nach Europa und in die USA emigriert. Industrie und Handel haben sich seit dem Bürgerkrieg 1976 nicht wieder erholt, das Lebensniveau der Massen ist niedriger als je zuvor.



Separatistenmajor Haddad und Israels Südlibanon-Verantwortlicher, Verteidigungsminister Weizmann (r.)

Hat die israelische Regierung bisher versucht, die Fiktion aufrechtzuerhalten, es handele sich bei der Aggression um „Vergeltungsschläge“ gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), so spricht Menachim Begin inzwischen offen von „Präventivschlägen“. So auf einer Tagung der Jewish Agency am 29. Juni 1979 in Jerusalem.

Aufschluß über die wirklichen Absichten der israelischen Regierung ermöglicht ein Artikel aus Israel, der am 29. Juni in der in Düsseldorf herausgegebenen Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung erschienen ist. Dort heißt es wörtlich: „Eine große militärische Aktion zur Zerstörung der Infrastruktur der palästinensischen Terrorverbände (gemeint sind die bewaffneten Kräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung, d. Verf.) im südlichen Libanon könnte nach Ansicht israelischer Experten unumgänglich werden, wenn die Sprengstoffanschläge auf den Märkten israelischer Städte nicht aufhören, wenn palästinensische Infiltrations- oder Angriffsversuche vom Mittelmeer her nicht aufhören“.

Daß dieser Bezug auf die Kommandounternehmen nichts weiter als ein Vorwand ist, beweist nicht nur die Feststellung im gleichen Artikel, man habe „den Palästinensern in pausenlosen Aktionen das gesamte ‚Gebiß‘ ausgeschlagen“. Außerdem heißt es nämlich in dem Beitrag weiter: „Manche Experten finden sogar, die Zeit für einen entscheidenden militärischen Schlag sei reif, um die palästinensischen Terrorverbände unschädlich zu machen und die PLO politisch zu schwächen. Augenblicklich kann man noch von der Annahme ausgehen, daß Ägypten einem solchen Schlag gleichgültig zusehen würde, sofern es von Israel das Versprechen erhalten würde, in den Libanon eindringende Truppen nach vollzogener Operation unverzüglich auf israelisches Gebiet zurückzuziehen. Ingeheim dürfte es Kairo begrüßen, daß die israelische Armee die Syrer in arge Verlegenheit versetzt.“

Offen wird ausgesprochen, daß man auf die Möglichkeit wartet, einen neuen Nahost-Krieg provozieren zu können: „Israelische Militärkorrespondenten geben unumwunden zu, daß die Armee Israels der aktive Teil ist, während sich die Syrer eher passiv verhalten und Israel eine ‚rote Linie‘ zu signalisieren versuchen, deren Überschreitung ihr eigenes Eingreifen unumgänglich machen würde. Doch die Israelis stellen sich taub.“ Und an anderer Stelle: „Es fragt sich allerdings, ob Syrien eine umfassende israelische Operation stillschweigend hinzunehmen vermag. In Israel selbst zerbricht man sich darüber weniger den Kopf, denn man ist zwar nicht unbedingt an einem ‚großen Krieg‘ mit Syrien interessiert, glaubt aber auch keinen Grund zu haben, einen solchen zu fürchten, und würde auf keinen Fall wichtige Sicherheitsinteressen opfern und den Krieg gegen die palästinensischen Verbände aufgeben, nur um einem solchen möglichen Krieg aus dem Wege zu gehen . . . Syriens Lage ist politisch wie militärisch prekär. Das ist wohl auch der Grund für die unfreiwillige Akzeptierung des Fortbestandes von Major Haddads ‚Freiem Libanon‘ und für die verzweifelten Versuche, Israel die Grenzen des Zumutbaren zu signalisieren. Aber Israel stellt sich taub.“

„Plaudereien“ dieser Art aus dem „Nähkästchen“ der israelischen Strategie, die keines Kommentars bedürfen, beweisen nur allzu deutlich, wie recht die antiimperialistischen Kräfte in dieser Region mit ihrer Feststellung haben, daß das Sadat-Begin-Abkommen die Kriegsgefahr erhöhen und „Dynamit in die Region bringen“ (Arafat) werde (siehe ausführlich AIB 5/1979, S. 20 ff.)

Bereits Ende Juli 1978 stellte das Zentralkomitee der Demokratischen Front in einer Erklärung fest: „Der Libanon steht vor einer neuen Phase der imperialistisch-israelischen-isolationistischen Politik. Zu erwarten ist eine totale und offene Kollaboration der isolationistischen Gruppen mit der israelischen Armee, um ihre Einflußzone zu erweitern, die Palästinenser als Volk und als militärische Kraft auszuschalten und um sich die Möglichkeit zu verschaffen, den nationalen Kräften in der arabischen Welt eine Position der Kapitulation vor den imperialistischen ‚Friedens‘-Plänen aufzuzwingen. Im Rahmen dieser Pläne wird der Versuch unternommen, die militärische Präsenz Syriens im Libanon zu beenden und die ‚Arabische Abschreckungsstreitmacht‘ zu vertreiben, nachdem diese den Isolationisten nicht mehr von Nutzen sein kann und sogar zu einem Hindernis für sie geworden ist, weil sie darauf besteht, das traditionelle Gleichgewicht im Libanon aufrechtzuerhalten. Die Forderung der isolationistischen Gruppen nach Abzug der ‚Arabischen Abschreckungsstreitmacht‘ ist ein Ausdruck des offenen Bündnisses dieser Kräfte mit Israel und kündigt von ihrer Bereitschaft, sich den israelischen Zielen für diese Region zu unterwerfen. Und in einem späteren Dokument vom April 1979 derselben Organisation wird festgestellt: „Seitdem der Vertrag (zwischen Sadat und Begin; d. Red.) unterzeichnet worden ist, haben die Israelis ihre militärischen Angriffe ständig eskaliert gegen die Städte, Dörfer und Flüchtlingslager im Südlibanon. Wenn man die Ausrufung eines Separatstaates hinzunimmt, so wird deutlich, daß die Pläne Israels, Ägyptens und der USA für die Zeit nach dem Vertragsabschluß auf dem Territorium des Libanon sozusagen ihren konkreten Ausdruck finden werden. Um besser zu verstehen, was aktuell und in der nächsten Zeit im Libanon geschieht, ist es nötig, die Positionen der Amerikaner näher zu untersuchen. Der eigentliche Vater einer Politik der Balkanisierung des Libanon und schließlich auch der gesamten Region ist Kissinger, der so den Nahen Osten besser in den amerikanisch-israelischen Griff bekommen wollte unter dem Vorwand, eine Lösung der Probleme herbeizuführen. Der jetzige Präsidentenberater Brzezinski hat diese Idee aufgegriffen und bereits vor mehr als einem Jahr die Frage nach einem Bündnis zwischen Ägypten, Israel und dem Libanon gestellt, als Neuauflage der Verbindungen zwischen den alten Kulturen der Pharaonen, der Juden und der Phönizier.“

Die „phönizische Linie“ oder die isolationistische, wie sie in den Dokumenten der progressiven libanesischen Gruppen ge-

nannt wird, wird dabei von den in der Libanesischen Front zusammengeschlossenen Rechtskräften repräsentiert, die ihren Anhang vor allem aus den Reihen der maronitischen Christen rekrutieren.

Unter dem Vorwand, die eigene Identität eines christlichen Libanon gegen moslemische Ansprüche und „arabischen Nationalismus“ wahren zu müssen, beteiligen sie sich an der Balkanisierung der Region mit dem Versuch, den Libanon von der antizionistischen Front der arabischen Staaten zu isolieren. Innenpolitisch geht es dabei um die Aufrechterhaltung von politischen und ökonomischen Privilegien, die ein „christliches“ Kompradoren-Kapital genießen konnte. Der Libanon soll gleichzeitig abgeschirmt werden gegen die sozial progressiven und politisch-antiimperialistischen Veränderungen, die für die arabische Welt kennzeichnend sind.

Brzezinskis „phönizische Linie“

Die libanesischen Rechtskräfte, zu denen vor allem die Phalangisten unter Pierre Gemayel, der die Führung nach dem Tod seines Vaters übernommen hat, und die „Nationalliberalen“ unter Ex-Präsident Camille Chamoun gehören, haben nach anfänglichem Zögern die Sezession des Süden durch Saad Hadadad begrüßt. Anders als der maronitische Patriarch Butros Kharish, der aus diesem Anlaß „jeden Versuch aufs schärfste verurteilte, der darauf gerichtet ist die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Einheit des Libanon zu verletzen.“ Die Bildung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos aller Rechtsmilizen deutet darauf hin, daß die Libanesischen Front, die militärisch hervorragend, auch mit schweren Waffen, ausgerüstet ist, nur auf das Signal zum Losschlagen wartet. Das allerdings kann nur Begin geben, der von den „christlichen“ Milizionären „bewundert wird“, so der unermüdliche Lobbyist der libanesischen Rechtskräfte, der Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Harald Vocke.

Die Milizen verfügen über den Hafen Dschunijeh, über den der Nachschub an militärischen Gütern, vor allem aus Israel, ungestört abgewickelt werden kann. Selbst Vocke, der so gern die Gefahr eines „Völkermords“ an den Maroniten beschwört, mußte zugeben, daß die „Christen einen ziemlich sicheren Stand“ haben (FAZ, 23. 6. 1979).

Bereits im April dieses Jahres drohte Chamoun in einem Interview mit der West-Beiruter Nachrichtenagentur Sahafiya: „Wenn die Syrer sich nicht aus dem Libanon zurückziehen, werden die Libanesen Krieg gegen sie führen.“ So spricht niemand, der einen syrischen Großangriff fürchtet, der bei uns beschworen wird, um die Christen Westeuropas für die Interessen der libanesischen Rechtskräfte einzuspannen.

Nichts zeigt besser als die Ereignisse der letzten Wochen, welche Rolle dem amerikanisch-israelisch-ägyptischen Vertrag zugeacht ist: Tel Aviv den Rücken freizuhalten für imperialistische Vorstöße in anderen Teilen der Region. Daß man sich dabei zunächst auf den nördlichen Nachbarn konzentriert ist kein Zufall. Zum einen gibt es in diesem Land eine eigene „ground force“, eine Fünfte Kolonne, die sogar über ein von ihr kontrolliertes Territorium verfügt. Zum anderen verlockt die Aussicht im Libanon der palästinensischen Widerstandsbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen, sie aus diesem Land zu vertreiben und ihr damit die militärische und politische Bewegungsfreiheit zu nehmen, die das Kairoer Abkommen zwischen der PLO und der libanesischen Regierung vom November 1969 garantiert, und das im Mai 1973 durch die Beteiligten bekräftigt wurde.

Damit wäre in dieser Region diejenige Kraft geschwächt, die der entschiedenste Gegner des Separatfriedens ist, und die am weitesten entfernt ist von einem Kompromiß mit dem Imperialismus: der palästinensische Widerstand.

Würde der Schlag gegen die PLO gelingen, wäre es leichter geworden, den Palästinensern in den von Israel besetzten Gebieten die im Begin-Sadat-Abkommen vorgesehene Scheinautono-

nie aufzuzwingen. Damit wäre es ebenfalls leichter, andere arabische Staaten zu zwingen, von ihrem Kurs der „Konfrontation“ und der „Standhaftigkeit“ gegenüber einer der Reaktion genehmen Nahost-Lösung abzugeben.

Zum dritten ist Israel durchaus nicht abgeneigt, wie der Beitrag in der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung zeigt, im Libanon den Konflikt mit Syrien zu suchen, dessen Lage man für „politisch und militärisch prekär“ hält.

Die Position Syriens, das sich inzwischen entschlossen hat, die 22.000 Mann starke Arabische Abschreckungstreitmacht in Absprache mit der libanesischen Regierung im Libanon zu belassen, wird in der Süddeutschen Zeitung so beschrieben: „Die Gefahr, auf libanesischem Boden in eine militärische Konfrontation mit Israel verwickelt zu werden, hat Syrien bisher vermieden. Trotz der in letzter Zeit immer häufiger werdenden israelischen Angriffe aus der Luft und von See her auf palästinensische Ziele im Libanon hat Syrien weder seine ‚Sam-6‘-Luftabwehrraketen eingesetzt noch Kriegsschiffe an die libanesischen Küste entsandt. Auch wenn man in Damaskus die Vereinbarungen von Camp David und den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag strikt ablehnt und bekämpft, strebt man hier nicht eine militärische, sondern ebenfalls eine politische Lösung des

Nahostkonflikts an.“

Auf einem vor kurzem in Beirut von der PLO veranstalteten Symposium zu den Konsequenzen der Sadat-Begin-Vereinbarungen stellte der sowjetische Nahost-Experte Igor Beljaew fest, „daß durch die Separatabmachungen und ihre Auswirkungen im Nahen Osten die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen wurde.“ Es sei vordringlichste Aufgabe, eine „komplexe und effektive Strategie des gemeinsamen Kampfes aller antiimperialistischen Kräfte zu erarbeiten, die in erster Linie der Festigung der Positionen der palästinensischen Befreiungsbewegung und der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der arabischen Völker dienen“ müsse?

In einer auf dem Symposium verabschiedeten Resolution wird es als unerlässlich bezeichnet, die strategischen Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft zu festigen und auszubauen. Und die demokratische Weltöffentlichkeit wurde aufgerufen „alle Kräfte zur Unterstützung der gerechten Sache des palästinensischen Volkes zu mobilisieren, das um einen souveränen, nationalen Staat kämpft.“ Was umso notwendiger ist, da kein Zweifel daran bestehen kann, daß sich die palästinensische Befreiungsbewegung mit einer sehr komplizierten Situation konfrontiert sieht.

Gespräch mit einem ZK-Mitglied der KP Libanon

FRAGE: Wie ist der gegenwärtige Konflikt in Ihrem Land zu charakterisieren?

ANTWORT: Seit 1970 geht es dem Imperialismus in erster Linie darum, der palästinensischen Widerstandsbewegung im Libanon die politische und militärische Bewegungsfreiheit zu nehmen. Eine solche Schwächung der Palästinenser würde der gesamten antiimperialistischen Bewegung in den arabischen Staaten entscheidenden Schaden zufügen.

Gelänge es im Libanon, den palästinensischen Widerstand auszuschalten, wäre ein entscheidender Schritt getan, um das Carter-Begin-Sadat-Komplotz zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Aus all diesen Gründen treten wir ein für eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den libanesischen Volkskräften und dem palästinensischen Widerstand.

FRAGE: Wie hat die libanesische nationale Bewegung auf das ägyptisch-israelische Abkommen reagiert?

ANTWORT: Was auf die PLO zutrifft, hat auch Gültigkeit für die nationale Bewegung. Auch sie drängt darauf, daß die arabischen Staaten auf allen Gebieten Maßnahmen gegen Sadat und gegen die Amerikaner ergreifen. Die Lage im Libanon selbst ist sehr kritisch und wird immer kritischer. Wir richten die dringende Aufforderung an die arabischen Staaten, die libanesische nationale Bewegung und den palästinensischen Widerstand zu unterstützen.

Die zweite Etappe der imperialistischen Machenschaften wird sich im Libanon abspielen. Dort sollen Fakten geschaffen werden, die die arabischen Staaten dazu zwingen sollen, zu akzeptieren, was Sadat akzeptiert hat. Es ist die Absicht des Imperialismus und seiner Agenten, im Libanon anzugreifen.

Separatstaat — nicht Haddads Initiative

Was Saad Haddad gemacht hat, geht nicht auf seine Initiative zurück. Er hat nicht nur die Unterstützung Israels, sondern auch die der USA. Haddad hat einen Separatstaat ausgerufen, aber die libanesische Front, die Phalangisten, haben bereits ihren „freien und unabhängigen Libanon“ errichtet. Haddad hat im Süden etwas verkündet, was es hier im Ostteil Beirut bereits gibt.

FRAGE: Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle der libanesischen Regierung?

ANTWORT: Dazu möchte ich zwei Dinge sagen. Wir unterstützen alle Stellungnahmen, auch wenn sie von der Regierung kommen, die sich gegen Haddad richten. Zum anderen kann die Verantwortung, die die Regierung Sarkis für diese Entwicklung trägt, nicht übersehen werden. Ohne die Politik, die die Regierung in den letzten zwei Jahren betrieben hat, wäre es soweit nicht gekommen.

Die KPL hat eine Generalmobilisierung aller progressiven Volkskräfte zur Befreiung des Südens vorgeschlagen und dabei die Zustimmung

der anderen in der nationalen Bewegung vertretenen Gruppen gefunden.

FRAGE: Wie stark ist die nationale Bewegung heute?

ANTWORT: Die Bewegung hat sehr schwere Aufgaben zu bewältigen und die Situation, in der wir uns befinden, ist sehr kompliziert. Wenn wir sehr eng mit dem palästinensischen Widerstand zusammenarbeiten und die arabischen Staaten uns unterstützen, werden wir ihr begegnen können.

Die Lage im Libanon kann nicht losgelöst gesehen werden von der Lage im gesamten arabischen Raum und dem Stand der Auseinandersetzung mit den imperialistischen Plänen für diese Region. Ähnlich wie 1949 in Palästina geht es nun im Libanon um den Versuch, in diesem Raum eine zweite imperialistische Basis zu schaffen. Wir sind bereit zu kämpfen, um dieser Gefahr zu begegnen. Wir müssen aber gleichzeitig die anderen arabischen Staaten auf ihre Verantwortung für den Libanon hinweisen.

FRAGE: Was ist die Rolle der Syrer heute?

ANTWORT: Wir versuchen, die Kräfte der Syrer, der nationalen Bewegung und des palästinensischen Widerstands zu vereinen, denn die Gefahr betrifft eben nicht nur die letzteren, sondern auch Syrien selbst.

Hinzuzufügen wäre, daß es immer auch darum geht, neben dem Ziel auch die Instrumente zu bestimmen, wenn gekämpft wird. Wir sind der Meinung, daß die nationale Bewegung die geeignetste Kraft wäre, um den reaktionären Anschlägen in unserem Land zu begegnen, weil wir unser Land und unser Volk am besten kennen, d. h. die anderen arabischen Kräfte sollten sich darauf konzentrieren, uns zu unterstützen.

Solange es Konflikte gab im Libanon zwischen den Syrern und dem palästinensischen Widerstand, konnte unser Volk getäuscht werden mit der Behauptung, auf unserem Territorium werde ein Konflikt ausgetragen, bei dem es sich um eine außerlibanesischen Sache handle. Aber wenn deutlich wird, daß es um einen Konflikt zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion im Libanon selbst geht, ist es nicht mehr möglich, die eigentlichen Ursachen der Auseinandersetzung vor unserem Volk zu verbergen.

FRAGE: Wie verhält es sich mit der Unterstützung der christlichen Bevölkerung für die Phalangisten?

ANTWORT: Die Teilung Beiruts z. B. entspricht nicht der Religionslinie. In Ostbeirut gibt es sowohl Christen als auch Moslems. Die eigentliche Ursache der Kraft der Faschisten ist nicht in der Unterstützung durch die christliche Bevölkerung begründet. So hat an Ostern sogar der maronitische Patriarch die faschistischen Übergriffe, die Geiselnahmen und Ermordungen kritisiert.

Es ist den Faschisten allerdings gelungen, eine Angstatmosphäre unter den christlichen Massen zu erzeugen vor einer möglichen Verdrängung durch die moslemische Mehrheit. Das aber ist keineswegs die Politik der libanesischen Linkskräfte.

Yasser Arafat Auch die USA boykottieren!



FRAGE: Bedeuten die jüngsten Ereignisse, der Rückzug der Palästinenser aus südlibanesischen Dörfern und Städten, daß real keine Angriffe mehr auf Israel von Süden her erfolgen werden? Wurden auf Sie Pressionen ausgeübt, um diesen Rückzug zu erzwingen, und wenn ja, welcher Art?

Y. ARAFAT: Die wütende israelische Aggression wurde auf dem Landweg, vom Meer und aus der Luft auf libanesischen Dörfern und palästinensische Lager, auf palästinensische und libanesischen Zivilisten konzentriert.

Jeder feindliche Angriff erfolgte unter dem Vorwand, man bombardiere palästinensische Basen. Auf der gemeinsamen Sitzung des palästinensischen Widerstandes und der libanesischen Nationalbewegung beschlossen wir deshalb gemeinsam diese Gebiete vollständig zu evakuieren.

Wir entschieden uns für die Beendigung der militärischen Präsenz, obwohl wir nirgendwo dort Militärbasen unterhielten. Alles was wir dort hatten, waren einige Versorgungszentren, medizinische Einheiten und Informationsbüros, aber wir beschloßen sogar diese zu räumen, damit dem Feind kein Vorwand für die Fortsetzung der Angriffe bliebe. Trotz der strikten Befolgung des Beschlusses wurden die israelischen Angriffe leider fortgesetzt.

Dies bestätigt, was wir immer gesagt haben: Die Aggression gegen libanesischen Städte und Dörfer sowie die Palästinenserlager ist tatsächlich ein Bestandteil der israelischen Politik und eine der Konsequenzen des Carter-Begin-Sadat-Abkommens (siehe detaillierte Einschätzung in AIB 5/1979). (. . .)

Unsere Entscheidung (zum Rückzug im Südlibanon) zielte darauf ab, den libanesischen Bemühungen, einen nationalen Konsens in einer friedlicheren und förderlichen Atmosphäre zu erreichen, beizutragen.

Plan eines Präventivschlags im Libanon

FRAGE: Glauben Sie, daß Sie einem massiven israelischen Sturmangriff auf Südlibanon ohne die Hilfe anderer arabischer Länder standhalten können?

Y. ARAFAT: Es gibt ein arabisches Sprichwort: „Glücklich sind diejenigen, die die Grenzen ihrer Kraft kennen“. Falls sie sich erinnern, standen wir vor einer ähnlichen Situation Anfang 1978 als Israel (zum Kriegszug im März 1978; d. Red.) Truppen an der libanesischen Grenze konzentrierte. Ich entdeckte diese Truppenkonzentration und enthüllte sie.

Ich behaupte nicht in der Lage zu sein, der Stärke der israelischen Armee in einem klassischen Krieg widerstehen zu können. Aber als revolutionärer Kämpfer habe ich unkonventionelle Methoden, den Feind jederzeit zu bekämpfen. Wir haben Informationen, denen zufolge der israelische Feind Vorbereitungen für eine — wie sie es nennen — Litani II Operation trifft. Was sie in Camp David erreichten, war nichts anderes als eine neue Militärachse zwischen den Vereinigten Staaten, Israel und Ägypten, insbesondere nachdem die USA ihre strategische und zentrale Basis in der Golfregion, nämlich im Iran, verloren.

FRAGE: Meinen Sie, daß das Südlibanon-Problem noch zu ei-

nem Großkonflikt in diesem Gebiet unter Einbeziehung der syrischen und israelischen Kräfte führen könnte?

Y. ARAFAT: Genau das plant Israel mit der Billigung und dem Segen der Vereinigten Staaten um die palästinensische Revolution zu liquidieren und Syrien und andere arabische Länder durch einen militärischen Präventivschlag hineinzuziehen. Ich habe dies bereits mehrere Male mit dem syrischen Präsident Hafez Assad diskutiert. Er ist sich über diese Situation im klaren. FRAGE: Glauben Sie, daß dies einer der Gründe dafür ist, daß die syrischen Truppen in Libanon ihre effektive Unterstützung für die Palästinenser in ihrem Widerstand gegen die israelischen Angriffe begrenzt haben?

Y. ARAFAT: Wir baten unsere syrischen Brüder, sich nicht in unsere militärischen Zusammenstöße mit Israel einzuschalten. Darüber hinaus gibt es keine syrischen Kräfte im Süden. Die nächstgelegene syrische Militärpräsenz ist in Sidon und Umgebung.

Der Sumpf der „Autonomie“

FRAGE: Glauben Sie, daß die wiederholten israelischen Angriffe die syrischen Soldaten im Libanon in Schwierigkeiten bringen werden?

Y. ARAFAT: Wie ich bereits sagte, besteht ein Teilziel dieser Angriffe darin, Syrien in den Kampf dauerhaft hineinzuziehen. Wenn Sie fragen würden, ob dies zu einem großen und allumfassenden Krieg führen könnte, würde ich dies mit Entschiedenheit bejahen.

FRAGE: Lassen Sie uns nun auf die Gespräche über die Autonomie für das Westjordan- und das Gazagebiet eingehen. Haben Sie irgendwelche Bedingungen für die Teilnahme an diesen Gesprächen gestellt, beispielsweise die Anerkennung der PLO durch die USA und Israel?

Y. ARAFAT: Wir betrachten das Geschehen als eine Verschönerung. Es ist uns nie in den Sinn gekommen, uns in diesen Sumpf hineinzuziehen zu lassen oder an diesem Komplott gegen unser palästinensisches Volk teilzunehmen.

Was vorgeschlagen worden ist, ist eine neue Form der Sklaverei. Gibt es irgendwo auf der Welt irgendein Dorf in dem die Einwohner über ihre eigenen Wasserressourcen keine Kontrolle haben? Und dies ist genau das, was Begin unternimmt. Was ist denn das für eine Autonomie, wenn wir beispielsweise keine Kontrolle über unser Trinkwasser haben?

Mehr noch ruft die fortgesetzte Politik der Errichtung jüdischer Siedlungen lediglich eine milde Verurteilung der USA hervor, während weiterhin militärische, politische und ökonomische US-Hilfe nach Israel fließt. Kann Israel, das so stark auf die USA baut, nein zu Washington sagen?

FRAGE: Was würden Sie praktisch unternehmen, falls Ägypten und Israel irgendeine Übereinkunft über das Westjordangebiet treffen und versuchen würden, sie ihm mit Gewalt aufzuzwingen?

Y. ARAFAT: Den Menschen kann keiner etwas aufzwingen. Weder konnte Hitler seinen Willen Europa aufzwingen noch

war Japan in der Lage, die Situation im Pazifik nach Pearl Harbour zu ändern.

Carter, Begin und ihr Agent Sadat können hier und da in den besetzten Gebieten einige politische Vorstellungen gewaltsam aufzwingen, weil diese Gebiete nach wie vor okkupiert werden. Aber sie werden nie in der Lage sein, unser Volk dazu zu bringen, sie zu akzeptieren. (. . .)

Maßnahmen gegen Sadat und Komplizen

FRAGE: Der Bagdader Gipfel betonte (Wortlaut des Beschlusses in AIB 5/1979, S. 23—24; d. Red.), daß der Boykott Ägyptens nicht gegen das ägyptische Volk, sondern gegen das Regime gerichtet werden sollte.

Y. ARAFAT: Wir sollten nicht vergessen, daß es 3 Mio Ägypter gibt, die in der arabischen Welt arbeiten. Keiner von ihnen wurde angegriffen. Im Gegenteil, die Resolutionen der Bagdader Konferenz (vom März 1979; d. Red.) riefen dazu auf, diese Ägypter und Firmen dazu zu ermutigen, die Teilnahme an Sadats Verbrechen an der arabischen Nation zu verweigern.

Was die anderen Maßnahmen betrifft, so habe ich sie bekräftigt und nach weiteren verlangt, weil sie zu allererst gegen Sadat und sein Regime gerichtet sind. Sie verriet den Ägypten, die arabische

Nation und die Sache Palästinas durch den Verkauf Jerusalems für eine Handvoll Sand auf dem Sinai.

Wir dürfen nicht vergessen, daß das Sadat-Regime eine gefährliche Rolle als Polizist in Afrika einnimmt. Der neue ägyptische Armeekommandeur hat zugegeben, daß seine Streitkräfte in 10 afrikanischen Ländern verwickelt sind. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß es militärische Vorbereitungen für Provokationen gegen Libyen gibt.

FRAGE: Glauben Sie, daß ähnliche Boykottmaßnahmen gegen die Vereinigten Staaten beschlossen werden sollten?

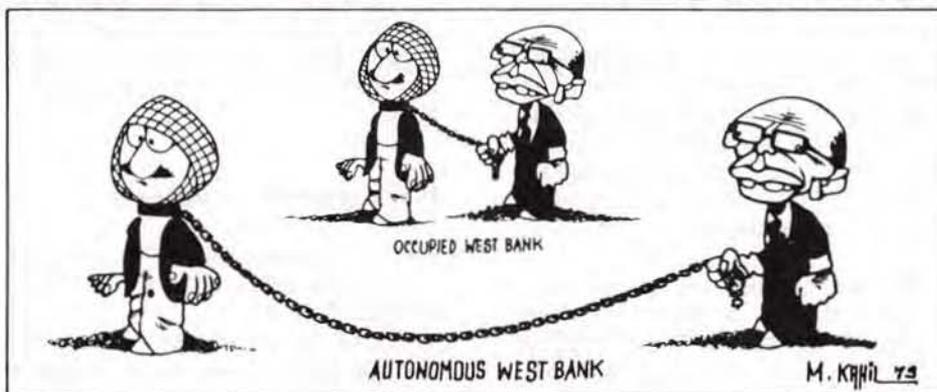
Y. ARAFAT: Durchaus! Ich beharre immer noch darauf, daß ähnliche Maßnahmen gegen die USA ergriffen werden müssen. Wir fordern einen Ölboykott ebenso wie eine Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade gegen Amerika. (. . .)

FRAGE: Entsprechen Berichte über Spannungen in den Beziehungen zwischen der PLO und der Sowjetunion der Wahrheit?

Y. ARAFAT: Solche Berichte sind aus der Luft gegriffen. Wir betrachten die Sowjetunion als einen Freund und starken Verbündeten des palästinensischen Volkes. Wir haben solide Beziehungen. Wir werden nie die unterstützende Haltung vergessen, die die Sowjetunion gegenüber dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation eingenommen hat.

(Quelle: The Middle East, London, Juli 1979, S. 25—27)

Karim Kalaf Nein zur „Verwaltungsautonomie“



Zuerst möchte ich Ihnen sagen, daß, wenn wir gegen die Verträge von Camp David Stellung beziehen, wir nicht generell gegen den Frieden sind. Wir sind für den Frieden, aber nicht für jenen, der von Carter, Begin oder Sadat, vom Imperialismus oder Zionismus kommt.

Wir hatten mehrere Zusammenkünfte in Jerusalem, in der Universität von Bethlehem, in Nablus und im Gazastreifen. Wir waren uns alle einig gegen die Verträge. Wir wollen in unserem Land selbständig sein. Deshalb kämpft unser Volk, das in den besetzten Gebieten wohnt, gegen die Verwaltungsautonomie, die wir als eine andere Form der Besatzung ansehen. Die Autonomie anzunehmen, würde heißen, die endgültige Besatzung zu akzeptieren.

Es ist klar, daß wir die Autonomie, die man uns vorschlägt, zurückweisen werden. Die Besatzungsbehörden versuchen, dem eine andere Stoßrichtung zu geben: Den Kampf gegen die PLO und die Einsetzung neuer Führer. Anfangs waren einige Notabeln den Autonomieplänen geneigt, sie haben sich aber jetzt wieder dem palästinensischen Volk angeschlossen, denn sie haben eingesehen, daß diese Autonomie ihnen nichts bringt.

Unser Volk kämpft, indem es demonstriert und Generalstreiks macht. Aber die israelischen Soldaten schießen auf die Studenten, unsere Söhne an den Universitäten und Schulen. Die Besatzungsbehörden haben sogar Schulen geschlossen, in Ramallah sechs oder sieben. Ramallah ist ein Zentrum der Westbank (Westjordangebiet; d. Red.) Wir haben 22 Ausbildungszentren. Studenten der ganzen Westbank sind hier. Jetzt hat man die Berufsschule und das Gymnasium geschlossen. Man hat 640 Studenten und 40 Lehrer in die Dörfer zurückgeschickt.

Der sog. Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel ist eine Allianz des Imperialismus und Zionismus mit Sadat. Ihr Ziel ist es, unsere Wünsche und Interessen, das palästinensische Volk im speziellen und die nationale arabische Befreiungsbewegung im allgemeinen, zu be-

kämpfen.

Um zu einer globalen Regelung zu gelangen, fordern wir:

1. Den bedingungslosen Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten.

2. Die Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertreterin, die im Namen des palästinensischen Volkes spricht.

3. Das Recht auf Selbstbestimmung und auf die Schaffung eines eigenen und unabhängigen Staates (im Westjordangebiet und Gazastreifen) in den Grenzen von 1967. Jerusalem muß die Hauptstadt dieses Staates sein.

Sie müssen wissen, daß unser Volk gewillt ist, den Kampf gegen die Besatzung, gegen die Verträge von Camp David und gegen den Separatfrieden weiterzuführen. Wir wollen einen wirklichen Frieden, der für das israelische Volk und für das palästinensische Volk gerecht ist. Deshalb sind wir gegen die Resolution 242, die das Palästinenserproblem als Flüchtlingsproblem auffaßt. Wir sind für die Resolution 3236, die uns das Recht auf Selbstbestimmung und die Schaffung eines unabhängigen Staates zuspricht.

Um diesen globalen Frieden zu erlangen, wollen wir nicht die Vernichtung Israels. Aber die Israelis müssen sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Unser Wille ist ernsthaft, aber ich bin überzeugt, daß Israel nur mit Gewalt die besetzten Gebiete räumen wird. Ich bin davon überzeugt, denn ich sehe jeden Tag die Beschlagnahme von Land, die Errichtung neuer Siedlungen und den Bau von Straßen. Die Besatzungsbehörden versuchen, die Städte der Westbank durch Siedlungen voneinander zu trennen. Ramallah ist von Siedlungen umgeben.

So zerschlagen die Israelis unseren guten Willen. Unser Volk und die UNO können nichts machen, denn die USA haben das Vetorecht in den Fragen, die das Palästinenserproblem betreffen.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 27/9, 7. 1979, Auszüge)

Baseler Palästinakonferenz

Appell

Die Welt ist Zeuge einer ernsthaften Eskalation der Spannungen im Nahen Osten als Ergebnis der anhaltenden Verweigerung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas. Die Verweigerung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes seit über drei Jahrzehnten hat den Nahen Osten in vier Kriege gestürzt, zu unsäglichem Leid und Blutvergießen geführt und verschiedentlich den Weltfrieden bedroht.

Die UNO hat unterstrichen, daß eine gerechte Lösung der Palästinafrage der Schlüssel für die Erlangung von Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten ist. Die Vereinten Nationen haben die Grundlage für eine gerechte Lösung der Palästinafrage eindeutig herausgearbeitet, indem sie den vollständigen Rückzug Israels von allen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten fordern und indem in Resolution 3236 (vom 22. 11. 1974; d. Red.) der Vollversammlung das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf Gründung eines eigenen unabhängigen souveränen Staates ohne fremde Einmischung und das Recht auf Rückkehr in sein Heimatland gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bestätigt wird.

Jegliche Versuche oder Vereinbarungen mit dem Ziel der Lösung des Nahostproblems außerhalb der Vereinten Nationen, unter Mißachtung der UN-Resolutionen und ohne die PLO, den allgemein anerkannten einzigen rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes, können nicht zum Frieden führen, sondern nur zu einer weiteren Zuspitzung der Spannungen und zu weiterem Leiden für die Völker dieser Region. Wir appellieren an alle Völker, Regierungen, Parlamente, politischen Parteien, Gewerkschaften und alle anderen Massenorganisationen, aktiv für die volle Verwirklichung der UN-Resolutionen zur Palästinafrage einzutreten.

Wir fordern die UNO auf, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um die unverzügliche Durchsetzung aller ihrer Resolutionen zur Palästinafrage und insbesondere der Resolution 3236 der Vollversammlung zu erreichen.

Wir werden unermüdlich dafür eintreten, die öffentliche Meinung umfassend für die Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, die der Schlüssel zum Frieden in Nahen Osten ist, zu mobilisieren.



**RIGHTS OF PALESTINIAN PEOPLE -
KEY TO PEACE IN MIDDLE EAST**

Implement UN Resolutions on Palestine!

PUBLISHED BY THE WORLD PEACE COUNCIL

Abschlußerklärung

Die Internationale Konferenz der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, die vom 4.—6. Mai 1979 in Basel, Schweiz, auf Einladung des Weltfriedensrates unter Teilnahme von 200 Delegierten verschiedener politischer Parteien, Gewerkschaften, Frauen-, Jugend- und anderer Massenorganisationen aus 60 Ländern aller Kontinente und von 17 internationalen Organisationen stattfand, bringt ihre tiefe Besorgnis angesichts der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten zum Ausdruck. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Vereinbarungen von Camp David und der kürzlich unterzeichnete, unter direkter Teilnahme der USA abgeschlossene ägyptisch-israelische Vertrag eine schwerwiegende Eskalation der imperialistischen Verschwörungen in diesem Gebiet darstellen, die Spannung und die Gefahr neuer Aggressionen steigern. Sie verletzen die Grundlage für die Herstellung eines gerechten Friedens im Nahen Osten, die in den Resolutionen der Vereinten Nationen dargelegt ist, nämlich der völlige Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten, die Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf Selbstbestimmung, auf Rückkehr in seine Heimat und auf Errichtung seines eigenen unabhängigen und souveränen Staates.

Dieses Separatabkommen stellt eine neue imperialistische Militärallianz zwischen Ägypten, Israel und den USA dar, mit deren Hilfe die Militärpräsenz des US-Imperialismus gesichert und die Interessen der USA in diesem Gebiet gewahrt werden sollen.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die Vereinbarungen von Camp David und der ägyptisch-israelische Vertrag einen Versuch darstellen, die israelische Okkupation der arabischen Territorien zu legalisieren und

zu verewigen. Sie ignorieren das Palästinaproblem, die Schlüsselfrage in der Nahostkrise, das Problem des von Israel unter Mißachtung der UNO annektierten arabischen Jerusalem, und klammern die Palästina-Befreiungsorganisation mit dem Ziel aus, die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und der PLO, die allgemein als der einzige legitime Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt ist, zu untergraben.

Das in diesen Vereinbarungen enthaltene Projekt einer Selbstverwaltung, das von dem Volk in den besetzten Territorien abgelehnt wurde, stellt eine vollständige Negierung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes dar, die von den Vereinten Nationen anerkannt sind, und ist ein Versuch, eine Alternative zur PLO zu schaffen.

Die Konferenz weist hin auf die schwerwiegende Verschärfung der Lage im Libanon im Ergebnis dieser Vereinbarungen: die Schaffung eines „unabhängigen Staates“ in den von Israel im Südlibanon besetzten Gebieten durch isolationistische Kräfte und die erneute israelische Aggression gegen den Libanon.

Die Konferenz verurteilt entschieden dieses Separatabkommen und erklärt ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Maßnahmen, die auf dem Bagdader Treffen der arabischen Außen- und Wirtschaftsminister beschlossen wurden (Dokument des Bagdader Gipfels vom April d. J. siehe AIB 5/1979; d. Red.).

Die Konferenz erklärt weiterhin ihre Unterstützung für die arabischen Völker bei der Ablehnung dieser Vereinbarungen und in ihrem Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage der Verwirklichung der UN-Resolutionen.

Jürgen Ostrowsky

Radikalisierung unter Oberst Nguesso

„Die Linke triumphiert im Kongo“ — mit dieser Schlagzeile wartete das Magazin *Jeune Afrique* am 11. April d. J. über einem Bericht vom III. außerordentlichen Kongreß der Partei der Arbeit (PCT) der Volksrepublik Kongo auf. Gegenstand war die Bestätigung der Machtübernahme in der Partei sowie im Staat durch eine neue Führungsgruppe unter dem Obersten Denis Sassou-Nguesso. In der Tat: Die damit ausgedrückten politischen Veränderungen seit Jahresbeginn kennzeichnen den Beginn einer neuen Etappe der nationaldemokratischen Revolution des westafrikanischen Staates, der zwar fast 1,5 mal so groß wie die BRD ist (342 000 qkm), aber nur knapp 1,5 Mio Einwohner zählt.

Die Serie wichtiger politischer Ereignisse begann mit der Tagung des Zentralkomitees (ZK) der PCT vom 5.—8. Februar 1979, auf welcher der bisherige Staats- und Parteichef Yhomby Opango zum Rücktritt gezwungen und D. Nguesso zum neuen Staatspräsidenten vorgeschlagen wurde. Der III. außerordentliche Kongreß vom 26.—31. März d. J. — nach einer Reihe regionaler Konferenzen — bestätigte dies und wählte den bisherigen Verteidigungsminister Nguesso zugleich zum Parteivorsitzenden. Im Gefolge des Kongresses, auf einer ZK-Tagung im April, wurden Regierungsumbildungen sowie die Durchführung von Neuwahlen zu den Organen der Volksmacht (Nationale Volksversammlung, die Volksvertretungen in den Regionen und Distrikten) beschlossen; überdies wurde ein Entwurf einer neuen Verfassung diskutiert, die nach landesweiten Aussprachen am 8. Juli die Zustimmung von 96,9% der wahlberechtigten Bevölkerung erhielt und inzwischen in Kraft getreten ist. Mitte August d. J. wählten die 153 Abgeordneten der Nationalen Volksversammlung, in der die PCT mit 69 Mandaten die stärkste Fraktion stellt, Jean Ganga-Zanzou, Mitglied des Politbüros der PCT, zum Parlamentspräsidenten.

Krise nach M. Ngouabis Ermordung

Diese Serie politischer Entscheidungen soll eine Phase der kongolesischen Revolution beenden, die von schweren Krisenerscheinungen gekennzeichnet ist.

An ihrem Ausgangspunkt stand die Ermordung des damaligen Staatspräsidenten und Parteiführers Marien Ngouabi durch eine Verschwörung reaktionärer Gruppen im Lande mit imperialistischen Kräften im Ausland am 18. März 1977. Zwar wurden einige Umstände dieses Attentats nie ganz geklärt, fraglos handelte es sich indessen um den Versuch der nationalen und internationalen Reaktion durch diesen Mord an dem populären Führer der Volksrepublik die revolutionäre Entwicklung zu bremsen und das Land zu destabilisieren. Dies konnte verhindert werden. Dennoch geriet die VR Kongo in ihre schwerste Krise, seit mit dem Sturz des Regimes Massemba-Debat im August 1968 durch progressive Offiziere unter Führung Marien Ngouabis und Alfred Raouls die sozialistische Orientierung des Landes eingeleitet worden war.

Die Gründe liegen zum einen in den Auswirkungen der Unterentwicklung sowie der ökonomischen Sabotage des Landes durch den Imperialismus, zum anderen in Problemen, die Begleiterscheinungen und Resultate des revolutionären Prozesses selbst sind. Um die Mitte der 70er Jahre kam die Entwicklung



Oberst Denis Sassou-Nguesso, neuer Präsident der VR Kongo

der Revolution in eine Phase ernster Schwierigkeiten. Zwar gelang es der Regierung Ngouabi, sich gegen den Widerstand linksradikaler Gruppierungen (die am 22. Februar 1972 einen Putsch versuchten) zu konsolidieren und 1973 mit breiter Massenunterstützung eine Verfassung durchzusetzen sowie Massenorganisationen der Jugend und Frauen ins Leben zu rufen und die Gewerkschaften zu stärken; auf ökonomischem Gebiet stellten sich jedoch Fehlentwicklungen ein.

Die Entwicklungsstrategie der VR Kongo basiert darauf, die Industrie als (tendenziell) bestimmenden Faktor, die Landwirtschaft sowie die Rohstoffausbeutung (Bergbau) als Basis der ökonomischen Entwicklung anzusehen. Unter Bedingungen, unter denen das ausländische Kapital allein 60% der Industrie kontrollierte, andererseits die unterentwickelte Landwirtschaft nur 12% des Nettoinlandsprodukts erwirtschaftete (aber 60% der Bevölkerung umfaßte), mußte dies bedeuten, den staatlichen sowie den kooperativ organisierten Sektor auszubauen und insbesondere die Landwirtschaft umzuorganisieren und zu entwickeln. Diese Ziele schlugen sich im Dreijahresplan 1975—1977 nieder.

Tatsächlich wurde aber — trotz der Bildung z. B. von mehreren großen Staatsfarmen (die Mitte 1976 wieder aufgelöst wurden, weil sie extrem unrentabel arbeiteten) — der Akzent auf den Bergbau verlagert. Dort wiederum gab es Rückschläge vor allem bei wichtigen Pottasche-Abbau, weil die französischen Abnehmer Ende 1976 ihre Interessen aufgaben, da angeblich die Ausbeute unter der für profitabel erachteten Menge blieb. Ähnlich wurde die Erdölförderung von den beiden Gesellschaften

Elf Aquitaine (Frankreich) und Agip (Italien) von 1974 an künstlich niedriger als die Förderkapazität gehalten. Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten wirkten sich eine mangelnde Anzahl von Fachkräften in den Industriebetrieben, unrationales Wirtschaften mit finanziellen und Sachmitteln, Mängel in der Arbeitsdisziplin und — als Folge wie Ursache — Fehler in der Leitung der Wirtschaft negativ aus. Auf der politischen Ebene schlugen sich diese Entwicklungen in Unzufriedenheit, Fraktionskämpfen in der Parteiführung und in einem von linksradikalen Kräften ausgerufenen Massenstreik im März 1976 nieder. In dieser brisanten Situation zog die Partei- und Staatsführung bereits frühzeitig die notwendigen Konsequenzen: Die „Radikalisierung der Revolution“, vom Zentralkomitee Ende 1975 beschlossen, um die „Blockierung“ der Revolution zu überwinden, ging aus von einer massiven Kritik an Mißwirtschaft, Verschwendung und Führungsschwächen. Sie orientierte auf die verstärkte Einschränkung der Positionen des internationalen Kapitals, eine stärkere Unterstützung von landwirtschaftlichen Kooperativen und auf organisatorische Umstrukturierungen der Partei — die an einer mangelnden Öffnung zu den Massen hin litt. Ein außerordentlicher Parteikongreß im Frühjahr 1977 sollte diese Maßnahmen erörtern. Die Reaktion reagierte: Um den eingeschlagenen Kurs zu revidieren und die Revolution zu Fall zu bringen, ließ sie Marien Nguabi ermorden.

Die Militärkomitee-Führung unter Y. Opango

Ein Militärkomitee der Partei (CMP) übernahm die Staats- und Parteiführung. Zu seinem Vorsitzenden wählte das elfköpfige Gremium den Obersten Yhomby Opango.

Eine seiner ersten Maßnahmen war im April 1977 die Suspendierung der Nationalen Volksversammlung. Zwar erklärte das CMP es am 6. April zu seinen Zielen, die Partei zu sammeln, ihre Basis durch überzeugte Kämpfer zu verbreitern und ihre Verbindungen zu den Massenorganisationen zu festigen sowie die Grundzüge des letzten Planes weiter zu verfolgen — in der Praxis jedoch entwickelte sich die Lage anders.

Handelte es sich bei der Einsetzung des Komitees durch das Zentralkomitee der Partei für dessen und der Mitglieder der Partei Mehrheit um eine vorübergehende, auf eine außerordentliche Situation getroffene Maßnahme, so tendierte eine Gruppe des CMP zu der Auffassung, durch diese neue Institution die Partei und ihre Organisationen unauffällig auszuschalten und politisch „einschlafen“ zu lassen. Entscheidungen wurden ohne Diskussionen mit der Parteibasis getroffen. Die Folge war, daß die Partei selbst in Inaktivität versank, die Mitglieder demobilisiert wurden.

Der zweite Konfliktpunkt, der zwischen Partei, Massenorganisationen sowie einer Gruppe des CMP (zu der Nguesso gehörte) einerseits und der CMP-Führung unter Opango bestand, betraf die Frage, wie die sich weiter verschlechternde wirtschaftliche Lage zu meistern sei. Unter dem Druck ausländischer, speziell französischer Interessen plädierte die rechte Gruppierung für Konzessionen an das internationale Kapital und für weitgehend ineffektive Maßnahmen. Die Linke drang dagegen — unterstützt von den Massenorganisationen, zumal den Jugendlichen — auf die Verfolgung des Kurses der „Radikalisierung“. Yhomby Opangos revolutionäre Rhetorik konnte die Widersprüche nicht mehr überdecken. Die Inflation betrug 90 %, das Außenhandelsbilanzdefizit belief sich auf über 19 Mio Dollar, Staatsangestellte erhielten monatelang keine Gehälter. Dagegen stach der aufwendige Lebensstil des Staatspräsidenten kraß ab und wurde zum Gegenstand öffentlicher Kritik. Demonstrationen und Mißmut vor allem der Gewerkschaften und Jugendorganisationen richteten sich zunehmend gegen die Person Opangos. Die Auseinandersetzung innerhalb des Zentralkomitees und auf dem Parteikongreß endete mit dem Sieg der konsequenten Linken.

Der Parteikongreß setzte sich zwei Aufgaben: die „Immortalisierung“ (symbolische Unsterblichkeitsverleihung) Marien

Nguabis durch „die ideologische Klärung und Sicherung der Parteieinheit“, sowie die „Ergreifung entschlossener Maßnahmen in Richtung auf die Beschleunigung der ökonomischen und sozio-kulturellen Befreiung des Landes“. Ihre Konkretisierung erfuhren diese Ziele durch die Annahme mehrerer Dokumente — darunter dreier, die sich äußerst kritisch mit der Lage des Staates auseinandersetzten —, die auf die erneute Fortsetzung der mit der Verkündung der „Radikalisierung“ eingeleiteten Maßnahmen orientierten.

Die linke Remobilisierung

Politische Umstrukturierungen und Umbesetzungen begleiteten diese Beschlüsse. Erneut übernahm das Zentralkomitee der Partei die ihm zustehende Führungsrolle — erweitert um 35 neue Mitglieder aus Gewerkschaften, der Jugendorganisation und der Nationalen Volksarmee, nachdem 20 der bis dahin 45 Mitglieder nicht wiedergewählt wurden. Der Versuch, die Verbindungen der Partei zu den Massen und ihren Organisationen zu stärken, kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß sie sich aufgrund eines Beschlusses bemühen wird, eine Massenorganisation der Bauern zu bilden und damit eine ihrer größten Schwächen zu beseitigen.

Die vor der Kongolesischen Partei der Arbeit stehenden Probleme sind beträchtlich, insbesondere auf ökonomischem Gebiet. Dennoch läßt sich festhalten, daß die PCT mit den getroffenen Maßnahmen, die auf die Unterstützung der wieder mobilisierten Massen vor allem in den Städten rechnen können, einen entscheidenden Schritt getan hat. Sie geht — gewissermaßen als Erfüllung des Vermächtnisses Marien Nguabis — mit Verzögerung in die Etappe der Radikalisierung der Revolution. Zweifellos bedeutet der Sieg der Linken eine Stabilisierung und Klärung dieses Prozesses.

Die Form, in der er sich vollzog, kennzeichnet die gewachsene Reife der Partei. Dafür sprechen auch zwei weitere Ergebnisse des Kongresses: Zum einen die Rückkehr von Pierre Nzé ins Zentralkomitee, der 1976 ausgeschlossen worden war, und 1974 erklärt hatte: „Der Kongo ist noch kein sozialistisches Land. Er bereitet den Sozialismus vor“. Seine Wiederwahl spricht für Bemühungen, ultralinke Fehler zu vermeiden, die Entwicklung der Revolution ohne Überstürzung zu vollziehen. Zum anderen die völlige Rehabilitierung der Führer und Teilnehmer sowohl des „linken“ Putsches vom 22. Februar 1972 als auch des unter gleichen Vorzeichen ausgerufenen Streiks vom März 1976. Beide Personalentscheidungen entsprechen der Zielsetzung, möglichst alle revolutionären Kräfte in der gegenwärtigen Etappe zu vereinen, um die gestellten Aufgaben bewältigen zu können.

Die Klärung und Vertiefung des revolutionären Prozesses in der Volksrepublik Kongo ist einen wichtigen Schritt vorangekommen. Sie reiht sich ein in die ähnlich gearteten Entwicklungen anderer revolutionärer Länder Afrikas wie Äthiopien, Madagaskar, Benin, Moçambique, Angola.



Frauen im Befreiungskampf

Die Rolle der Frauen im Befreiungskampf im Südlichen Afrika, ihre Veränderung und die Widersprüche, die sich aus traditionellen Einstellungen und den Erfordernissen des Kampfes, aber auch den Erwartungen ergeben, welche die Frauen selbst an das Ergebnis des Befreiungskampfes stellen, sind Thema dieses Buches. Es enthält Interviews mit Aktivistinnen der verschiedenen Befreiungsbewegungen, Selbstdarstellungen und kurze analytische Beiträge.

edition südliches afrika 5
Hrsg.: Gottfried Wellmer,
ISBN: 3 921614 45 7
188 S., 38 Photos, DM 12,80

Informationsstelle Südliches Afrika,
Bücherstraße 14, 5300 Bonn

Michael Mohnke Vor dem VI. Gipfel

„Die vor einem Vierteljahrhundert gegründete Bewegung der blockfreien Staaten liegt in den letzten Zügen.“ (Frankfurter Rundschau, 12. 6. 1979). „Blockfreie gespalten“ (Süddeutsche Zeitung, 29./30. 7. 1978). „Die Krise der Gruppe der Nichtpaktgebundenen“ (Le Monde, Paris, 30./31. 7. 1978).

Es handelt sich hier um einen kleinen, aber typischen Ausschnitt aus der Begleitmusik bürgerlicher Kommentatoren zu den insgesamt fünf Tagungen, die das Koordinationsbüro der nichtpaktgebundenen Staaten zwischen dem V. Gipfel der Bewegung in Colombo (September 1976)¹ und dem VI. Gipfel in Havanna (Anfang September 1979) abhielt. Die Konferenzen des 25 Staaten umfassenden Koordinationsbüros tagten auf Außenministerebene in Neu Dehli (April 1977), Havanna (Mai 1978), Belgrad (Juli 1978), Maputo (Januar 1979) und Colombo (Juni 1979). Je näher der Havanna-Gipfel rückte, je konkreter sich folglich die Weichenstellungen für die Beschlüsse der VI. Gipfelkonferenz abzeichneten, desto intensiver wurde die Prophezie über den vermeintlichen Zerfallsprozeß dieser mit über 90 Mitgliedern umfassendsten staatlichen Bewegung unserer Zeit.

Realer Hintergrund derartiger Prophezie ist zwar nicht der Zerfall, wohl aber die in jüngster Zeit feststellbare Intensivierung der Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung über die politische und ideologische Grundorientierung der Nichtpaktgebundenheit. Dies ist selbst noch die zwangsläufige Konsequenz sozialer und klassenmäßiger Differenzierungsprozesse in der Dritten Welt, was seinerseits den Übergang der nationalen Befreiungsbewegung von der politischen zur sozialen Befreiung kennzeichnet. Allgemein gesagt, geht es darum, daß sich einerseits die einzelnen Komponenten des vielschichtigen und heterogenen Antiimperialismus, der seit ihrer Gründung in Bandung 1955 die Plattform der Nichtpaktgebundenen-Bewegung bildete, heute stärker als früher akzentuieren. Andererseits sind die Nichtpaktgebundenen auch verstärkten Einwirkungen von „außen“ ausgesetzt.

Wesentlicher Ausgangspunkt für die Intensivierung der Debatte über den Grundgehalt des Prinzips der Nichtpaktgebundenheit war die Stärkung des Gewichts der konsequent antiimperialistischen Gruppierung innerhalb der Bewegung durch die Neuaufnahme solcher Staaten wie Angola, Mocambique, Vietnam oder Laos. Da dies die Chance einer Vertiefung des antiimperialistischen Profils der Bewegung bei gleichzeitiger Verbreiterung ihres Umfangs, mithin also der Erhöhung ihrer antiimperialistischen Schlagkraft in der Weltpolitik bot, verstärkten sich auch die Versuche imperialistischer Kräfte, vermittels ihrer Verbündeten innerhalb der Bewegung Tendenzen der Spaltung und der Desorientierung der Nichtpaktgebundenen zu verstärken.

Diese Versuche laufen im wesentlichen über zwei Ebenen. Im Zuge der Reaktivierung offen interventionistischer Konzepte (vgl. die Ereignisse anlässlich der Aufstandsbewegung in Shaba/Zaire 1977 und 1978) soll der Bestand imperialistischer Positionen über die Formierung von Vasallenstaaten in Quasi-Militärblöcken (vgl. das Projekt einer „Panafrikanischen“ Einsatztruppe) gesichert werden. Auf der ideologischen Ebene werden Konzepte ermutigt, die das Prinzip der Nichtpaktgebundenheit auf einen scheinbar systemunspecifischen Neutralismus reduzieren. Beides zielt letztlich auf den Bestand der Bewegung, zumindest jedoch auf die Paralisierung ihrer aktiven Rolle in der Weltpolitik.

Auf der Gründungssitzung des beim Auswärtigen Amt gebildeten Arbeitskreises am 25. 6. 1979 Dritte-Welt-Politik etwa, die bezeichnenderweise die Situation innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zum Thema hatte, entwarf man ein Konzept, das die Nichtpaktgebundenen gerne als Stabilitätsgarant für das internationale Kräfteverhältnis sehen würde.² Es ist offensichtlich, daß damit vor allem die Festschreibung des gesellschaftlichen Status quo bezweckt ist.

Mit derartigen Vorstößen trifft sich ziemlich genau die Strategie der Pekinger Führer. Auch diese versuchen mit ihren zahlreichen Störversuchen letztlich die Bewegung der Nichtpaktgebundenen auf einen passiven Neutralismus zu drängen, dessen Hauptanliegen die Errichtung eines möglichst tiefen Walls zwischen der Dritten Welt und dem sozialistischen Lager ist. Da sich die Pekinger Führung inzwischen in allen Fragen der internationalen Klassenaueinandersetzung auf die Seite des Imperialismus geschlagen hat, ist es nicht verwunderlich, daß ihr die Hauptstadt Kubas als Tagungsort des VI. Gipfels ein besonderer Greuel ist.

Eine andere, für das Selbstverständnis vieler nichtpaktgebundener Staaten nicht unwichtige Position wird von Jugoslawien artikuliert. Diese Position, die sich in Punkten mit Auffassungen u. a. Nordkoreas oder Algeriens überschneidet, sieht in der



Fidel Castro auf dem IV. Nichtpaktgebundenen-Gipfel in Algier 1973 (L.); letztes Vorbereitungstreffen des Koordinationsbüros in Colombo im Juni d. J.

Überwindung der Militärblöcke die eigentliche Voraussetzung für die Entfaltung fortschrittlicher Entwicklungsprozesse in der Welt. Im Gegensatz zur westlichen und zur Pekinger Linie begreift sie die Politik der Nichtpaktgebundenheit sowohl von ihrem historischen Ursprung als auch von ihren aktuellen Aufgaben her als „eine mächtige Waffe in den Händen der Völker und Länder im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus“.³ „Den gesellschaftlichen Wert der Blockfreiheitspolitik sehen wir darin, daß deren Kampf für eine positive Veränderung der Welt einen objektiven und geeigneten Rahmen für den Kampf um eigenen Fortschritt und Unabhängigkeit der blockfreien Länder abgibt.“⁴

Dieser Antiimperialismus unterschätzt jedoch die Tatsache, daß die Gründung des Warschauer Vertrags (1955) lediglich die Antwort auf die Formierung des aggressiven NATO-Bündnisses (1949) war. Statt die Militärblöcke konkret nach ihrer Rolle im antiimperialistischen Kampf zu beurteilen, werden sie tendenziell nur von ihrer formalen Seite her betrachtet. Bündnisse der Nichtpaktgebundenen mit den sozialistischen Staaten werden deshalb von dieser Strömung als reaktionäre Bestrebungen zurückgewiesen, „die die Blockfreiheit in den Dienst eines Blockinteresses, und sei es auch sozialistisch gefärbt, stellen wollen.“⁵

Dies läuft jedoch in der Tendenz nicht nur auf eine schematische Gleichsetzung der Hauptkontrahenten der internationalen Klassenauseinandersetzung — imperialistische und sozialistische Hauptländer — hinaus, als könnten die beiden Blöcke losgelöst von ihren gesellschaftlichen Grundlagen beurteilt werden. Es verkennt auch, daß sich die Tendenz zum Zusammenwirken mit dem sozialistischen Lager auf der Grundlage der antiimperialistischen Orientierung der Nichtpaktgebundenen selbst entwickelt, mithin nicht Unterordnung unter ein abstraktes „Blockinteresse“, sondern gemeinsame objektive Interessenlagen in der Weltpolitik als solides Fundament des Zusammenwirkens hat.

Blockpolitik und antiimperialistische Einheit

Vor dem Hintergrund ihrer praktischen Erfahrungen wird diese Erkenntnis heute vor allem von solchen Ländern eingebracht, die im Prozeß ihrer eigenen Befreiung besonders harte Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus erlebt haben.

Nicht nur von Kuba und Vietnam werden die sozialistischen Länder als natürliche Verbündete der Nichtpaktgebundenen im antiimperialistischen Kampf begriffen. Auch die in seiner Eröffnungsrede auf dem Büro-Treffen von Maputo vom moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel geäußerte Position ist durchaus repräsentativ für eine stärker werdende Gruppierung innerhalb der Bewegung.

„Wir gewinnen auch an Kraft,“ sagte Machel, „weil die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder in der Lage war, Verbündete in anderen Friedens- und Fortschritt Kräften zu finden, mit denen sie in der antiimperialistischen Auseinandersetzung kämpfte . . . Die sozialistischen Länder standen auf unserer Seite und gaben uns politische, diplomatische und militärische Unterstützung in den bewaffneten nationalen Befreiungskämpfen; sie gaben uns entscheidende Unterstützung im bewaffneten Kampf der Völker von Angola, Moçambique und Guinea-Bissau. In einem kritischen Moment des Schicksals von Angola gewährten die sozialistischen Länder die Unterstützung und die notwendigen Mittel, um die territoriale Integrität Angolas zu schützen, die Früchte des bewaffneten Kampfs für nationale Befreiung zu bewahren und die südafrikanische Invasion zu vereiteln. Zu jeder Zeit waren und sind die sozialistischen Länder unser verlässlicher Rückhalt . . . Die Eliminierung der Blockpolitik, die wir alle wollen und für die die Bewegung steht, wird als ein Ergebnis unserer Einheit und der Stärke der antiimperialistischen Bewegung erreicht werden . . . Unsere Einheit und unsere Allianz mit den anderen fortschrittlichen Kräften

wurde erreicht, weil wir den gemeinsamen Feind definierten, dem wir uns gegenübersehen, einen sehr konkreten Feind, einen Feind, der unterdrückt und ausbeutet auf sehr offene Weise . . . Der Imperialismus ist unser Feind, unser ökonomischer, politischer, militärischer und kultureller Feind. Diese klare Definition des Feines, zusammen mit unserer Einheit, ist der Schlüssel zu unserer Stärke und dem steten Anwachsen unserer Bewegung.“⁶

Es ist ein klares Zeichen für die Richtung, in die sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Nichtpaktgebundenen-Bewegung heute entwickeln, daß dies keine Positionen einzelner Länder mehr sind, sondern — wenn auch in abgeschwächter Form — bereits Eingang in Konsensdokumente gefunden haben. Die nachfolgend auszugsweise dokumentierte Deklaration von Maputo vom Januar 1979 beispielsweise benennt den Imperialismus als Hauptursache von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid. Sie drückt ihre Anerkennung für die Unterstützung und die Hilfe der sozialistischen Länder und aller demokratischen und friedliebenden Kräfte für den Kampf der Völker Zimbabwes, Namibias und Südafrikas aus. Zudem stimmten die Delegierten der Tagung darin überein, die Machel-Rede zum offiziellen Dokument der Konferenz zu erklären.

Tagesordnung für Havanna

Auch die Versuche, Kuba und Vietnam als Exponenten eines konsequent antiimperialistischen Kurses aus der Bewegung der Nichtpaktgebundenen hinauszudrängen, sind abgeschlagen worden. Stellten Ägypten und Somalia noch vor dem Belgrader Treffen vom Juli 1978 einen Ausschlußantrag gegen Kuba, so wird in Havanna — ein Ergebnis der letzten Tagung von Colombo im Juni 1979 — über den Ausschluß Ägyptens wegen seiner Separatpolitik im Nahostkonflikt entschieden werden. Auch das Problem der Vertretung des Volkes von Kampuchea nach der Vertreibung der Pol Pot-Clique wird in Havanna einer prinzipiellen Klärung zugeführt werden müssen.

Im Mittelpunkt der Debatte jedoch — so steht zu hoffen — werden in Havanna die brennendsten Probleme der Weltpolitik stehen, so wie sie im Tagesordnungsentwurf, den das Colombo-Treffen beschlossen hat, festgehalten sind. Vom Südlichen Afrika über die Palästina- und die Westsaharfrage, die Situation in Lateinamerika (besonders Chile und Nikaragua), die Zypernfrage, das Koreaproblem, die Spannungssituation in Südostasien bis hin zur Aufgabe, die Mittelmeerregion und den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens und der Zusammenarbeit zu machen, stehen auf dieser Tagesordnung praktisch alle Themen der Weltpolitik, die die Nichtpaktgebundenen unmittelbar betreffen. Großes Gewicht wird auch die Frage der Fortführung des Entscheidungsprozesses und seine Ausdehnung auf die Dritte Welt, die Frage des Fortgangs der Abrüstungsinitiativen, darunter die Überprüfung der Ergebnisse der von den Nichtpaktgebundenen mitinitiierten UN-Sondertagung über Abrüstung, haben.

In engem Zusammenhang damit steht die für Havanna anvisierte Erstellung von Vorschlägen zu einer Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade im Rahmen der UNO (1980—1990). Von besonderer Bedeutung ist hier auch die vorgesehene Überprüfung der Umsetzung des auf dem Colombo-Gipfel 1976 verabschiedeten Programms über ökonomische Zusammenarbeit.⁷

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu: AIB 9/1976, S. 30—33
- 2) Siehe: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 84/28. 6. 1979, S. 84
- 3) Dokumentation einer ZK-Tagung des Bundes der Jugoslawischen Kommunisten, in: Internationale Politik, Belgrad, 20. 4. 1979, S. 14
- 4) Ebenda, S. 15
- 5) Ebenda
- 6) Nach: Granma, Havanna, 11. 2. 1979
- 7) Wortlaut in: AIB 9 und 11—12/1976

Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen

Erklärung von Maputo

(. . .)

I. Einleitung

7. Die Tagung wurde ausschließlich abgehalten, um die Lage im Südlichen Afrika zu erörtern und um die gemeinsame Solidarität und die tatkräftige Unterstützung der nichtpaktgebundenen Länder für die Völker des Südlichen Afrikas zu erneuern in dieser kritischen und entscheidenden Phase ihres Kampfes, um sich von Kolonialismus, Rassismus, der Rassendiskriminierung und der Apartheid zu befreien und um ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit zu erringen.

8. Die Tagung gab den nichtpaktgebundenen Ländern eine einmalige Gelegenheit, die Aufmerksamkeit verstärkt zu lenken auf die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem tapferen Kampf für die Befreiung Zimbabwes und Namibias, und mit den Frontstaaten, die sich einer fortwährenden Aggression von Seiten der rassistischen Kolonialregimes gegenübersehen, sowie für die vollständige Identifizierung mit dem Kampf, der sich in Südafrika entwickelt, für die vollständige Beseitigung der Apartheid — die allgemein als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt wird — und für die schnelle Errichtung einer wahrhaftigen Mehrheitsregierung. (. . .)

II. Die Lage im Südlichen Afrika

19. Das Büro hat die Lage im Südlichen Afrika umfassend analysiert. Das Südliche Afrika ist die Region, wo der Imperialismus, indem er seine letzten Bastionen — die kolonialen Rassen- und Apartheidregimes — benutzt, die Völker von Zimbabwe, Namibia und Südafrika den schändlichsten Formen der Aggression, Unterdrückung und Ausbeutung aussetzt mit dem Ziel, seine diversen Interessen zu sichern, einschließlich seiner wirtschaftlichen Interessen in der Region. Es werden Operationen militärischer und anderer Art gegen die anliegenden souveränen Staaten unternommen und dadurch der Friede und die internationale Sicherheit ernsthaft gefährdet.

20. Für das Überleben und die Entwicklung der großen Monopolgruppen verstärkt der Imperialismus immer mehr seine verwerfliche Ausbeutung der Völker und Reichtümer des Südlichen Afrika. Andererseits garantieren die rassistischen und illegalen Minderheitsregimes im Südlichen Afrika die politische, militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft des Imperialismus in der Region; sie werden finanziell, technologisch, materiell und politisch von bestimmten westlichen und anderen Ländern gestärkt, was ein Anwachsen der Aggressionskapazität dieser Regimes zur Folge hat.

21. Das Büro schätzte ein, daß die militärische und technologische Hilfe und die wirtschaftliche, politische und diplomatische Unterstützung, die der Imperialismus den rassistischen Minderheitsregimes zukommen läßt, die einzigen Faktoren sind, die es ihnen erlauben, ihre rassistische, kolonialistische und Apartheid-Politik fortzusetzen und daß deren Aggressionsakte eine offene und bewußte Verletzung der Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen sowie der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und von allem darstellen, wofür die Vereinten Nationen stehen.

22. Als Antwort auf diese Lage kämpfen die Völker von Zimbabwe, Namibia und Südafrika für die Erringung ihrer unveräußerlichen Rechte auf Selbstbestimmung, umfassende und vollständige Unabhängigkeit, auf Fortschritt und Frieden, sowie für die freie Wahl ihrer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung.

23. Das Büro beobachtete mit Zufriedenheit, daß der Kampf einen immer günstigeren Aufschwung nimmt dank der Änderung des Kräfteverhältnisses in der Region zugunsten der Völker und ihrer nationalen Befreiungsbewegungen. Das Büro schätzte ein, daß der entsprechende Faktor bei dieser Veränderung die militärische Niederlage sei, die dem portugiesischen Kolonialismus von den Völkern Angolas, Moçambiques und Guinea-Bissaus nach einem langwierigen und harten bewaffneten nationalen Befreiungskampf zugefügt worden ist. Diese Niederlage gab den Kolonialvölkern Auftrieb, indem sie ihnen neues Vertrauen in ihre Fähigkeit, die mächtigen Kolonialheere auf dem Schlachtfeld zu besiegen, einflößte. Andererseits verloren die Imperialisten mit dieser Niederlage einige ihrer strategischen Basen. Konfrontiert mit dem Willen und der Entschlossenheit des Volkes, für seine Freiheit zu kämpfen, sahen sich die Imperialisten gezwungen, zu einer

neuen Strategie zu greifen, um den Schwung des Kampfes zu behindern und um ihre Interessen in der Region zu wahren.

24. Das Büro schätzte ein, daß ein anderer wichtiger Beitrag zu dieser Veränderung der Sieg des angolischen Volkes über das Heer des rassistischen Regimes von Südafrika war, als dieses eine offene Aggression gegen es durchführte. Der Sieg des angolischen Volkes war ein harter Schlag für die imperialistischen Kräfte im Südlichen Afrika und ermunterte die Völker der Region, die Angriffe gegen die noch bestehenden Vorposten des Kolonialismus und des Rassismus zu verstärken.

25. Der Sieg Angolas und Moçambiques, die Erringung ihrer nationalen Unabhängigkeit und die Errichtung von Regierungen und politischen Systemen in diesen Ländern, die frei von ihren Völkern gewählt worden sind, haben zu einer größeren Konsolidierung der Staaten im Südlichen Afrika beigetragen und so das sichere Hinterland für die nationalen Befreiungsbewegungen erweitert.

26. Das Büro bemerkte, daß in Übereinstimmung mit der Initiative der nichtpaktgebundenen Länder, die Organisation für Afrikanische Einheit, die Vereinten Nationen, die sozialistischen Länder und alle fried- und freiheitsliebenden Länder und Kräfte der ganzen Welt ihre Unterstützung und Hilfe angeboten haben, was zu den Siegen der afrikanischen Länder beigetragen hat. Das Büro drückte seine Anerkennung für diese aktive Solidarität aus und hob mit Zufriedenheit alle Arten der Hilfe hervor, besonders an Materialien, Ausrüstungen und Ausbildungseinrichtungen, die diese Länder zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Fähigkeiten der nationalen Befreiungsbewegungen zu erhöhen, einen erfolgreichen Befreiungskampf zu führen, und die Verteidigungsfähigkeit aller Frontstaaten zu verstärken, um ihre wahre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu sichern.

27. Das Büro analysierte die Tätigkeit der imperialistischen Kräfte und besonders diejenige bestimmter Mächte, die schon seit einiger Zeit mit dem Regime Südafrikas und dem der britischen Kolonie Südrhodesien Verpflichtungen eingegangen sind.

28. Das Büro schätzte ein, daß sich die imperialistischen und kolonialistischen Kräfte entschlossen der wirklichen Unabhängigkeit der Region widersetzen, da sie sie ja als eine unmittelbare Bedrohung ihrer Pläne-Verewigung der ungehemmten wirtschaftlichen Ausplünderung und militärischen Beherrschung des Subkontinents — betrachten. Deshalb wird auch der Kampf für die Freiheit, einschließlich des bewaffneten Kampfs, unterminiert, der sich in Namibia und Zimbabwe entwickelt hat und der gerade in Südafrika selbst Auftrieb erhält, um den Völkern dieser Länder ihren unvermeidlichen Sieg zu entreißen.

29. Die imperialistischen Mächte nehmen Zuflucht zu hinterhältigen Machenschaften wie der „Internen Lösung“, wobei sie Marionetten-Cliquen organisieren, Stammesheere schaffen und einige Neger zu Repräsentanten und direkten Agenten ernennen, um so die Illusion einer repräsentativen Regierung zu schaffen, die sie damit zu rechtfertigen versuchen, daß ihr Ziel die Abschaffung der Rassenregimes sei. In Wirklichkeit richtet sie sich auf die Festigung ihrer Eigeninteressen, auf die Fortführung der Unterdrückung und Ausbeutung, der Teilung und der Schwächung der vereinigten Front der Kämpfer für die Freiheit, ihrer festen Verankerung im Volk und der Unterstützung und Solidarität, die ihr gerechter Kampf weiterhin bei den demokratischen, fried- und freiheitsliebenden Kräften und Staaten in der internationalen Gemeinschaft hervorruft. Diese Machenschaften sind zu Recht an der zunehmenden Kraft und festen Entschlossenheit der Befreiungsbewegungen und an dem festen und konsequenten Engagement und der Unterstützung, welche die Bewegung der Nichtpaktgebundenen erwiesen hat, gescheitert.

30. Die Mächte, die Vorschläge für eine friedliche Lösung in Zimbabwe und Namibia vorgelegt hatten, revidierten ihre Pläne systematisch und einseitig, als sie feststellten, daß sie anfangen, konkrete Gestalt zum Nachteil der rassistischen Minderheitsregimes und der großen Monopole anzunehmen. Durch wiederholtes Verändern ihrer Unterstützung zwischen interner und internationaler Lösung benutzten die Imperialisten nacheinander die eine oder andere Lösung, in der Absicht, nicht die Initiative gegenüber den Befreiungskräften zu verlieren und um die entscheidende Rolle des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung in Abrede zu stellen.

31. Die Absichten der rassistischen Regimes der imperialistischen

Mächte sind:

- die unterdrückten Massen zu zwingen, ihren Kampf aufzugeben;
- ihre Unterdrückung und Ausbeutung zu festigen;
- den Prozeß der zunehmenden internationalen Isolierung von Salisbury und Pretoria aufzuhalten.

32. In seiner Analyse schätzte das Büro ein, daß die Beendigung dieses Teufelskreises von der Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes abhängt, der von der Patriotischen Front Zimbabwes und von der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.) in Namibia geführt wird. Insbesondere dieser Kampf hat nach und nach die Wirksamkeit der feindlichen Machenschaften verringert, die Marionetten in Mißkredit gebracht und demaskiert.

33. Die rassistischen Heere, unterstützt von Söldnern und von Gruppen, die von den imperialistischen Mächten aufgestellt wurden, vervielfältigten ihre Angriffe und Aggressionsakte gegen die Frontstaaten.

34. Das Büro schätzte ein, daß die ständige Bereitschaft der Imperialisten, die Militärarsenale der kolonialistischen und Apartheid-Regimes im Südlichen Afrika zu vermehren, indem sie ihnen die nötige Technologie und die nötigen Mittel für die Entwicklung nuklearer Waffen gewähren, sich offen gegen die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft richtet, das Wettrüsten zu beenden und die internationale Entspannung zu vermehren. Hierfür tragen die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, des Vereinigten Königreichs (Großbritannien), Frankreichs und Israels eine besondere Verantwortung.

35. Das Büro verurteilte zum wiederholten Male die wachsende politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit innerhalb der rassistischen Achse, die aus Südafrika, Rhodesien und Israel besteht, und die schon mehrmals von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verurteilt worden war. Es unterstrich, daß die israelische Unterstützung Südafrikas und Rhodesiens diesen gestattet, ihre wachsende militärische Aggressionsfähigkeit und ihre Maschinerie zur Unterdrückung und Ausbeutung auszubauen. Besonders verurteilte das Büro die nukleare Zusammenarbeit zwischen den rassistischen Regimes in Israel und Südafrika, die eine schwere Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit auf der Welt darstellt.

36. Der Gebrauch des Vetos seitens der Imperialisten unterstreicht diese neue Art von Verschwörung, um die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu behindern, und dadurch die fortwährende Anwesenheit der multinationalen Gesellschaften zu ermutigen, die ihrerseits immer mehr in das Militärprogramm des Regimes von Pretoria einbezogen werden. Die Instandsetzung des Regimes, die es ihm ermöglicht, die ausländischen Gesellschaften zu verpflichten, strategische Produkte herzustellen, ist ein Beispiel für den Anfang eines Prozesses, der zur direkten oder indirekten militärischen Intervention zur Verteidigung des Regimes von Pretoria-Salisbury führen könnte.

37. Das Büro begrüßt die kürzlich im Iran unternommene Aktion, einen Ölboykott gegen die rassistischen Regimes in Südafrika, Rhodesien und Israel zu verhängen; es rief alle erdölexportierenden Länder dazu

auf, den Export von Erdöl für diese Regimes vollständig einzustellen, falls sie es noch nicht getan hätten.

38. Schließlich bemerkte das Büro, das trotz der Aggressivität der rassistischen Minderheitsregimes die Völker des Südlichen Afrika sich immer mehr ihres Kräftezuwachses bewußt werden, und den Kampf heldenhaft verstärken, wobei sie den Feind in aufeinanderfolgenden Schlachten schlagen.

39. Das Büro verurteilte die Verbindungen, die von bestimmten Lateinamerikanischen Ländern mit dem rassistischen Regime Südafrikas errichtet wurden, und deren Absicht, diese Verbindungen zu verbreitern.

40. Das Büro gelangte zu dem Schluß, daß das Südliche Afrika einer der zentralen Spannungsherde in den internationalen Beziehungen und den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Kräften der Aggression und den Kräften der Befreiung, des Fortschritts und des Friedens darstellt. Das sog. Verteidigungsgesetz, das jüngst vom Regime in Pretoria verabschiedet wurde, und nach dem man sich das Recht auf Intervention in allen afrikanischen Staaten anmaßt, ist Teil dieser imperialistischen Globalstrategie, die eine schwere Bedrohung für den ganzen afrikanischen Kontinent und für den Weltfrieden darstellt.

41. Alle Mitglieder der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und alle demokratischen fried- und freiheitsliebenden Länder und Kräfte auf der ganzen Welt müssen, als zwingende Priorität, Hilfe gemäß den Bedürfnissen der Befreiungsbewegungen und der Frontstaaten geben, deren Kampf in letzter Konsequenz für den Kampf aller Völker der Welt für die nationale Unabhängigkeit, den Fortschritt und gegen die Ausbeutung und alle Formen fremder Herrschaft steht. (. . .)

VI. Die Frontlinienstaaten

(. . .)

79. Die Minister schätzten ein, daß die VI. Gipfelkonferenz von Havanna (Kuba) in einem entscheidenden Augenblick für den Befreiungskampf im Südlichen Afrika stattfinden wird, und daß sie ein geeignetes Forum auf höchster Ebene der nichtpaktgebundenen Länder darstellen wird, um die Beschlüsse, die auf der außerordentlichen Sitzung des Koordinationsbüros der nichtpaktgebundenen Länder auf Außenministerebene in Maputo angenommen wurden, einzuschätzen und in die Praxis umzusetzen.

80. Das Büro beschloß, seinen Präsidenten, den Minister für Auswärtige Angelegenheiten von Sri Lanka, aufzufordern, daß die in Maputo angenommene Schlußerklärung als offizielles Dokument der Vollversammlung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates verbreitet werde.

81. Das Büro nahm mit großer Befriedigung das Angebot Indiens an, 1981 nach der VI. Gipfelkonferenz als Sitz der Konferenz der Außenminister zu fungieren.

Der Kampf geht weiter!

(Quelle: Bohemia, Havanna, Nr. 11/16. 3. 1979, S. 32—37)

BRD - Neokolonialismus

Rainer Falk

Offergelds Variante

In AIB 7—8 bis 10/1978 brachten wir als Einstieg unserer Serie BRD Neokolonialismus einen Überblicksartikel unter dem Thema BRD-Expansion in die Dritte Welt, der die Geschichte der bundesdeutschen Entwicklungspolitik nachzeichnete. Erst in Umrissen war damals die Bedeutung auszumachen, die der Übernahme des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) durch Rainer Offergeld Ende 1978 zukommen sollte. Anknüpfend an den Einleitungsbeitrag der AIB-Serie werden nachfolgend die Akzentsetzungen der Offergeld'schen Entwicklungspolitik an Hand der Ende Mai 1979 veröffentlichten entwicklungspolitischen Thesen der Bundesregierung eingeschätzt.

In der Entwicklungspolitik scheint ein besonders schneller Verschleiß von Konzepten und Strategien stattzufinden. Dies hängt — zum Teil — damit zusammen, daß die Entwicklungspolitik

von ihrer Funktions- und Aufgabenbestimmung her, globale Systemsicherung zu betreiben, darauf angewiesen ist, politische und gesellschaftliche Veränderungen in der Dritten Welt möglichst umgehend zu verarbeiten. In diesem Kontext sind auch die am 30. Mai 1979 vom Bundeskabinett beschlossenen 17 Thesen zur „Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“¹ zu sehen.

Unter allen grundsätzlichen entwicklungspolitischen Dokumenten, die die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren verabschiedete, besitzen diese Thesen die mit Abstand geringste Originalität. Die 1971 verabschiedete entwicklungspolitische SPD/FDP-Konzeption fixierte den integrativen Sozialreformismus Erhard Epplers. Im Juni 1975 signalisierten die „Gymnicher Thesen“² bereits die Abkehr von der entwicklungspolitischen Reformeuphorie und bereiteten programmatisch die im

Herbst 1975 vollzogene Neuformulierung der entwicklungspolitischen Konzeption vor. Stand Epplers Name für eine Politik der materiellen Zugeständnisse an die Entwicklungsländer im Interesse der langfristigen Integration der Dritten Welt in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem, so symbolisierte sein Nachfolger Egon Bahr als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Anpassung der entwicklungspolitischen Leitlinien an die Krisensituation der kapitalistischen Weltwirtschaft und die aktuellen Expansionsinteressen des westdeutschen Kapitals.

Nachdem es unter der Ägide Marie Schleis (von 1976 bis 1978 Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit) zu einer vorübergehenden Neubelebung sozial-reformerischer Momente in der Entwicklungspolitik gekommen zu sein schien, knüpfen die Thesen Rainer Offergelds, der seit 1978 an der Spitze des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) steht, an die 1974/75 eingeleitete Prioritätensetzung an und konkretisieren diese.

In den vorliegenden Thesen tun sich Widersprüche auf, von denen die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik seit jeher gekennzeichnet ist. So heißt es in These 2: „Bestimmendes Ziel der Entwicklungspolitik bleibt die langfristige Friedenssicherung durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Entwicklungsländer. Die Entwicklungspolitik unterstützt die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt. Die Bundesregierung spricht sich gegen die Errichtung von Einflusssphären auswärtiger Mächte aus.“ Gleich im Anschluß an dieses wohlklingende Bekenntnis zu Unabhängigkeit und umfassender Souveränität heißt es jedoch bereits einschränkend: „Die zunehmende Verflechtung der Wirtschaften der Industrieländer und der Entwicklungsländer führt zu größerer gegenseitiger Abhängigkeit (!) . . . Das Wachstum der Industrieländer und das Wachstum der Entwicklungsländer sind unauflösbar miteinander verbunden.“ (These 3)

Bonn als Verfechter nationaler Unabhängigkeit?

Überprüft man den Realitätsbezug der beiden Eingangsthesen, so enthüllt allein der Verweis auf das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung auf den UN-Konferenzen über eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung das Bekenntnis zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Dritten Welt als bloße Rhetorik. Die These von der „gegenseitigen Abhängigkeit“ suggeriert demgegenüber gerade, man habe es mit einer wachsenden Verunmöglichung echter Souveränität im Rahmen des gegebenen Weltwirtschaftssystems zu tun. Sie gibt vor, daß angesichts „wachsender Interdependenz“ kapitalistische Industrieländer wie Entwicklungsländer gleichermaßen aufeinander angewiesen seien.

Wenngleich hier zumindest an reale Gegebenheiten des bestehenden weltwirtschaftlichen Systems angeknüpft wird, ist jedoch nicht zu verkennen, daß reale Abhängigkeiten ideologisch verschleiert werden. Der Nutzeffekt der Interdependenz-These für imperialistische Strategien in der gegenwärtigen Situation liegt gerade darin, daß erstens die untergeordnete Stellung der Entwicklungsländer im System der kapitalistischen Weltwirtschaft vertuscht wird, indem ein symmetrisches Gleichgewicht zwischen den einzelnen Ländergruppen unterstellt wird. Zweitens erscheinen alle Bestrebungen in Richtung auf eine Reduzierung der einseitigen Abhängigkeit von den entwickelten kapitalistischen Zentren als perspektivlos.

Die Interdependenz-These beruht letztlich auf einer vorge-täuschten Interessenübereinstimmung zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern, was zur Verkopplung der Wachstums- und Entwicklungschancen der Dritten Welt mit der wirtschaftlichen Prosperität in den kapitalistischen Zentren führt. Hatte dies in der Eppler-Phase die Funktion, Illusionen über die harmonisch-kooperative Durchsetzbarkeit von Systeminteressen zu befördern, so dient es heute nur noch als ideologischer Kampfbegriff der westlichen Regierungen ge-

gen solche Forderungen, die — angesichts der ungleich stärkeren Betroffenheit der Entwicklungsländer von der kapitalistischen Krise der Weltwirtschaft — auf die Überwindung ihrer untergeordneten Position abzielen.

Die Thesen bestätigen erneut, daß die Bundesregierung unter dem zweifachen Druck eines verengten ökonomischen Manövrierspielraums im Innern und dem vehementer gewordenen Verlangen nach ökonomischer Unabhängigkeit im Bereich der Weltwirtschaft zu einer Veränderung ihrer neokolonialistischen Konzeption übergegangen ist. Nunmehr ist die Positionssicherung für die multinationalen BRD-Konzerne und die Erweiterung ihres Expansionsradius nicht nur langfristig, sondern unmittelbar und aktuell in den Mittelpunkt gerückt. „Die Bundesregierung weist mit Nachdruck,“ so heißt es in These 9 in fast wörtlicher Übereinstimmung mit den Gymnich-Thesen, „auf die Bedeutung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit für den wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer hin. Sie unterstützt dies durch den Ausbau ihres Förderungsinstrumentariums. Sie betont die Notwendigkeit einer ständigen Verbesserung des Investitionsklimas in den Entwicklungsländern . . .“

Privatmonopolistische Akzente

Die sich hierin ausdrückende Anpassung der entwicklungspolitischen Konzeption an die Expansionsinteressen des Monopolkapitals der Bundesrepublik kann — in Anlehnung an Jung³ — als privatmonopolistische Variante in der Entwicklungspolitik interpretiert werden. Diese besteht im wesentlichen darin, daß unter dem Vorrang der ökonomisch-politischen Positionserweiterung des BRD-Imperialismus und angesichts sich verschärfender Auseinandersetzungen sowohl auf der Ebene der zwischen-imperialistischen Konkurrenz als auch zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern der weitgehende Verzicht auf ein Konzept umfassender ökonomischer Staatstätigkeit in Form der Entwicklungshilfe geboten erscheint. Für die Entwicklungspolitik heißt dies:

1. Die direkte Förderung der Kapitalexpansion in die Dritte Welt wird immer mehr zum dominierenden Moment, während früher der Hauptakzent auf der durch Staatsaktivität vermittelten Schaffung allgemeiner Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für das private Kapital lag. Die im März 1979 verabschiedete Novelle zum Entwicklungsländer-Steuergesetz⁴ hat neben der Förderung privater Kapitalanlagen zum Ziel, zur Rohstoffsicherung der Bundesrepublik mittels privatem Kapitalexport beizutragen⁵.

2. In engem Zusammenhang damit steht die staatliche Finanzierung von Exportaufträgen der westdeutschen Konzerne über die Entwicklungshilfe. Wenngleich mit Ausnahme von gefährdeten Branchen (z. B. Stahlindustrie und Schiffsbau) an der prinzipiellen Lieferungsgebundenheit der westdeutschen Entwicklungshilfe festgehalten wird, so ist der Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Exportförderung das durchgehende Argumentationsmuster, wenn es um die Erhöhung der Leistungen geht.

Bei dem Bundestagshearing zum Thema „Nord-Süd-Verflechtung“ im Mai 1979 bemühten sich die Vertreter der etablierten und systemtreuen Wissenschaft den Bonner Politikern einsichtig zu machen, daß eine Steigerung der Entwicklungshilfe mittelbare oder unmittelbare Wachstumseffekte für die BRD-Wirtschaft mit sich bringe. So populär eine solche Argumentation in wirtschaftlichen Krisenzeiten auch ist, so übersieht sie doch, daß staatliche Ausgaben in diesem Bereich zunächst nichts weiter als über den Steuerhaushalt umverteilte, schon existierende Kaufkraft sind. Schon deshalb ist auch der Beitrag der Entwicklungshilfe zur Sicherung der westdeutschen Arbeitsplätze fraglich.

3. Daß solche Argumentationen ohnehin an Grenzen stoßen, ist bei den jüngsten Debatten um die Aufstockung des entwicklungspolitischen Etats erneut deutlich geworden. Die jetzt be-

schlossene Erhöhung um 12,5 % für 1980 liegt zwar wieder über den durchschnittlichen Steigerungsraten des Gesamtertrags, entspricht jedoch nicht dem von der „entwicklungspolitischen Lobby“ geforderten verbindlichen Stufenplan, mit dem das UN-Ziel von 0,7 % des Bruttosozialprodukts bis Anfang der 80er Jahre erreicht werden sollte. Dies zeigt, wie schwer es ist, die von der Bundesregierung seit der Krise 1974/75 verfolgte restriktive Haushaltspolitik auch nur in einem Teilbereich zu durchbrechen.



Entwicklungsminister Rainer Offergeld

Wesentlich aber für eine grundsätzlichere Beurteilung dieser Ereignisse im Zusammenhang mit der These von der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante ist, daß seit 1974 der Anteil der staatlichen Mittel am gesamten Nettofluß aus der Bundesrepublik überhaupt im Sinken ist. Die privaten Kapitalexperte (Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen) der BRD in die Entwicklungsländer übersteigen heute die staatliche Entwicklungshilfe um mehr als das Doppelte: Der Anteil des staatlichen Kapitalexperts am gesamten Mittelfluß machte 1977 nur noch 21,1 % aus (1973 noch 73,6 %). Der Anteil der privaten Kapitalexperte ist demgegenüber auf 52,3 % angewachsen (1973 noch etwa 25 %).⁶ Dem entspricht die Tendenz der Privatmonopole, den Warenexport immer stärker durch die unmittelbare Produktion vor Ort zu ersetzen, die heute schon den Umfang des Warenexports erreicht haben dürfte.⁷

4. Unter diesen Rahmenbedingungen werden freilich die sozialintegrativen Momente der Entwicklungspolitik immer stärker zurückgedrängt bzw. ad absurdum geführt. Bereits das zweite Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des BMZ von 1977 hatte ein völliges Fiasko des zum entwicklungspolitischen

Hauptanliegen erklärten Konzepts, vorrangig eine Befriedigung der Grundbedürfnisse anzustreben, konstatiert.⁸ Auch im „neuen“ Grundbedürfniskonzept der Bundesregierung, das Ende 1978 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde⁹, sind nicht die Ursachen der Unterentwicklung, sondern deren Auswirkungen und Erscheinungen der Ansatzpunkt.

Ihr strategisches Hauptziel, die Integration der Entwicklungsländer in die kapitalistische Weltwirtschaft zu sichern und ihren Übergang zu nichtkapitalistischen Vorstellungen zu verhindern, versucht die westdeutsche Entwicklungspolitik heute stärker denn je durch einen „differenzierten“ Einsatz ihrer Instrumente zu erreichen. „Die Bundesregierung trägt bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der differenzierten Entwicklung der Dritten Welt Rechnung.“ (These 6)

Das Grundbedürfnis- und Schwellenländerkonzept

Bei den relativ fortgeschrittenen Entwicklungsländern (den sog. Schwellenländern¹⁰ ist die traditionelle Entwicklungshilfe nur noch als Kompensationsmechanismus „sozialer und wirtschaftlicher Engpässe“ (These 6) gefragt. Bei der Deckung ihres Finanzbedarfs „spielt die privatwirtschaftliche Zusammenarbeit die größte Rolle.“¹¹ „Die öffentliche Hilfe, für die noch Raum und Bedarf besteht, erleichtert den Übergang zu den neuen, mehr privatwirtschaftlichen Formen der Zusammenarbeit.“¹² Entsprechend steht hier die Kombination staatlicher und privater Instrumente (Mischfinanzierung) und die direkte Stimulierung des privatmonopolistischen Kapitalexperts (über Bundesgarantien, Exportkredite, steuerliche Hilfen, die Tätigkeit der Deutschen Entwicklungsgesellschaft) im Vordergrund.

Die Funktion der staatlichen Entwicklungshilfe, dem privaten Kapital den Boden zu bereiten und sich somit langfristig überflüssig zu machen, gehörte von jeher zu den Maximen neokolonialistischer Strategien. Neu ist hier jedoch, daß Bonner Entwicklungspolitiker inzwischen offensichtlich davon ausgehen, daß in einer Reihe von Ländern die privatmonopolistische Durchdringung immer mehr das Hauptinstrument ihrer Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft bildet. Es versteht sich, daß unter diesen Bedingungen die traditionelle ökonomische Staatstätigkeit der Metropolen in den Entwicklungsländern an Bedeutung verlieren muß.

Bei einem anderen Teil der Entwicklungsländer, vornehmlich den 28 am schwächsten entwickelten Ländern (LLDC's) sind jedoch diese Voraussetzungen für die volle Integration in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem über den privatmonopolistischen Hebel noch nicht gegeben. Deshalb ist hier nach wie vor ein System der staatsmonopolistischen Subventionierung vonnöten. „Die Bundesregierung,“ so heißt es folglich in These 6, „wird die Entwicklungshilfe für die besonders bedürftigen Entwicklungsländer weiter erhöhen. Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit erhalten die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) Zuschüsse; früher an sie gewährte Kredite können von Fall zu Fall in Zuschüsse umgewandelt werden.“

Besonders das Grundbedürfniskonzept soll hier Abhilfe schaffen: „Die Bekämpfung der absoluten Armut ist vorrangige Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik. Dazu gibt es vielfältige Ansatzpunkte. Wirksame Maßnahmen zur Befriedigung der wichtigsten menschlichen Grundbedürfnisse (Nahrung, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Wohnen) setzen voraus, daß die Entwicklungsländer die Bekämpfung der absoluten Armut zu ihrem eigenen Anliegen machen.“ (These 7)

Da die Bundesregierung ihr Grundbedürfniskonzept von vorneherein unter die Maxime stellt, Voraussetzungen für die Herausbildung kapitalistischer Strukturen zu schaffen, fällt es schwer, hierin (Wer wäre nicht für die Beseitigung der Armut?) nicht systemgebundene Zweckmäßigkeit als Motiv oder zumindest doch objektive Funktion zu erblicken. Entscheidend ist — setzt man die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Masse der Bevölkerung als akzeptables Ziel rationaler Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik voraus —, wie die Bedingungen, d. h. die ge-

sellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse aussehen müssen, die dies erst ermöglichen. Die zweite Frage, die erst danach beantwortet werden kann, ist die „wie heute Entwicklungspolitik gestaltet werden muß, die erfolgreicher als die bisherigen Versuche zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse in der Dritten Welt beitragen kann.“¹³

Während das Grundbedürfniskonzept der Bundesregierung bei der Formulierung von Durchsetzungsbedingungen im Ansatz stecken bleibt, sind seine Hauptkomponenten konzeptionell zumindest fragwürdig. Zwar wird als Voraussetzung für die Verwirklichung „ein beschleunigtes Wachstum bei innerem Strukturwandel (z. B. Agrarreform)“ und „eine aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen“ genannt, die Frage des sozialökonomischen Charakters dieses „Strukturwandels“ bleibt jedoch offen, weil die Systemfrage konsequent ausgeklammert bleibt.¹⁴

Dennoch werden Einkommenssteigerungen bei bislang verarmten Gruppen als Hauptvoraussetzung für die Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen, mithin für die Entwicklung kapitalistischer Produktions-, Eigentums- und Aneignungsverhältnisse erkennbar. Schließlich muß selbst die Umsetzung solch minimaler „Fortschritte“ fragwürdig bleiben, so lange die Bundesregierung durch ihre Kollaborationspolitik mit reaktionären Regimes zur Stützung solcher Verhältnisse beiträgt, deren notwendige Konsequenz gerade in der Beibehaltung und Verschärfung von Zuständen besteht, die das Grundbedürfniskonzept zu bekämpfen vorgibt. Der Hinweis darauf, daß es schließlich zu allererst die Entwicklungsländer sind, die „die Bekämpfung der absoluten Armut zu ihrem eigenen Anliegen machen“ müssen, gerät angesichts dessen nur allzu leicht zur Heuchelei.

Gewollte oder ungewollte Heuchelei ist auch im Spiel, wenn empört der von der Gruppe der 77 etwa im Programm von Arusha vom Februar 1979 erhobene Vorwurf zurückgewiesen wird, das vom Westen propagierte Grundbedürfniskonzept sei nichts weiter als ein Ersatzangebot, mit dem von den Zielen einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung abgelenkt werden soll. Die Hauptbestandteile des Grundbedürfniskonzepts (höhere Investitionen im traditionellen Sektor, Steigerung des Umfangs und der Produktivität der Beschäftigung mittels arbeitsintensiver Technologien „mittlerer“ bzw. „angepaßter“ Entwicklungsstufe, Produktion billiger Massengüter etc.) können wichtige Funktionen erfüllen. Die Schaffung eines eigenständigen ökonomischen Reproduktionsprozesses kann damit jedenfalls nicht erreicht werden.

Förderung welches „Strukturwandels“?

Der Anspruch der westdeutschen Entwicklungspolitik, die „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ der Dritten Welt zu unterstützen, wird somit auch hier nicht eingelöst. Die Förderung der ökonomischen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer müßte an der Schaffung von Grundstoffindustrien, also produktionsmittelproduzierenden Produktionszweigen ansetzen. Nur dies und nicht die Romantisierung „bodenständiger“ Techniken versetzt sie mittel- und langfristig in die Lage, bei entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen von einer eigenständigen Produktivkraftbasis aus die immer bessere Befriedigung der Massenbedürfnisse zum Hauptziel ihres Wirtschaftens zu machen.

Die Produktivkraftentwicklung wird heute von den internationalen Konzernen monopolisiert. Wenn die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf die Brechung dieses Monopols orientiert, ist sie geeignet, eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der Unterentwicklung und Abhängigkeit zu schaffen. Die Unterstützung der von den Entwicklungsländern selbst artikulierten Forderungen und die Solidarität mit den antiimperialistischen Kräften in der Dritten Welt ist nicht zuletzt deshalb die aktuell wichtigste Alternative zu den neokolonialistischen Grundpositionen in der Bundesrepublik.

Anmerkungen:

- 1) Text in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 73/1. 6. 1979
- 2) Text in: Bulletin. . . , Nr. 75/12. 6. 1975
- 3) Vgl. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973—1978, in: Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M., 1/1978, S. 9—57
- 4) Vgl. Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 25/23. 5. 1979, S. 564—569
- 5) In These 12 („Entwicklungspolitik und Rohstoffpolitik“) heißt es dazu: „Sie (die Bundesregierung, d. Verf.) will damit gleichzeitig auch zu einer ausreichenden und kontinuierlichen Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen beitragen.“
- 6) Berechnet nach: Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1978, S. 34 f.
- 7) Die Direktinvestitionen westdeutscher Konzerne im Ausland sind 1978 erneut um etwa 20% auf 58.100 Mio DM gestiegen. Vgl. IMSF (Hrsg.), Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, 2/1979, S. 5 f.
- 8) Vgl. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ zur Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 58, Bonn, Juni 1977, S. 26 f.
- 9) Vgl. Das Grundbedürfniskonzept der Bundesregierung, in: E + Z, 12/1978, S. 11—12
- 10) Dazu zählt das BMZ folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ekuador, Griechenland, Israel, Jamaika, Jugoslawien, Korea, Libanon, Malaysia, Malta, Nicaragua, Panama, Portugal, Singapur, Spanien, Syrien, Taiwan, Trinidad, Türkei, Tunesien, Uruguay, Venezuela, Zypern
- 11) G. Jentsch, Eine neue Internationale Entwicklungsstrategie der UN, in: E + Z, 12/1978, S. 4—5, hier: S. 5.— Jentsch ist Mitarbeiter des Planungsreferats des BMZ.
- 12) Grundlagen und Schwerpunkte für die Zusammenarbeit mit Schwellenländern, in: E + Z, 2/1979, S. 6—7, hier: S. 6
- 13) R. Binding, Für eine sozialorientierte Entwicklungspolitik, in: E + Z, 12/1978, S. 9—10, hier: S. 9
- 14) Vgl. Das Grundbedürfniskonzept . . . , a.a.O., S. 11

NEUE STIMME

Evangelische
Monatsschrift zu
Fragen in Kirche,
Gesellschaft
und Politik

Die NEUE STIMME ist ein Organ engagierter Christen. Herausgeber, Mitarbeiter und Redaktion bemühen sich,

- Christen und Kirchen in der BRD für Frieden und Abrüstung zu aktivieren.
- die gesellschaftliche Verantwortung der Christen und Kirchen für den Bestand der Demokratie in der BRD herauszuarbeiten.
- die Kirchen aus ihrer Bindung an die wirtschaftlich Mächtigen zu lösen.
- die ökumenische Verantwortung der Kirchen in der BRD zu betonen.
- Kirchen und Christen an die gebotene Solidarität mit den um Gerechtigkeit und Freiheit kämpfenden Völkern heranzuführen.

Wir stehen in der Tradition der Bekennenden Kirche. Unsere Parteinahme begründen wir aus dem Evangelium, das das Recht des Menschen und der Völker auf menschenwürdiges Leben und soziale Gerechtigkeit fordert. Wir haben Konsequenzen gezogen.

Fordern Sie kostenlos und unverbindlich Probeexemplare an!

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag



Gewerkschafts- Politik

Arbeitsorientierte Wissenschaft



Automation und Entwicklung der Arbeitsbedingungen

Projektgruppe Automation und Qualifikation AS 7 Band I:

Automation in der BRD

3. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1979

AS 19 Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

AS 31 Band III: Theorien über Automationsarbeit

Kategorien

Automationsarbeit in der Industriosozologie: »Qualifikation«, »Kooperation«, »Autonomie«

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, »Belastung«, »Beanspruchung«, Kognitive Prozesse

Positionen

Kern/Schumann, Mickler, Fricke und Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

Tabellarische Übersicht

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

»Diese konstruktiv-kritischen Aufsätze gehören zu den fundiertesten Analysen, die die Industriosozologie hierzulande in den letzten Jahren hervorgebracht hat.«
R. Bispinck, WDR, 15.1.1979

Ende 1979 erscheint

AS 43 Band IV: Automationsarbeit: Empirie

Im Anschluß an eine Auseinandersetzung mit empirischer Methodik (Datenauswertung und Datengewinnung) werden die Ergebnisse aus den Untersuchungen in 100 Betrieben der Bundesrepublik und Westberlins vorgestellt.

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten; Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM.

Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Gewerkschaftspolitik

AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf

Beiträge von W. Goldschmidt, P. Oehlke, D. Albers, J. Rohbeck und E. Piehl.
Handbuch der neueren Gewerkschaftsgeschichte Englands, Frankreichs und Italiens
319 S., 18,50 DM, Schüler und Studenten 15,- DM

AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

E. Dahne, H. Funke, K. Gulden, M. Helfert, E. Hildebrandt, P. Hinrichs, H. Hoyer, J. Hund, B. Kiefer, M. Knuth, B. Kundig, H. Lange, H. Milz, H. Meier, W. Müller-Jentzsch, F. Naschold, A. Oppolzer, Z. Papadimitriou, K. Pickshaus, K. Priester, S. Roth, R. Schmiede, B. Tietze
schreiben über: Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der »Humanisierung der Arbeit«; über die verschiedenen gegenwärtigen Strategien der Humanisierung der industriellen Arbeitsorganisation; über das Humanisierungskonzept als Gegenstand von Klassenausinandersetzungen; über den politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften; über neuere Literatur zum genannten Themenkomplex.

Der Band ist ein analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum übersehbare Literaturflut.

Aus der Zeitschrift DAS ARGUMENT

Gewerkschaftsdiskussion

Heft 107

E. Schmidt: Gerat die Sozialpartnerschaft in die Krise?
W. Müller-Jentzsch: Die neue Linke und die Gewerkschaften
K.-H. Tjaden: Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik
weitere Beiträge von W. Abendroth zu Bahro,
G. Meyer zur Stalinismusforschung, R. Kawa zum Terrorismus, Kongressberichte und Besprechungen

Heft 109

W. Fabian: Tendenzen in den Streiks 1978
W. Petschik: Zur Überarbeitung des DGB-Grundsatz-Programms
H. Schaler: Probleme der Lohn- und Tarifpolitik
T. Hagelstange: Gewerkschaftsentwicklung und Krisen
weitere Beiträge von B. Guther zur Akademikerarbeitslosigkeit,
H. Geil zu den Berufsverboten, Marvin. Theiß, Voigt zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität, F. Hase und K.-H. Ladeur zum Politischen Mandat der Studentenschaft, Besprechungen

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 4 61 90 61

Aktuelles zum Iran



In jüngster Zeit kam es geradezu zu einer Flut von Neuerscheinungen zum Thema Iran. Es gibt kaum einen renommierten Verlag, der nicht eine eigene Veröffentlichung beisteuerte.

Als „erste authentische Biographie über den Ayatollah Khomeini“ rühmt der Heyne-Verlag das Buch von

H. Nußbaumer, Khomeini. Revolutionär in Allahs Namen, Heyne-Verlag, München/Westberlin 1979, 185 Seiten, 5,80 DM.

Zum Teil werden hier auch ganz anschaulich historische Details über den Werdegang Khomeinis und seine Auseinandersetzung mit dem Schah geschildert. Insbesondere die Unterdrückung der Schiiten durch den Schah und seinen Geheimdienst SAVAK kommt gut zum Ausdruck. Leider verliert diese Abhandlung durch ihre reißerische Aufmachung (etwa auf dem Umschlag: „Im Iran gehen die Lichter aus. Terror, Fanatismus, Willkürjustiz und unkontrollierte Machtkämpfe herrschen seit dem blutigen Umsturz Khomeinis.“) enorm an Wert, was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein dürfte, daß sie praktisch einer für den Wiener KURIER geschriebenen Artikelserie entspricht. H. Nußbaumer schreibt aus einer äußerst personalisierenden Sicht („Aus seinem Exil peitscht Khomeini die Menschenmassen in immer neue Aufmärsche“, S. 145), die den Blick auf die eigentlichen politisch-ökonomischen Ursachen für den Volksaufstand versperrt.

Selbst den Anspruch, authentisch zu sein, kann die Biographie nicht im mindesten erfüllen; so wurden wichtige Quellen, die über die islamische Bewegung Auskunft geben, wie etwa die Werke A. Schariat's oder Khomeinis selbst, nicht berücksichtigt. Aufschluß über den spezifischen Charakter der islamischen Bewegung im Iran, die sie tragende Basis bzw. ihre führende Persönlichkeit Khomeini ist von daher nicht zu erwarten.

Lesenswert ist dagegen das Buch von

A. Farughy/J.-L. Reverier, Persien: Aufbruch ins Chaos? Goldmann Verlag München 1979, 253 Seiten, 6,80 DM.

Sicherlich hat man den Autoren keinen Gefallen damit getan, den französischen Originaltitel L'Iran Contre Le Chah derart abzuwandeln, zumal die im Titel vorgeführte Frage keineswegs Hauptgegenstand des Buches ist. Tatsächlich behandelt es in sich geschlossenen den Zeitraum vom Sturz Mossadeghs 1953 bis zur Flucht des Schah im Februar 1979. Vorteilhaft wirkt sich hier vor allem die Auswertung von Originaldokumenten und Analysen der iranischen Opposition aus, so z. B. die Einbeziehung von Abhandlungen des schiitischen Wirtschaftswissenschaftlers A. Bani-Sadr zur Ökonomie des Iran oder der Reden von Said Mohsen (Mohjahedin e Kalgh, Volkskämpfer) sowie Bijan Djazani (Fedayin e Khalg, Die sich für das Volk Aufopfernden) vor den Militärtribunalen des Schah-Regimes.

Es nimmt jedoch keine Einschätzung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Opposition vor. Da nicht davon ausgegangen wird, daß politische Handlungen in den Interessen bestimmter Klassen und Schichten wurzeln, ergibt sich zudem eine sehr oberflächliche Beschreibung der iranischen Geschichte, die in einigen willkürlichen Vergleichen gipfelt, wie etwa: „Seit seiner Gründung durch Kyros trug der iranische Staat die Keimzellen des Totalitarismus in sich wie einen bösartigen Tumor.“ (S. 19) Dennoch ist das Buch aus den oben genannten Gründen nützlich. Die zwei folgenden Bücher beanspruchen für sich, die „objektiven Gründe für das Scheitern des Schah-Regimes“ zu analysieren:

F. Halliday, Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Rotbuch Verlag, Westberlin 1979, 319 Seiten, 16,— DM, und R. Graham, Iran. Die Illusion der Macht, Ullstein Verlag, Frankfurt/Westberlin/Wien 1979, 267 Seiten, 6,80 DM.

F. Halliday, dessen Untersuchungen sich auf den iranischen Staat, den Repressionsapparat, die wirtschaftliche Entwicklung, die Opposition und die auswärtigen Beziehungen erstrecken, deckt die im System be-

gründeten Widersprüche des iranischen Entwicklungsmodells unter dem Schah auf. Seine weitgehend fundierte Wirtschaftsanalyse weist aber die Schwäche auf, daß er der Vorherrschaft ausländischer Konzerne nicht den gebührenden Stellenwert einräumt und so die Frage der Abhängigkeit des Iran vom Imperialismus nicht klar genug beantwortet.

Darüber hinaus kommt die Darstellung der Entwicklung des antidiktatorischen Widerstands im Jahre 1978 zu kurz. Nach F. Halliday ist das darauf zurückzuführen, daß sie sich „in kaum zu erwartendem Maße beschleunigt“ (S. 7) hat. Um diesem Mangel abzuwehren, geht er in einem längeren Vorwort darauf ein. Er hebt den „nationalistische(n) und antiimperialistische(n) Charakter dieser Revolution“ (S. 14) und die enormen internationalen Folgen hervor.

Was die Rolle der Religion und insbesondere den Begriff „islamisch“ anbetrifft, so dient dieser „als ideologische Maskierung, um den klassenübergreifenden Charakter der Oppositionsbewegung zu verbergen, vor allem aber, um die wesentliche Rolle des Kleinbürgertums innerhalb dieser Bewegung zu legitimieren.“ (S. 11) Angesichts der von ihm selbst betonten Rolle der Religion ist seine Einschätzung, daß „die Linke jetzt noch das Bündnis mit Bourgeoisie und Kleinbürgertum am Hals hat“ (S. 16), allerdings grotesk und entspricht keineswegs der realen Lage.

Der Korrespondent der Financial Times, R. Graham, setzt andere Akzente. Er berichtet über interessante Details aus der Pahlawi-Ära und arbeitet solche Erscheinungen wie Korruption und Unterwürfigkeit auf. In vielen Punkten ist er jedoch äußerst oberflächlich. So etwa, wenn er behauptet: „Die ‚Weiße Revolution‘ war nichts weiter als das Ende der parlamentarischen Demokratie im westlichen Stil und der Anfang absoluter Monarchie.“ (S. 84) Gleiches trifft zu, wenn er unbesehen die Totalitarismus-Hypothese in Bezug auf den Schah übernimmt. Wie R. Graham glaubt, ist der Bankrott des Systems hauptsächlich dem persönlichen Machtstreben des Schah, der Unterdrückung anderer Initiativen sowie dem Nichtvorhandensein liberaler Traditionen und Alternativen geschuldet.

Obwohl das Buch viele Fehler aufweist, hat es dennoch nicht das nur als katastrophal zu bezeichnende Vorwort P. Scholl-Latours verdient. Originalton Scholl-Latour: „Das Phänomen Khomeini gehört zu den großen Rätseln unserer Zeit. Hier kommen wir mit modernistischen Erklärungen nicht mehr aus. Hier müssen wir uns — wie gesagt — auf die Realität jener Mythen besinnen, die in unserer angeblich auf materiellen Wohlstand und rationale Gesellschaftsanalyse eingeschworene Epoche immer stärker den Ton angeben.“ (S. XII)

Auf die aktuelle Situation zugeschnitten sind die Bücher von **U. Tilgner (Hrsg.), Umbruch im Iran, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1979, 190 Seiten, 5,80 DM und**

U. Sander/J. Pomorin, Iran zwischen Februar und Frühling, Verlag Plambeck & Co., Neuss 1979, 176 Seiten, 7,80 DM.

Das Ziel U. Tilgners ist es, „Informationen über die Volksbewegung im Iran zu liefern“ (S. 7). Dieses Ziel wurde auch weitgehend erreicht, weil aus den hier veröffentlichten Dokumenten der Charakter der Volksbewegung sehr gut zu erkennen ist. Gerade die hier zum Ausdruck kommende religiöse Gesinnung der Massen und eine angemessene Selbstdarstellung der islamischen Kräfte verhelfen hier zu einer besseren Einschätzung der Situation. Freilich wird auch deutlich, daß U. Tilgner selbst die Klassenspezifität dieser Bewegung nicht erkennt und von einem „weder von Moskau noch von Washington bestimmten Weg“ sowie von den „in den Moscheen“ gepredigten „Ideale(n) einer Gesellschaft der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit“ (S. 15) derart eingenommen ist, daß er die inneren Widersprüche und Grenzen der religiösen Bewegung kaum mehr wahrnimmt.

U. Sander/J. Pomorin veröffentlichten ihren Reisebericht im Anschluß an einen Iran-Aufenthalt vom Februar d. J. Sie geben einen anschaulich und lebendig geschriebenen Situationseindruck, der sich aus der Schilderung eigener Erlebnisse, Interviews und aus Dokumenten zusammensetzt. Besonders klar wird hier die bis heute fortdauernde Bedrohung der iranischen Revolution durch den Imperialismus und einheimische reaktionäre Kreise, zu denen u. a. Anhänger des alten Regimes, aber auch fanatisch-religiöse Kräfte zählen. Wünschenswert wäre allerdings gewesen, wenn bei den Gesprächen mit oppositionellen linken Gruppen das Spektrum erweitert worden wäre und Kontakte etwa auch mit den Modjahedin e Khalg, den Fedayin oder der Demokratischen Nationalen Front stattgefunden hätten.

W. Ritter

Westsahara

Nach einem Jahr einseitiger Feuerpause nahm die sahraouische Befreiungsorganisation Frente POLISARIO gegenüber Mauretanien Mitte Juni d. J. den bewaffneten Kampf gegen die Okupanten aus dem Süden erneut und mit Erfolg auf: Die mauretanischen Stellungen in der Westsahara wurden völlig zerstört, wonach endlich am 5. 8. 1979 ein Friedensabkommen zwischen beiden Konfliktparteien abgeschlossen werden konnte. Nachgeholfen hatte dabei das 16. Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Mitte Juli in Monrovia. Erstmals — und zwar gegen den Widerstand des Senegal, Zaires, Gabuns und der Komoren — forderte die OAU eine allgemeine Feuereinstellung und die Organisation eines Referendums zur Selbstbestimmung über das ganze Territorium der Westsahara. Marokko, durch diese POLISARIO-Erfolge international isoliert, weigerte sich derweilen nicht nur seine 6000 Mann starken Truppen aus Mauretanien zurückzuziehen. Es reagierte zudem mit der Annexion des am 16. August von Mauretanien geräumten sahraouischen Territoriums und stationierte dort einen Teil seiner fast 2000 Söldner aus Shaba/Zaire, die dafür mit US-Hilfe zurücktransportiert worden waren.

Das aktivere Engagement des US-Imperialismus im Westsahara-Konflikt zeigt sich zudem in der Lieferung von US-Aufklärungsgeräten an Marokko und in der quasi Anerkennung marokkanischer Westsahara-Ansprüche durch den US-Kongreß. Der Außenminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS), Hakim Brahim, verkündete am 14. August als Antwort auf die „Großmarokko“-Pläne, daß die Frente POLISARIO „ihre militärischen Operationen im Inneren Marokkos, so weit und so hart wie möglich intensivieren wird, genauso wie im Inneren des von den Marokkanern okkupierten sahraouischen Territoriums“ (Le Monde, Paris, 15. 8. 1979).

Äquatorial-Guinea



Am 3. August 1979 wurde in dem zentralafrikanischen Kleinstaat (Fläche etwa gleich Nordrhein-Westfalen) das Diktatur-Regime von Francisco Macias Nguema durch einen unblutigen Militärputsch beseitigt. Macias, ein ehemaliger Kolonialbeamter, war mit der Entlassung Äquatorial-Guineas aus der spanischen Kolonialherrschaft 1968 an die Macht gekommen. Als bald ernannte er sich zum Präsidenten „auf Lebenszeit“ und „Einmaligen Wunder“. Das Macias-Regime paarte die Aufkündigung der Beziehungen zu den Westmächten, ausgenommen Frankreich, mit einem seltenen Isolationismus — einzige Staatsvisite 1977 in die VR China — und einer extremen Repressionspolitik. Üblich waren öffentliche Folterungen und Hinrichtungen von Abertausenden, darunter auch 10 der insgesamt 12 Kabinettsmitglieder Macias. Über 20 000 Opponenten wurden in Zwangsarbeitslagern und rund 5 000 in Gefängnissen gehalten. Von den 300 000 Einwohnern des Landes waren rund 1/3 ins Exil geflohen. Daneben trug die wirtschaftliche Ruinierung des Landes zum Sturz Macias bei. Die Produktion des Hauptexportgutes Kakao war 1978 von einstmals 40 000 t auf 8 000 pro Jahr gefallen. Dem Zusammenbruch der Stromerzeugung in der Hauptstadt Malabo war die Schließung der Banken und seit Anfang d. J. die Zahlungsunfähigkeit der Beamtegehälter gefolgt. Unmittelbar nach seiner Machtübernahme kündigte der Revolutionäre Militär unter Oberst Obianga Nguema Mbasogo die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie einen Prozeß gegen Macias wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an.

Karibik



Bereits im März d. J. hatten in Grenada die Linkskräfte nach einem unblutigen Staatsstreich die Macht übernommen (siehe AIB 6/1979, S. 39). Massenaktionen führten nun auf zwei weiteren ostkaribischen Inseln — Ende Mai auf Dominika, Anfang Juli auf St. Lucia — zum Sturz der bisherigen Regimes unter Patrick John (Dominika) und John Compton (St. Lucia). In beiden erst kürzlich aus der britischen Kolonialherrschaft entlassenen Antilleninseln (in St. Lucia erst im Februar 1979) wandte sich die Bevölkerung gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik und den Ausverkauf ihres Landes an US-Konzerne. Den letzten Anstoß zum Regierungswechsel auf Dominika gab die Kollaboration mit Chile und dem Rassenregime Südafrikas. Nach dem Rücktritt Johns wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Zum Interimspremier wurde Oliver Seraphine ernannt, zum neuen Präsidenten Jenner Armour. Bei den von den Massen geforderten Parlamentswahlen auf St. Lucia gewann die von George Odlum geführte linksgerichtete Labourpartei 12 der 17 Sitze in der verfassungsgebenden Versammlung. Die Linksentwicklungen auf Grenada, Dominika und St. Lucia werden von den USA mit Argwohn verfolgt. Washington befürchtet, zumal nach den Revolutionsereignissen in Nicaragua, eine Kettenreaktion im gesamten karibischen Raum. Speziell einer engen Zusammenarbeit der neuen progressiven Regimes (Panama, Jamaika und Guyana kommen m. E. hinzu) mit dem sozialistischen Kuba suchen die USA — u. a. durch eine Ausweitung ihrer karibischen Entwicklungshilfevergaben — entgegenzuarbeiten. Neben die militärstrategische Bedeutung dieser Nachbarregion der USA treten handfeste ökonomische Interessen: die US-Aluminiumkonzerne beziehen 3/4 ihres Bauxits aus diesem Raum und 25 % der US-Ölimporte wandern durch karibische Umschlaghäfen.

Zimbabwe

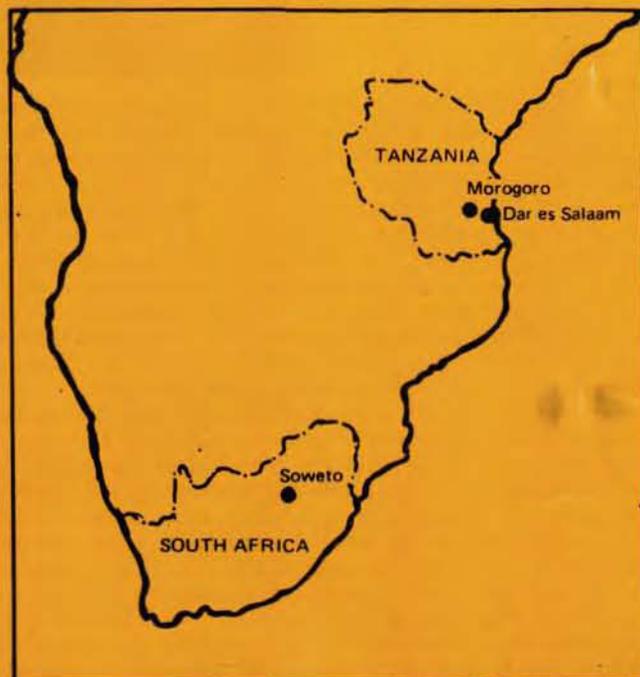
Nach der 33. Ministerratstagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Juli 1979 in Monrovia, der Hauptstadt Liberias, war der Druck auf die konservative britische Regierung Thatcher offensichtlich zu groß geworden. Ihr ursprünglicher, im Wahlkampf bereits verkündeter Plan, die Regierung Muzorewa anzuerkennen und die Sanktionen gegen das rhodesische Marionettenregime aufzuheben, hat sich in der gegenwärtigen Situation als unrealistisch erwiesen. Die Commonwealth-Konferenz Anfang August d. J. in Lusaka/Sambia endete mit einem neuen Rhodesien-Plan, der wegen seines Kompromißcharakters jedoch auch in Zukunft mehrere Entwicklungen offenläßt. Kernpunkt dieses elf Punkte umfassenden Plans ist die Abhaltung nochmaliger Wahlen unter Beteiligung der Patriotischen Front. Eine Allparteienkonferenz am 10. September in London soll hierzu Einzelheiten aushandeln. Nach britischen Vorstellungen wird für Zimbabwe eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie nach dem Vorbild eines Zwei-Kammern-Modells angestrebt. Es soll sich von der Marionettenlösung Smith/Muzorewa (siehe ausführlich AIB 6/1979, S. 30—36) durch ein reduziertes Gewicht der weißen Minderheit und durch eine schwarze Souveränität über Polizei, Streitkräfte und Administration unterscheiden. Die entscheidende Schwachstelle dieses neuen Plans, der auch die Unterstützung der Frontstaaten als „Schritt nach vorn“ genießt, ist jedoch die Tatsache, daß alle Modalitäten für die Übergangsperiode ausgespart sind. Infolgedessen haben auch der anvisierte Waffenstillstand und die Überwachung der Wahlen durch Großbritannien kaum Aussicht auf Verwirklichung unter den gegebenen Bedingungen. Das Gespann Smith/Muzorewa hat jedenfalls das Vorhaben nochmaliger Wahlen zurückgewiesen. Die Patriotische Front sieht die Hauptgarantie zur Sicherung ihrer legitimen Interessen darin, den bewaffneten Kampf bis zur Installierung eines akzeptablen Übergangsmodus, der auch die Rolle ihrer Streitkräfte einzubeziehen hätte, fortzuführen.

2V 7426 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

AIB, Liebigstr. 46
3550 Marburg/L.

ANC-Schule in Morogoro



Jürgen Ostrowsky, Mitarbeiter des AIB bot sich im Sommer d. J. Gelegenheit, sich in Morogoro an Ort und Stelle ein Bild über die Arbeiten an der Schule des ANC zu machen. Hier sein Bericht.

Solomon-Mahlangu-Freedom-College: so lautet der Name der Schule — die Benennung einer Stätte der Kultur und der Zukunft als Antwort auf den Justizmord, den das südafrikanische Regime im März dieses Jahres an dem jungen ANC-Kämpfer Solomon Mahlangu beging.

Die Ausmaße des Projektes sind nach den Plänen beträchtlich: im endgültigen Ausbaustadium wird es nahezu 2000 Personen, davon etwa 1600 Schüler und Schülerinnen, als Wohn- und Ausbildungs- sowie Arbeitsstätte dienen; neben den Schülern werden also auch die Lehrer, das technische und Verwaltungspersonal, die Arbeitskräfte in der angegliederten Landwirtschaft sowie das Personal einer kleinen Klinik in Morogoro unterkommen.

Wohnhäuser, Eß- und Aufenthaltsräume für eine jeweils größere Zahl von Schülerinnen und Schülern bilden in sich geschlossene Komplexe, die sich um die zentralen Gebäude gruppieren, in denen Unterrichtsräume, Bibliotheken usw. untergebracht sind.

Es wird bereits jetzt unterrichtet: Englisch, Geschichte, Mathematik, naturwissenschaftliche Fächer, zunächst noch in einer einzigen Klasse. Geplant ist die Ausweitung auf alle einzelnen Stufen bis zur Universitätsreife. Sogar vorschulische Erziehung soll angeboten werden. Soweit ein Überblick über die Planung. Wie sieht die Realität derzeit aus? Auf dem großen, von der tansanischen Regierung zur Verfügung gestellten Gelände herrscht rege Betriebsamkeit. Die Gebäude einer alten Fabrik dienen provisorisch als Materiallager und Stallungen; die teilweise winzigen ehemaligen Arbeiterunterkünfte müssen als Wohnungen für Schüler und Lehrer herhalten. In einigen anderen umliegenden Gebäuden sind die Bauarbeiter, das Planungspersonal und eine kleine Krankenstation untergebracht.

In anderen Teilen des Areal wird Gemüse angebaut, nicht weit davon stehen bereits die Rohbauten künftiger Wohnblocks, werden die Fundamente für weitere ausgehoben. Schwierigkeiten in der Zementversorgung haben den Fortgang des Baus erheblich verzögert.

Dennoch ist der Unterricht Anfang Mai d. J. mit 46 Schülerinnen und Schülern aufgenommen worden — in behelfsmäßig hergerichteten Räumen; Balken, über Steinblöcke gelegt, müssen als Sitzbänke dienen. Es fehlt an zahlreichen Unterrichtsmaterialien — vor allem Zeichengerät für Mathematik und Geometrie —, aber der Enthusiasmus aller ist beeindruckend: das Vorhaben hat begonnen, Gestalt anzunehmen — Ausbildung und Unterricht für eine bessere Zukunft, für den Aufbau des zukünftigen, befreiten Südafrika.

Helfen Sie beim Bau einer Schule für südafrikanische Flüchtlingskinder!

Spenden Sie für die Schule des ANC in Morogoro!

**Sonderkonto Prof. Erich Wulff
527055-602 PschA Frankfurt/M.
Kennwort „Schule in Morogoro“**

Diese Kinder brauchen eine Schule

Helfen Sie beim Bau einer Schule für südafrikanische Flüchtlingskinder in Morogoro (Tanzania)

*Projekt des African National Congress (ANC)
der Befreiungsbewegung Südafrikas*



Sonderkonto
Erich Wulff
PschA Frankfurt/M.
Kto. Nr. 527055-602
Kennwort:
Schule in Morogoro

Antimperialistisches Solidaritätskomitee